

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Georg Fahrenschon

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Christine Kamm

Abg. Georg Winter

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011) (Drs. 16/6879)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Georg Fahrenschon das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz Europa debattiert in diesen Tagen und Wochen über die Krise unserer Gemeinschaftswährung. Begonnen hat alles schon vor Monaten mit der Notwendigkeit eines Rettungsschirms für das EU-Mitgliedsland Griechenland - für ein Land, das der Eurogruppe angehört.

Fast täglich sind Spekulationen über die Zukunft unserer Währung zu lesen, und am Ende treffen sie nicht den Kern des Problems; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht die gemeinsame europäische Währung ist das Problem. Das Problem ist die Situation einzelner Mitgliedstaaten, vor allem deren hohe Verschuldung. Diese Verschuldung einzelner Mitgliedstaaten ist der Nährboden für Spekulationen an den Finanzmärkten. Die Frage, ob die einzelnen Mitgliedstaaten Zins und Tilgung auf Dauer leisten können, ist die Grundlage der Debatten um unsere Währung. Die Fol-

gen sind steigende Zinsen und ein Zittern, ob die Märkte die Staatsanleihen, die jeweils auslaufen und neu aufgenommen werden müssen, überhaupt noch aufnehmen, sprich: die Frage, ob einzelne Mitgliedstaaten in Europa heutzutage überhaupt noch zahlungsfähig sind und bleiben.

Werte Damen und Herren des Bayerischen Landtags, ich glaube, das zeigt glasklar: Kein Staat kann sich leisten, immer mehr Schulden zu machen. Immer kommt die Stunde der Wahrheit, in der die Frage, ob die staatliche Gemeinschaft mehr ausgegeben hat, als sie sich leisten kann, gestellt wird, zu der es eine Antwort zu geben gilt.

Für den Freistaat Bayern, für ein Land mitten in Europa mit über zwölftehalb Millionen Einwohnern, ist heute so ein wichtiger Tag. Heute legt Ihnen die Bayerische Staatsregierung wiederum einen Haushaltsentwurf vor, der, meine sehr verehrten Damen und Herren, im krassen Gegensatz zu den Verhältnissen in Griechenland zum sechsten und siebten Mal ohne neue Schulden auskommt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf: Du sollst nicht falsches Zeugnis geben!)

Das hat eine lange und eine richtige Tradition und Politik zur Grundlage. Schon vor zehn Jahren hat die Staatsregierung gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag festgelegt: In Bayern gibt es in der Regel keine neuen Schulden mehr. Wir haben damit in Bayern gezeigt, dass solide Haushaltspolitik und solide Finanzen gerade die Grundlage für eine Politik der Zukunftsgestaltung sind, für eine Politik die auf der Basis solider Finanzen klare Schwerpunkte im Bereich Familienförderung, im Bereich Bildung, im Bereich Innovation und Ausbau unserer Infrastruktur legt.

Der ausgeglichene Haushalt, ein Haushalt ohne neue Schulden, ist von Beginn an ein wesentlicher Baustein und Basis unserer Strategie, den Standort Bayern im internationalen Wettbewerb dauerhaft gut voranzubringen. Wir betreiben eine Politik, die die Konsolidierung einerseits und das Setzen gezielter Wachstumsimpulse andererseits mit Absicht miteinander verbindet. Konsolidierung und aktive Wirtschaftspolitik sind kein Gegensatz, sondern die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Es sind die

zwei zentralen Fragen, die es zu lösen gilt, um unser Land in eine gute Zukunft zu bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Finanzmarktkrise und die weltweite Wirtschaftskrise, die ihr gefolgt ist, haben gezeigt - der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung in der letzten Woche zu Recht auf den Punkt gebracht -: Am Ende ziehen nur Staaten mit guten Finanzen Investoren an. Nur Staaten mit nachhaltiger Finanzpolitik haben die Gestaltungskraft, Änderungen herbeizuführen. Nur die Soliden sind attraktiv, nur die Soliden sind dynamisch, nur die Soliden sind stark. Umso wichtiger ist es, dass Bayern solide Finanzen vorweisen kann.

Unsere solide Haushaltspolitik hat dazu geführt - das ist der zentrale Punkt -, dass wir die Krise erfolgreich meistern konnten. Da wir in den guten Zeiten vorgesorgt hatten, konnten wir in den vergangenen beiden Jahren konsequent, rasch und präzise handeln. Wir in Bayern konnten aktive Wirtschaftspolitik betreiben. Wir hatten Spielräume, um erfolgreich gegenzusteuern. Wir haben für Stabilität gesorgt, während andere Unsicherheit ins Land gebracht haben. Wir haben Vertrauen geschaffen, wo viel Unsicherheit zu finden war. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern Mut machen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von zentraler Bedeutung ist, dass es uns gelungen ist, im Zusammenspiel mit den Arbeitnehmern, den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie der öffentlichen Hand diese Krise nicht nur zu bekämpfen und ihr entgegenzutreten, sondern sie auch als Chance zu verstehen. Wir haben etwas geschafft, was sonst kein anderes Land in Europa geschafft hat. Wir haben Bayern in der Krise besser positioniert und uns eine Ausgangslage erarbeitet, auf die heute viele andere neidisch schauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das hat kurz nach Aufnahme der Arbeit der neuen Staatsregierung begonnen. Ich erinnere an die erste Klausurtagung im Dezember 2008 und das Vorziehen von staatlichen Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Dieser Weg wurde fortgesetzt mit der Entwicklung des bayerischen Mittelstandsschirms, der Blaupause für das KfW-Programm des Bundes. Der Mittelstandsschirm hat sich in den vergangenen zwei Jahren als das Instrument bayerischer Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik herausgeschält. Wir haben in den letzten zwei Jahren über 4.000 mittelständischen Unternehmen in Bayern den Rücken gestärkt und konnten über den bayerischen Mittelstandsschirm Kredite von mehr als 1,1 Milliarden Euro mobilisieren. Wir haben dafür Sorge getragen, dass der bayerische Mittelstand nicht zum Opfer der internationalen Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne ein drittes Beispiel. Während andere noch von den angeblichen Vorzügen einer "Gießkanne" plauderten, verständigten wir uns, was die Umsetzung des Konjunkturpakets angeht, auf ein Vorgehen, das zielgenau und effizient gewirkt hat. Wir in Bayern haben das Geld des Konjunkturpakets nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern sind den schwierigeren Weg gegangen. Aber am Ende haben wir mit den Mitteln des Konjunkturpakets über 3.600 Projekte anstoßen können und damit ein fantastisches Ergebnis erzielt. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 2,3 Milliarden Euro haben wir die Erwartungen übertroffen. Wir haben erfolgreich Konjunkturpolitik betrieben. Die Kommunen wurden von uns in die Lage versetzt, in Bildungseinrichtungen zu investieren. Wir haben Maßnahmen zum Klimaschutz angestoßen und zur Senkung der Betriebskosten beigetragen. Das ist erfolgreiche Politik "Marke weiß-blau"!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Politik ist deshalb erfolgreich - erfolgreicher als die anderer Länder -, weil wir uns um die Betriebe und die Beschäftigten gekümmert haben. Wir haben auf eine ge-

meinsame Politik gesetzt und schon beim Handeln in der Krise die Zeit nach der Krise gemeinsam fest im Blick behalten. Das Ergebnis lautet klipp und klar: Heute ist Bayern in vielen Bereichen noch stärker, als wir es vorher schon waren.

Für das Jahr 2010 ist mit einem beachtlichen Wirtschaftswachstum von über 3,5 % zu rechnen. Bayern ist wieder Konjunkturlokomotive. Dennoch müssen wir uns bei der Vorlage des Doppelhaushalts 2011/2012 immer in Erinnerung rufen: Der Rückgang - der Einbruch! - um 5 % im Jahr 2009 ist noch immer nicht in voller Höhe kompensiert. Wir befinden uns noch in der Aufholphase.

Das Ergebnis unserer Politik kann sich sehen lassen: Wir haben die Krise überwunden. Unsere Ausgangslage ist gut. Aber wir müssen nach wie vor auf die unterschiedlichen Akteure achten. Unsere Stärken sind weiter zu stärken und unsere Schwächen weiter konsequent abzubauen. Das ist Politik "Marke weiß-blau". In der Vergangenheit haben wir gemeinsam die Krise abgewehrt, jetzt nutzen wir gemeinsam die Chance - dieses Motto steht über dem Doppelhaushalt 2011/2012.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dass unsere Ausgangslage gut ist, kann man an verschiedenen Stellen nachlesen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos sieht in seinem Zukunftsatlas fünf bayerische Regionen unter den sieben Regionen Deutschlands mit den besten Zukunftsaussichten. Fünf aus sieben dieser Regionen liegen in Bayern!

Spitze sind wir im ganzen Land: Unter den 50 besten kreisfreien Städten und Landkreisen finden sich 35 bayerische Regionen aus allen sieben Regierungsbezirken. Wir können sagen: Wir haben Bayern insgesamt vor substanziellen Schäden an seiner Struktur bewahrt. Wir werden konsequent daran arbeiten, dass Bayern insgesamt weiterhin einen guten Weg nimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nehmen Sie die Arbeitslosigkeit: Bayern liegt mit seiner niedrigen Arbeitslosenquote gemeinsam mit Baden-Württemberg bundesweit an der Spitze. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren - eine ganz wichtige Gruppe, weil wir jungen Leuten das Signal geben wollen, dass sie nach ihrer Ausbildung nicht überflüssig sind, sondern gebraucht werden - liegen wir mit einer Arbeitslosenquote von nur 2 % auf einem Spitzenplatz. Das ist soziale Politik, wie wir sie in Bayern verstehen. Das ist Ausdruck des gemeinsamen Entwickelns von Zukunftspotenzialen und des Förderns von Talenten, wie wir es uns vornehmen.

Dennoch haben wir Augenmaß bewahrt; denn auch der Doppelhaushalt in der Krise 2009/2010 kam ohne neue Schulden aus. Während im übrigen Europa in den vergangenen beiden Jahren die Defizite explodierten, konnten wir von den Ergebnissen unserer Politik zehren. Wir konnten darauf zurückgreifen, dass wir in den guten Zeiten nicht auf die Vorschläge der Opposition gehört, sondern Rücklagen für schwierige Zeiten gebildet haben. Das war unser Erfolgsrezept.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das werden wir auch im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2010 konsequent fortsetzen. Ich habe dem Haushaltsausschuss in der letzten Woche bereits über die wesentlichen Ergebnisse des Haushaltsvollzugs 2010 berichtet. Mit den Haushaltsverbesserungen können wir, wie im Entwurf des Doppelhaushalts vorgesehen, 1,6 Milliarden Euro zum Abgleich des Doppelhaushalts 2011/2012 verwenden. Wir arbeiten nach einem guten alten deutschen Sprichwort: Wir sparen in der Zeit, um für die Not Vorsorge zu betreiben. - So macht man vernünftig und erfolgreich antizyklische Politik. So belassen wir uns die Freiräume, um gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD)

Wir werden mit dem guten Jahresabschluss darüber hinaus in angemessenem Umfang wieder für allgemeine Haushaltsrisiken vorsorgen und selbstverständlich Rücklagen zur Absicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung aufbauen. Wir wollen Vor-

sorge betreiben, weil wir uns der besonderen Verantwortung dafür bewusst sind, dass auch in Zukunft gilt: Nur stabilen Staaten, nur soliden Staaten, nur Staaten, die aktiv Einfluss nehmen können, gehört die Zukunft. Das muss unser Auftrag sein, und so werden wir auch den Haushaltsabschluss 2010 betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen war auch der Fahrplan zum Entwurf des Doppelhaushalts richtig. Ich weiß sehr wohl, dass wir an dieser Stelle eine Ausnahme gewählt haben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten unsere Konsolidierungspolitik punktgenau im November im Lichte der Steuerschätzung mit der Zukunftsgestaltung verbinden. Das liegt auch an unserer Grundphilosophie: Wir wollen den Menschen mit unseren Rahmenbedingungen, mit einem Doppelhaushalt im Volumen von zweimal 43 Milliarden Euro auch Sicherheit geben. Wir wollen belastbare Signale ins Land senden. Wir wollen mit dem staatlichen Handeln einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität in Umbruchzeiten liefern.

Zu Beginn der Krise sind wir durch rasches Handeln, durch eine schnelle Reaktion sofort handlungsfähig gewesen. Dann haben wir durch klare und verlässliche Signale weiter Vertrauen geschaffen. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Haushaltsausschuss, bei seinem Vorsitzenden, bei seinen Mitgliedern und natürlich auch bei den die Regierung tragenden Fraktionen dafür, dass sie diesen Fahrplan, der nicht auf Schnellschüsse und Überschriften, sondern auf Sicherheit und Vertrauen gesetzt hat, mitgetragen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten große Anstrengungen unternommen. Wir haben wiederum etwas erreicht, was uns viele vor einem halben Jahr nicht zugetraut haben, was für viele noch als unerreichbar galt: Der bayerische Staatshaushalt kommt auch in den Jahren 2011 und 2012 ohne einen einzigen Cent neue Schulden aus. Wir brauchen in Bayern keinen Konsolidierungspfad.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei uns ist der Haushalt ohne Schulden kein Fernziel. In Bayern ist er Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dabei hat uns natürlich auch der einsetzende Aufschwung geholfen. Das war aber weder Glück noch Zufall. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war das Ergebnis harter Arbeit, das war das Ergebnis vieler Entscheidungen in den mittelständischen Unternehmen in Bayern in den letzten zwei Jahren, das Ergebnis eines gut geführten Dialogs, weil wir gemeinsam über die Brücke in die Beschäftigung, über den Mittelstandsschirm, über die Steuersenkung zur Abwrackprämie und zur Umsetzung des Konjunkturpakets in Bayern Wege gegangen sind, die immer von einem Ziel getragen waren: Wir wollen all das, was wir einsetzen können, verwenden, um Bayern schneller als andere aus der Krise herauszuführen. Das ist uns dank des Verantwortungsbewusstseins der Unternehmerinnen und Unternehmer, dank des guten Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Verwaltung und dank der richtigen Schwerpunktsetzung in der Politik mustergültig gelungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Grundüberzeugung geht aber über den Haushalt ohne neue Schulden hinaus. Wir wollen nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Von Bayern aus haben wir es in den letzten Jahren geschafft, dass sogar das deutsche Grundgesetz mittlerweile eine Schuldenbremse vorsieht. Wir denken also heute schon daran, Chancen wieder zu eröffnen, um auch in Zukunft notwendige Freiräume zu schaffen.

Das ist der Grund, weshalb wir im Doppelhaushalt nicht nur darauf geachtet haben, ohne neue Schulden auszukommen, und weshalb wir Hauptschwerpunkte auf die Ent-

wicklung Bayerns als Familienland, auf die Entwicklung Bayerns als Bildungsland, auf die Entwicklung Bayerns als Innovationsland, auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen, der Städte und Gemeinden, der Landkreise und Bezirke in Bayern setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können und wollen es uns nicht leisten, uns auf den Ergebnissen der letzten beiden Jahre auszuruhen, sondern wir wollen die Chancen, die sich uns jetzt eröffnen, nutzen, um Bayern, um die Menschen in Bayern, um die Unternehmen in Bayern auch weiter gut zu positionieren. Das ist unsere Aufgabe, und ihr soll dieser Doppelhaushalt gerecht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Um neue Gestaltungsspielräume zu schaffen, bedarf es des Muts. Das ist der Grund, weshalb wir uns in einem Sparpaket von 1,8 Milliarden Euro der Herausforderung gestellt haben, ausgewogen und klug zu sparen, um damit die Grundlage zu schaffen, intelligent investieren zu können. Das Sparpaket setzt sich je etwa zur Hälfte aus Sparbeiträgen der Ressorts und aus globalen Einsparungen im Personalsektor zusammen.

Natürlich sind uns vor allen Dingen die Maßnahmen gegenüber den eigenen Beschäftigten nicht leicht gefallen, aber Einsparungen im Personalbereich sind angesichts des Anteils der Personalausgaben am Gesamthaushalt letztlich unvermeidbar. Wir haben dabei allerdings überwiegend Maßnahmen ausgewählt, die die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schonen: die Aussetzung der Zuführungen zum Vermögensfonds, die teilweise Aussetzung bei der Versorgungsrücklage in den Jahren 2010 und 2011, die Übertragung der Rabattregelung der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Beihilfe, die Absenkung der Eingangsbesoldung, allerdings zeitlich bis zum April 2013 befristet, das heißt längstens für zwei Jahre, die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von drei auf 12 Monate, aber auch die Nullrunde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Alternative wäre gewesen, das neue Dienstrecht zu beschneiden. Das ist nicht unser Ziel. Wir haben mit Absicht strukturel-

le Verbesserungen des neuen Dienstrechts für die Beschäftigten erhalten, weil wir auf das Instrument eines motivierten, eines auf Leistung ausgerichteten öffentlichen Dienstes setzen. Die Alternative wäre gewesen, die Regelung zur Altersteilzeit wieder anzugreifen. Wir halten an ihr fest, und wir halten auch an unserem Versprechen fest, die Arbeitszeit der Beamten wieder zu reduzieren. Dieser Doppelhaushalt ist der Beweis dafür, dass diese Zusage eingehalten wird. Am 1. August 2012 tritt die erste Stufe in Kraft. Wir verkürzen die Arbeitszeit um eine Stunde. Für die Arbeitszeitverkürzung sieht der Haushaltsentwurf insgesamt fast 2.500 neue Stellen vor. Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen halten Wort. Wir halten an der Altersteilzeit fest, wir halten an der Kürzung der Wochenarbeitszeit fest. Uns geht es darum, einen motivierten, einen zupackenden öffentlichen Dienst zu haben, weil wir ihn als Vorteil für den Standort Bayern empfinden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Haushaltsvolumen steigt in den Jahren 2011 und 2012 leicht an. Das liegt nicht zuletzt auch am Länderfinanzausgleich, auf den allein 0,8 Prozentpunkte der Steigerung 2011 entfallen. Das formale Ausgabevolumen beträgt deshalb 42,7 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 43,1 Milliarden Euro im Jahr 2012.

Die Investitionsquote entwickelt sich leicht rückläufig auf 11,9 % im Jahr 2011 und auf 10,8 % im Jahr 2012. Das ist nicht gut, meine sehr verehrte Damen und Herren, aber man darf an dieser Stelle nicht vergessen, dass die Hauptgründe für diese Quotenberechnung der Rückgang der Sondermittel aus dem Konjunkturpaket II und das Auslaufen der Programme "Zukunft Bayern 2020" sind. Aber es bleibt dabei - das ist für uns in Bayern wichtig -: Die Investitionsquote des Freistaats ist nach wie vor bundesweit der Maßstab. 2011 übertreffen wir zum Beispiel unsere Freunde in Baden-Württemberg, die bei einer Investitionsquote von 8,6 % liegen, um ein ganzes Drittel. Die Zukunft spricht bayerisch, die Investitionen sind in Bayern, und die Investoren können sich in Bayern eingeladen fühlen. Das ist unser Dreiklang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen in den beiden Jahren 2011 und 2012 gezielt Schwerpunkte bei der Unterstützung von Familien, beim Ausbau unserer Bildung und bei Innovationen. Hierzu ist geplant, unsere Rücklagen, die im alten Jahr nicht benötigten Grundstockablieferungen sowie Erlöse aus der Veräußerung von Eon-Aktien einzusetzen. Das ist transparent im Doppelhaushalt ausgewiesen.

Wir stehen damit für Kontinuität in der Politik: "Gestalten statt Besitzen". Unser Anspruch muss sein, dass wir mit den Privatisierungserlösen, mit den staatlichen Anteilen gestalten, und unser Anspruch muss jetzt sein, dass wir die Zeit nutzen, dass wir unseren Vorsprung nutzen, um ihn in strukturelle Fortschritte umzumünzen, die die Grundlage für Wohlstand und Wachstum in den nächsten zehn Jahren bilden. Das ist unsere Grundüberzeugung. Deshalb aktivieren wir die Erlöse und die Rücklagen gerade in dieser Zeit des Umbruchs. Wir wollen, dass sich Bayern in den nächsten zwei Jahren weiter nach vorn entwickelt und nicht Stillstand herrscht in unserem Lande.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben diese Grundstockablieferungen vorgesehen, um unsere politischen Schwerpunkte ohne neue Schulden zu verwirklichen. Da stellt sich schon die Frage an die Opposition: Wollen Sie das nicht? Wollen Sie vielleicht das Bildungssystem in Bayern schwächen?

(Hubert Aiwanger (FW): Das machen Sie schon!)

Wollen Sie die Familien wieder belasten? Wenn Ihr Bundesvorstand beschließt, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zurückzunehmen, dann müssen Sie den Menschen, die Kindergeld erhalten und von den höheren Kinderfreibeträgen profitieren, sagen, dass Sie ihnen das Geld wieder wegnehmen wollen. Das ist Ihre Beschlusslage.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wollen Sie in der Situation auf Investitionen und Innovationen verzichten, oder wollen Sie vielleicht, wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, wieder neue Schulden machen? Es ist ein Skandal: Keine zwölf Monate nach Einsetzung der Schuldenbremse macht die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen 7,8 Milliarden neue Schulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seien Sie sich dessen sicher: Das machen wir nicht. Wir beanspruchen den Grundstock nicht stärker, als wir müssen. Wir werden im März die Abrechnung zum Länderfinanzausgleich des Vorjahres erhalten. Ich rechne mit einer Erstattung von rund 400 Millionen Euro. Nach Abwägung mit anderen Positionen des Haushalts und nach dem Zusammenspiel zwischen den Regierungsfractionen werde ich hierzu bei der Beratung zum Einzelplan 13 eine Nachschubliste vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir aufgrund der Rückzahlung aus dem Länderfinanzausgleich im Jahr 2011 auf die vorgesehene Grundstockablieferung weitestgehend verzichten können. Wir halten unser Pulver trocken, weil wir in Konsequenz der Weltwirtschaftskrise gesagt haben: Wir brauchen auch in Zukunft Spielräume, und wir wollen uns Gestaltungsspielräume offenhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, wissen Sie, wohin Sie Ihre Schuldenuhr bringen müssen? Sie müssen sie nach Düsseldorf bringen und dort aufstellen. Dort würde sie rasend schnell voranschreiten. Dort gilt es einmal nachzufragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Es war doch die CDU, die das Land fast ruiniert hätte!)

Dann kommt hinzu: Sie liegen auch in der Sache falsch. Ihre Schuldenuhr für die Zinsen der Stabilisierung der BayernLB müssen Sie nämlich auch fachlich anhalten. Wir machen für die Zinsen der Landesbank keine Schulden, sondern wir nehmen sie aus

der Rücklage. Schauen Sie endlich mal in den Haushaltsplan! Da steht es. Bitte lernen Sie das einmal nach drei Jahren.

Für die Landesbank verfolgen wir im Übrigen einen klaren Kurs. Wir haben zum Wohl der bayerischen Wirtschaft die Bank stabilisiert, da wir über die tragende Rolle der Sparkassen zur Kreditversorgung des bayerischen Mittelstands Bescheid wissen. Wir haben sie neu positioniert. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass die Bank allein nach internationalen Bilanzierungsregeln im alten Jahr einen Gewinn von 800 Millionen Euro gemacht hat. Unsere Operation war richtig und erfolgreich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Trotzdem gilt es, in der Zukunft alle weiteren Optionen zu prüfen, das Geschäftsmodell weiter zuzuspitzen, sich als Partner des bayerischen Mittelstands zu positionieren, sich als Partner der örtlichen Kreis- und Stadtparkassen zu verstehen und damit die Prosperierung und Entwicklung guter Verhältnisse in Bayern als Mittelpunkt unseres Geschäftsmodells zu sehen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Ich kann auch die Opposition an dieser Stelle nur erneut dazu aufrufen: Beteiligen Sie sich konstruktiv an diesem Weg, statt eine vergangenheitsorientierte Hätte-wäre-wenn-Politik zu betreiben. Die Verantwortlichen müssen sich in geregelten Verfahren ihrer Verantwortung stellen. Seien Sie sicher, dass wir an dieser Stelle nicht nachlassen werden. Vorstände, die lügen und betrügen und mit krimineller Energie Geld auf die Seite schaffen, müssen vor Gericht gestellt werden. Das gilt auch in dieser Koalition und dieser Regierung als selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hier in Bayern verstehen wir Familien als Keimzellen der Gesellschaft. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir zeigen das auch mit Taten; denn die Gesellschaft von morgen ist nur so gut, wie es die Familien von heute sind. Deshalb steht Familienpolitik seit jeher im Zentrum bayerischer Politik. Deshalb steigern wir im Doppelhaushalt die familienbezogenen Leistungen um rund 10 % auf über 2 Milliarden Euro.

(Hubert Aiwanger (FW): Kindergartengebühren abschaffen!)

Wir halten an unserer Zusage, Herr Aiwanger, bezüglich der Investitionskostenförderung für den Krippenausbau bis hin zur Bedarfsdeckung fest. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland in Deutschland, das nicht nur die Bundesmittel eins zu eins durchleitet, sondern mittlerweile auch noch über 100 Millionen dazugibt. Es gibt kein zweites Land in Deutschland, das so handelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Sie wollen Vorreiter sein!)

Wir stehen auch in der Partnerschaft zu unseren Kommunen; denn wir beteiligen uns nicht nur am Aufbau der Einrichtungen, sondern wir stehen auch in der Verpflichtung, uns an den Betriebskosten zu beteiligen. Die Ansätze steigen von 848 Millionen im alten Jahr auf über 1 Milliarde im Jahr 2012. Wir vermelden: Wir helfen den Kommunen in Bayern mit einer kommunalen Milliarde, allein um die Betriebskosten in den Kinderbetreuungseinrichtungen sicherzustellen. Das gibt es kein zweites Mal in dieser Republik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bleiben dabei auch dem Grundsatz treu, die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Deshalb geben wir nicht nur für Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Betrieb Geld aus, sondern wir setzen auch ein klares Signal für all diejenigen Familien, die zwar die Betreuung am Nachmittag in der Familie gewährleisten wollen, aber das Mittagessen organisiert haben wollen. Deshalb ist es ein besonderes Kennzeichen Bayerns im Zusammenhang mit Familie und Beruf, einen staatlichen Schwerpunkt auf die Fortsetzung der Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen zu setzen. Der Ansatz 2012 beläuft sich auf immerhin fast 30 Millionen Euro, und wir ergänzen damit den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Mit der Stärkung der Familien legen wir ein tragfähiges Fundament für das Bildungsland Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit unseren hervorragenden Schulen, mit einer ausdifferenzierten Schullandschaft und einer exzellenten Hochschullandschaft bauen wir auf der Basis starker Familien weiter auf und entwickeln Bayern zum Bildungsland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Regierung Seehofer gibt mit diesem Doppelhaushalt im Jahr 2012 zwei Milliarden mehr in die Unterstützung der bayerischen Bildungslandschaft. Wir haben bei einem Staatshaushalt von knapp 43 Milliarden ein Ausgabevolumen von 15,3 Milliarden für Bildung, Schule und Hochschule, für berufliche Bildungsstätten und Ausbildungsstätten. Das ist ein wegweisender Schritt, den wir gehen, weil wir auf den Rohstoff Geist setzen und junge Menschen, älter werdende Menschen, selbst erwachsene Menschen über die Erwachsenenbildung anhalten wollen, den Rohstoff Geist weiter zu hegen und zu pflegen. Dieser steht im Mittelpunkt unseres Interesses.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir schaffen in den Jahren 2011 und 2012 jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerplanstellen für die Verbesserung an den Schulen. Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CSU und FDP zur Schaffung von jährlich 1.000 Lehrerstellen wird dabei im dritten und vierten Jahr in Folge trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen eingehalten. Darüber hinaus werden 1.320 zusätzliche Lehrerstellen zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im Jahr 2012 bereitgestellt. Hinzu kommt die Finanzierung von weiteren 553 Stellen im Anschluss an das Zukunftsprogramm Bayern 2020 ab dem Jahre 2011. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in diesen Zeiten solche Vorschläge macht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir stellen in der gebundenen Ganztagschule sicher, dass jedes Schuljahr neue Anfangsklassen nachwachsen können. Wir weiten den Aufbau von Ganztagschulen

aus. Weitere 500 Schulen können Ganztagschulen werden, und zwar nicht nur wie bisher an Grund-, Haupt- und Förderschulen, sondern seit diesem Doppelhaushalt auch an den weiterführenden Schulen.

Weil wir intensiv mit den Kommunen zusammenarbeiten, vergessen wir auch nicht die offene Ganztagschule. Neben den 500 neuen gebundenen Ganztagschulen können wir 225 zusätzliche Gruppen an den Förder-, Haupt-, Wirtschaftsschulen, Realschulen sowie den Gymnasien vorbereiten. Zeigen Sie mir ein zweites Land, das mit so viel Energie und so viel Macht die Kinderbetreuung an Schulen durch Kooperation vorantreibt. Sie werden keines finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 steigen wir im Übrigen auch in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Die Inklusion behinderter Schüler wird mit insgesamt über 200 Lehrerstellen vorangetrieben. Wir machen die ersten Erfahrungen. Ich weise an dieser Stelle aber auch auf Folgendes hin: Wir müssen diese Modelle intensiv begleiten. Ich glaube nicht, dass die absolute Integration am Ende der richtige Weg ist. Wir werden beide Schulen brauchen. Wir brauchen gute und mit entsprechenden Mitteln ausgestattete Förderschulen, weil wir den Menschen mit ihren individuellen Talenten helfen müssen. Wir brauchen die Öffnung unserer Regelschulen, insbesondere für junge Menschen mit Behinderung. Das ist der bayerische Weg. Den wollen wir gemeinsam entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen dafür, dass die Hochschulen für die starken Jahrgänge und den doppelten Abiturjahrgang gut gerüstet sind. Insgesamt werden im Jahr 2011 38.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Die zusätzlichen 3.000 Stellen werden im Jahr 2011 pünktlich zum Beginn des Sommersemesters eingerichtet sein. Wir sind in Bayern so aufgestellt, dass wir den doppelten Abiturjahrgang als Chance nutzen, weil wir damit zum richtigen Zeitpunkt in die jungen Menschen investieren und ihnen eine gute Grundlage

geben können, ihre Ausbildung im Aufschwung schnell zu beenden und mit einem guten Job einen Beitrag zur Gegenfinanzierung zu leisten. Das ist Politik "Marke weiß-blau".

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb wird in Bayern an allen Hochschulen gebaut: Von der Fachhochschule Regensburg mit einem Volumen von 56 Millionen Euro bis hin zur Fachhochschule Kempten mit einem Volumen von 26 Millionen Euro wird im ganzen Land Platz für Studierende geschaffen.

Der Neubau des Chemikums an der Uni Erlangen-Nürnberg kostet 80 Millionen Euro, der Erweiterungsbau der Fachhochschule Ingolstadt 51 Millionen Euro. Das sind nur ein paar Beispiele aus unserem umfassenden Ausbauprogramm. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das den Ausbau seiner Universitäten und Fachhochschulen so intensiv betreibt. Sie werden kein zweites finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Insgesamt steht dem Wissenschaftsminister für Hochschulen und Kultur eine Milliarde Euro zur Verfügung. Das sind pro Jahr also rund 500 Millionen Euro. Damit übertreffen wir in Bayern im Jahr nach der Krise sogar die Zielgröße unseres Zehnjahresprogramms von 4 Milliarden Euro, also 400 Millionen jährlich. Bayern entwickelt sich zum Bildungsland Nummer eins. Bayern entwickelt sich zum Hochschul- und Universitätsland Nummer eins. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, weil wir wissen, wo wir Schwerpunkte zu setzen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir vergessen dabei auch die Studierenden nicht, die Unterstützung brauchen. Das BAföG wird deutlich erhöht. 2011 steigen die Mittel um 130 Millionen Euro. 2012 werden gegenüber 2010 90 Millionen Euro mehr veranschlagt.

Während sich andere Bundesländer das Geld vom Bund zurückholen, geht Bayern einen anderen Weg. Wir haben die BAföG-Unterstützung mitgetragen. Wir werden die Bundesmittel, die wir den Hochschulen als Kompensation zur Verfügung gestellt haben, von diesen nicht zurückfordern, sondern sie ihnen belassen. Das macht im Jahr 2011 noch einmal 8 Millionen Euro aus, und 2012 sind es 16 Millionen Euro. Diese Mittel belassen wir den Universitäten, weil wir unser Bekenntnis zum Hochschulstandort Bayern mit Taten unterlegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden weiter daran arbeiten, dass das innovationsfreundliche Klima in Bayern noch gesteigert wird. Bayern ist in Deutschland die Gründerhochburg. Wenn man die Neuausrichtungen und die Schließungen gegeneinanderrechnet, stellt man fest, dass wir im Jahr 2009 in Bayern 34.800 neue Gründer begrüßen konnten. Alle anderen Bundesländer sind weit abgeschlagen. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen krebst bei 25.000 neuen Gründern. Mit Verlaub, selbst unser Nachbarland Baden-Württemberg kann im Saldo nur 16.000 Neugründungen vermelden. Mit über 34.000 Neugründungen haben wir in Bayern glatt das Doppelte von Baden-Württemberg erreicht. Wir setzen auf junge Menschen, wir setzen auf Unternehmertum. Wir setzen auf Menschen, die in Bayern investieren und neue Unternehmen gründen. Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei begleiten wir die Unternehmen dadurch, dass wir Schwerpunkte setzen, insbesondere was die Innovationsthemen unseres Landes und unserer Gesellschaft in der Welt angeht. Dazu zählt die Elektromobilität. Dazu zählt die Biosystemforschung. Für das Forschungsnetzwerk Biosystemforschung stehen 18 Millionen Euro bis 2014 bereit. Wir verbinden unsere Hochschulen von München über Nürnberg, Regensburg bis Würzburg, weil wir diesen Verbund als Stärke Bayerns verstehen. Wir nehmen Staats-

gelder in die Hand, um den Neubau des Forschungszentrums für molekulare Biosysteme an der LMU München mit Gesamtkosten von 29 Millionen Euro zu tragen.

Wir schaffen am Klinikum Augsburg ein universitäres Zentrum für Gesundheitswissenschaften mit drei Lehrstühlen, weil wir darauf drängen, dass der Hochschulstandort Bayern weiter ausgebaut wird, und weil wir in der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft die Lösung der Themen der Welt sehen und stolz darauf sind, dass Bayern dazu einen Beitrag leisten kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern eine zentrale Aufgabe der Staatsregierung. Der demografische Wandel stellt auch ganz Bayern und alle Politikbereiche vor große Herausforderungen.

In den ländlichen Gebieten sind die Auswirkungen besonders spürbar. Die Staatsregierung hat sich unter der Leitung unseres Ministerpräsidenten dieser Aufgabe ganz speziell gestellt. Wir lassen keinen Zweifel daran, dass wir diese Aufgabe gemeinsam mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern lösen wollen. Wir hängen keinen Raum ab, weil die Stärke Bayerns in seiner gesamtheitlichen Entwicklung liegt.

Schauen Sie sich den Länderfinanzausgleich an. Dann erkennen Sie, dass es nur ein Land gibt, welches diesen Weg gegangen ist: den Wechsel vom Nehmer zum Geber. Wir sind mittlerweile der stärkste Geber. Das gilt für alle Bereiche. Darauf kann ganz Bayern stolz sein. Deshalb muss sich ganz Bayern weiterhin gut entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen bringt die bisherige Politik für den ländlichen Raum sichtbare Erfolge. Als Beispiel nenne ich die Stadt Hof. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen hat sich die Arbeitslosenquote dort in den letzten Jahren halbiert, nämlich von 13,6 auf 7,2 %. Diese Quote ist immer noch zu hoch. Wir müssen natürlich weiter daran arbeiten, den

Menschen Chancen zu eröffnen. Aber den Erfolg, dass wir die Arbeitslosenquote in Hof halbiert haben, lassen wir uns nicht wegnehmen. Das ist ein Erfolg der Unternehmen und der Menschen vor Ort sowie der Rahmenbedingungen, die die Bayerische Staatsregierung für die Region geschaffen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf darauf hinweisen, dass auch die Republik auf diese Entwicklung mit Interesse reagiert. Die Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" weist Hof aus und gibt der Region Hof den Platz 6 unter den Top Hundert. Sie ist besonders dynamisch. Vor Hof liegen Bayreuth und Bamberg, ebenfalls Städte einer Region, deren Aufschwung das mit dem alten Doppelhaushalt 2009/2010 aufgelegte Nord-und-Ostbayern-Programm gezielt unterstützt hat.

Auf der Basis der Erfolge in den alten Jahren werden wir diese Politik konsequent fortsetzen.

Wir werden deshalb den Ausbau unseres Netzes von Technologietransferzentren vorantreiben. Wir wollen die Forschungsergebnisse in Produkte der regionalen Wirtschaft umsetzen. Für die neuen Zentren an den Fachhochschulen von Aschaffenburg bis Kempten stellen wir bis zum Jahr 2014 deshalb insgesamt über 30 Millionen Euro zur Verfügung. Daneben investieren wir in neue Anwenderzentren, z. B. für den Werkstoff Karbonfaser in Augsburg mit über 16 Millionen Euro.

Der Schonung der Ressourcen dient das Zentrum für Wertstoff-Kreisläufe und Wertstoff-Substitution in Aschaffenburg. Dafür werden bis 2014 5 Millionen Euro aufgebracht.

Für den Neubau des Zentrums für Keramische Verbundstrukturen in Bayreuth stellen wir 7 Millionen Euro zur Verfügung.

Dies ist eine Liste von Initiativen, die sich sehen lassen kann und ganz Bayern nach vorn bringt. Sie wird begleitet vom Ausbau der Breitbandanbindung der Kommunen

mit 45 Millionen Euro. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland in Deutschland, das so etwas machen kann. Sie werden keines finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen gezielt und gemeinsam vor. Für die Elektromobilität schaffen wir ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in München und Würzburg. Wir ziehen drei Modellregionen in Bad Neustadt, Garmisch Partenkirchen und im Bayerischen Wald hinzu. Das ist eine zentrale Aufgabe: Wie können wir unser Autoland, wie können wir Bayern in einer zentralen Frage unserer wirtschaftlichen Prosperität positionieren? Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in der Lage ist, 64 Millionen Euro Steuer-gelder in die Hand zu nehmen, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in der Lage ist, mit den Wissenschaften, den Unternehmen, mit den Automobilherstellern und mit drei Partnerregionen ein so breites Programm aufzulegen. Sie werden kein zweites finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dem Wirtschaftsminister stehen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Regionalförderung 108 Millionen Euro im Jahr 2011 und 110 Millionen Euro im Jahr 2012 zur Verfügung. Nicht zu vergessen ist die einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landwirtschaftsministers, weil uns auch an der Stelle daran gelegen ist, nicht nur den industriellen Mittelstand richtig zu positionieren, sondern auch die bäuerliche Landwirtschaft mitzunehmen. Deshalb haben wir allein sieben Millionen Euro mehr Landesmittel dafür reserviert, den Bäuerinnen und Bauern mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung Hilfen zu geben. Auch die bäuerliche Landwirtschaft muss auf die Zukunft hin ausgerichtet werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bleiben auch in Zukunft ein Bundesland, das Prioritäten zu setzen und ohne neue Schulden zu arbeiten weiß, ein Bundesland, das als verlässlicher, starker Partner an

der Seite seiner Kommunen steht. Wir stehen zur originären Einnahmequelle der Kommunen: Die Bayerische Staatsregierung wird sich für eine Abschaffung der Gewerbesteuer gegen den einhelligen Wunsch der Kommunen nicht einbringen. Wir werden uns stattdessen auf der Ausgabenseite für Entlastungen durch den Abbau von Standards stark machen, und wir werden den Bund in die Verantwortung nehmen. Wir brauchen nicht nur Ankündigungen, dass der Bund einmal acht Milliarden oder einmal vier Milliarden zu tragen bereit sei, sondern wir brauchen Entscheidungen. Die Bundesregierung muss bis Mitte des Jahres die Arbeiten in der Gemeindefinanzkommission abgeschlossen haben. Wir brauchen mehr Planungssicherheit für die Kommunen. Sie sind ein tragendes Element, sie sind die tragende Säule unserer Gesellschaft. Es muss aufhören, dass den Kommunen mit neuen Standards Freiheit und Flexibilität genommen wird. Wir müssen den Bund endlich in die Verantwortung nehmen: Mit der Politik, die er mit der Einführung der Grundsicherung losgetreten hat, dürfen die Kommunen nicht zum Zahlel werden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Der zentralen Rolle der Kommunen als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft wird der kommunale Finanzausgleich 2011 gerecht. Die Landesleistungen steigen saldiert um 71 Millionen Euro auf über 6,3 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Wir haben eine strukturelle Verbesserung hinterlegt; denn der Kommunalanteil des allgemeinen Steuerverbundes wird von 12 % auf 12,2 % angehoben.

Wenn Sie sich die Einzelheiten anschauen, stellen Sie fest: Die Investitionen in Bildung, in den Schulausbau, die Verkehrsinvestitionen - sie alle bleiben stabil oder steigen an. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung bleiben nicht nur stabil, sondern wir erhöhen sie, weil wir die Zusage gegeben haben, uns mit 60 % an den Kosten und den Aufwendungen für die Schülerbeförderung zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Es waren schon einmal 80 %!)

Wir bleiben an der Stelle vertragstreu und gehen diesen Weg konsequent weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Doppelhaushalt des Landes sieht keine neuen Schulden vor, obwohl wir auf der Basis der November-Steuerschätzung für den Länderfinanzausgleich 2011 rund 3,8 Milliarden Euro und in 2012 circa 4 Milliarden Euro einplanen müssen. Dieses Volumen - um das richtig einzuordnen - bewegt sich in der Größenordnung der Ausgaben für die bayerischen Hochschulen. Wir könnten also noch einmal doppelt soviel im Hochschulbereich machen, wenn der Länderfinanzausgleich nicht so wäre, wie er sich momentan darstellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Dabei verlassen wir keineswegs die Solidarität, sondern wir kritisieren vielmehr die Fehler im System. Wenn die Nehmerländer auf Dauer am Tropf der Geberländer hängen, wenn der aktuelle Finanzausgleich am Ende zu einer Strafsteuer für wirtschaftlich erfolgreiche Länder wird, dann kann das System so nicht bleiben. Das geltende System verhindert, dass andere Länder dem Vorbild Bayerns folgen, das diesen Sprung geschafft hat. Deshalb ist es unser Ziel, den Länderfinanzausgleich zu ändern. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg und Hessen im Zweifelsfall klagen. Wir wollen verhandeln und wollen Ergebnisse haben. Aber wenn niemand bereit ist, das System neu auszurichten, wenn dieses falsche System weiter so betrieben wird, dann müssen wir im Selbstverständnis gegenüber dem bayerischen Steuerzahler und der bayerischen Steuerzahlerin eine Entscheidung suchen, und dann werden wir diesen Weg beschreiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Was Bayern ausmacht, ist der Anspruch, aktiv Politik zu gestalten. Was Bayern ausmacht, ist die Tatsache, dass wir dieses Land mit aktiver Wirtschaftspolitik nach vorne gebracht haben. Was Bayern ausmacht, liegt darin, dass wir auch in der Steuerpolitik nicht sagen: Wir könnten uns auf unseren Lorbeeren ausruhen und die Hände in den Schoß legen. Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, dass die Konsolidierung der staatlichen Haushalte mit einer Steuerpolitik einhergehen muss, die die Wachstumskräfte in unserem Lande stärkt. Deshalb darf die aktive Steuerpolitik keine Auszeit nehmen. Unsere Wettbewerber schlafen nicht, und auch unser Steuersystem steht im Wettbewerb. Dazu gehört unter anderem auch das Thema Steuervereinfachung, und dazu gehört das Problem, dass wir uns mit dem Einkommensteuertarif auseinandersetzen müssen; denn die kalte Progression läuft Gefahr, demotivierend für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für unsere Bürgerinnen und Bürger zu werden. Stellen Sie sich einmal vor, dass es im Laufe des Jahres vielleicht nach harten Auseinandersetzungen zu Lohnsteigerungen von zwei oder zweieinhalb Prozent kommt und am Ende der Bürger beim Blick auf den Lohnsteuerjahresausgleich feststellt, dass ihm mehr weggenommen wird als je zuvor. Das hätte eine demotivierende Wirkung, die wir ausschalten müssen. Wir brauchen Zukunft und Leistungsbereitschaft und nicht Demotivation in unserem Steuerrecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

Mit Sicherheit werden wir die Steuervorschläge der SPD nicht weiter verfolgen. Wer in dieser Situation auf Neid und Missgunst setzt, und wer in dieser Situation wieder anfängt, Keile in unsere Gesellschaft zu treiben, geht den falschen Weg. Sie wenden sich von einer Steuerpolitik gegen die Arbeitslosigkeit ab.

(Harald Güller (SPD): Na, na!)

Sie wenden sich gegen die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Sie wollen die Steuerbürger mit mehr Bürokratie und leistungsfeindlichen Steuererhöhungen belasten. Diese Vorschläge sind schlicht und einfach unbrauchbar.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Europa steht vor großen Herausforderungen. Zu den zentralen Aufgaben zählen solide Finanzen und mehr Nachhaltigkeit. Konsolidierung und dauerhafte Stärkung der Wachstumskräfte müssen überall in Europa zu vorrangigen politischen Zielen werden. Das ist die zentrale Aufgabe für die Europäische Union, aber auch für jeden einzelnen Mitgliedstaat und auch für jede einzelne Region.

Wir in Bayern setzen dabei auf Stabilität im Wandel. Wir stellen uns mit dem Haushalt ohne Neuverschuldung unserer Verantwortung, der jungen Generation nicht nur keinen Schuldenberg, sondern auch Chancen zu hinterlassen. Wir setzen mit den Schwerpunkten Familie, Bildung und Innovation auf die bestmögliche Vorbereitung für die Zukunft. Wir wollen keine Blockade in der Steuerpolitik. Wir wollen einen Aufbruch.

Wir stehen für ein starkes und stabiles, für ein sicheres und soziales Bayern. Wir stehen für den Aufbruch Bayern, damit Bayern seinen europäischen Spitzenplatz stärkt und wo immer möglich ausbaut; denn unsere Politik für Wachstum und Wohlstand kommt allen Menschen in Bayern zugute. Dafür steht der Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo! - Harald Güller (SPD): 51 Minuten Märchenstunde!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, vielen Dank. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Wort jetzt zur Geschäftsgrundlage: Die Rede des Herrn Staatsministers hat über 50 Minuten gedauert. Ich muss allerdings auch sagen, die Technik hat ihn verlassen; die Uhr lief bei ihm nicht. Bei uns gingen die Uhren. Aber gut. Ich unterbreche einen Staatsminister nicht, wenn er den Haushalt einbringt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Die Gestaltung des Haushalts ist die wichtigste Aufgabe für uns hier im Hohen Haus.

(Zurufe von der SPD)

Nach der Geschäftsordnung haben die Fraktionen jetzt natürlich auch eine Redezeit von 50 Minuten. Ob davon Gebrauch gemacht wird, überlasse ich jeder Fraktion.

(Harald Güller (SPD): Wir können es inhaltlich viel kürzer!)

Herr Kollege Halbleib, Sie haben nun das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht mussten Sie, Herr Staatsminister, ja die Redezeit, die normalerweise vorgesehen ist, deshalb so überziehen, weil Sie möglicherweise trotz Ihrer Jubelarie zum bayerischen Staatshaushalt 2011/2012, so wie er nach Ihrer Auffassung aussehen soll, einen ziemlich hohen Erklärungsbedarf und einen reichlich hohen Rechtfertigungsbedarf gesehen haben. Da kann man Ihnen nicht eine Redezeit von 20 Minuten zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Ihre Rede bilanzieren, stelle ich fest: Sie haben diese Zeit nicht für Informationen über den Doppelhaushalt verwendet, sondern zu 20 % für einen hohen Staatskammerton von Europa nach Bayern und wieder zurück. 20 % haben Sie für die übliche Marketing-Nummer gebraucht, die Sie zu diesem Entwurf seit September abziehen. Weitere 20 % haben Sie für Polemik benötigt. Das ist Ihr gutes Recht. Weitere 20 % haben Sie für die Erregung benötigt. Wahrscheinlich haben Sie mit der Erregung, die Sie selbst gezeigt haben, zwei Ziele verfolgt: Zum einen wollten Sie Ihre eigene Fraktion und Ihre eigene Regierungskoalition endlich einmal für den Entwurf zum Doppelhaushalt begeistern. Zum anderen haben Sie vielleicht gehofft, mit dieser Erregung die Autosuggestion, die Ihnen eigen ist, noch einmal zu stärken. Herr Staatsmi-

nister, in diesem Land gibt es keinen zweiten Minister, der über eine so große Fähigkeit der Autosuggestion verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Eines haben Sie aber nicht getan: Sie sind nicht der Verpflichtung zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nachgekommen. Diesen Geboten entspricht die Verpflichtung, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein über die Staatsfinanzierung einzuschenken. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten in der Staatsregierung mehr dafür getan, die Haushaltswirklichkeit im Freistaat Bayern zu schönen, zu tarnen und den Marketingschleier darüber zu legen, als den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, wie Sie in den nächsten zwei Jahren die Staatsaufgaben finanzieren werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nachdem der Haushaltsausschuss in der letzten Woche das Gärtnerplatztheater wegen der anstehenden notwendigen Investitionen besucht hat, möchte ich auch hier beim Bild des Theaters bleiben: Die Staatsregierung hat bisher alles getan, um in der zentralen Debatte über die Finanzierung und über die Schwerpunkte dieses Staatshaushalts schöne bunte Kulissen vor die haushaltspolitischen Tatsachen zu schieben. Das ist wie bei einem Theater, bei dem die Zuschauer mit einem tollen Bühnenbild in die Vorstellung gelockt werden, aber bereits nach der ersten Szene merken, dass das Schauspiel eher durchschnittlich oder mittelmäßig ist. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Politisch gesehen ist das, was Sie bisher zum Entwurf des Staatshaushalts veranstaltet haben, ein Rückfall in das alte Staatsschauspiel unter dem früheren Chefdramaturgen Edmund Stoiber, von dem sich das Publikum ja abgewendet hat. Der neue Spielleiter, Ministerpräsident Horst Seehofer, hat wie immer versprochen, alles anders und besser zu machen. Er fällt aber in das alte Inszenierungsmuster zurück, allerdings ohne über die spielerische und finanzielle Substanz des alten Dramaturgen zu verfü-

gen. Der kaufmännische Direktor Fahrenschoen - das haben wir heute erlebt - weiß das alles zwar, aber er macht gute Miene zum bösen Spiel. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Des Schauspiels erster Akt erzählt die Mär vom ausgeglichenen Haushalt. Was Sie heute vorgetragen haben, ist Ihr Staatsmärchen. Die Staatsregierung behauptet doch tatsächlich, dass dieser Haushalt 2011/2012 zum sechsten und siebten Mal in Folge ohne Nettokreditaufnahme und damit ohne neue Schulden auskomme. Das ist die Wiederholung einer krassen politischen Lüge. Rechnen Sie doch einmal nach: Bei allen Haushaltsjahren, in denen Sie sich des ausgeglichenen Haushalts gerühmt haben, also von 2006 bis zum Doppelhaushalt 2011/2012, kommt unter dem Strich für jedes Haushaltsjahr eine Nettoneuverschuldung von 1,42 Milliarden Euro heraus. Das ist wahrlich keine Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, wir müssen einmal darüber reden, dass zwischen den regulären Einnahmen und den regulären Ausgaben beim Doppelhaushalt 2011/2012 erhebliche Finanzierungslücken klaffen. Das haben Sie heute überdeckt. Dabei sind die erheblichen Kürzungen in allen Ressorts in Höhe von jeweils 460 Millionen Euro pro Haushaltsjahr sowie die Sonderopfer des öffentlichen Dienstes in Höhe von etwa 500 Millionen Euro - ich runde die Zahlen - berücksichtigt.

Selbst wenn wir die zusätzlichen Steuereinnahmen im Jahre 2010 einbeziehen, beträgt die Finanzierungslücke zwischen den normalen Einnahmen und den Ausgaben des Freistaats Bayern für 2011 1,5 Milliarden Euro und für 2012 immerhin noch 1,3 Milliarden Euro, obwohl die Steuereinnahmen mit 31 Milliarden Euro im Jahr 2011 und mit 32,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 kräftig ansteigen. Das heißt, der bayerische Staatshaushalt ist deutlich unterfinanziert. Daran hat auch Ihre heutige Rede nichts geändert.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung muss nach Ihrem Entwurf tatsächlich neue Kredite beim eigenen Grundstock aufnehmen. Sie wissen, dass dies eine absolute finanzpolitische Notoperation ist. Wenn ich alle diese Punkte betrachte, muss ich sagen: Die Bezeichnung "ausgeglichener Haushalt" ist nicht nur verwegen, sondern damit werden die Öffentlichkeit und die bayerischen Bürgerinnen und Bürger für blöd verkauft.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Der Entwurf des Doppelhaushalts kann nur deshalb ohne Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden, weil Sie gerade das Gegenteil dessen machen, was Sie mit dem ausgeglichenen Haushalt versprechen, nämlich keine Lasten in die Zukunft zu verschieben. Sie verschieben Lasten in massivem Umfang in die Zukunft. Sie frieren zum Beispiel den Versorgungsfonds vollständig ein. Es gibt überhaupt keine Zuführungen mehr. Das einzige Ergebnis ist, dass die finanziellen Lasten von heute auf die Zukunft verschoben werden.

(Christa Naaß (SPD): So ist es!)

Das Gleiche tun Sie bei der staatlichen Infrastruktur. Wir haben eine dramatisch niedrige Investitionsquote. Trotz Ihrer Jubelarien liegt sie nur bei 10,8 %. Wir hatten einmal 20 %. Daraus wird unweigerlich eine verstärkte Verschuldung resultieren, weil die Abschreibungen, also der Wertverzehr, deutlich höher als die für Erneuerungen und für den Erhalt zugeführten Mittel sein werden. Der Oberste Rechnungshof schreibt Ihnen jedes Jahr ins Stammbuch, dass Sie hier Lasten von der Gegenwart in die Zukunft schieben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Akt des Märchens. Das ist der "Aufbruch Bayern". Jetzt wird es besonders interessant. Der "Aufbruch Bayern" ist mit einem Abbruch an vielen anderen Stellen verbunden. Das wissen Sie selbst; deshalb wäre es Ihre Pflicht, dies

deutlich zu machen. Der "Aufbruch Bayern" ist mit Kürzungen in allen Ressorts, auch sehr empfindlichen, verbunden. Als Beispiele seien nur die sozialen, kulturellen und ökologischen Aufgaben des Freistaats Bayern genannt. Der "Aufbruch" ist zum Teil ein Etikettenschwindel, weil er selbstverständliche, überfällige und längst zugesagte Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf enthält. Schlimmer ist, dass die Staatsregierung mit diesem Programm versucht, die Menschen anzulügen. Bei der Prüfung Ihres "Aufbruchs" hat sich nämlich herausgestellt, dass die Staatsregierung auch und gerade in den Bereichen kürzt, für die sie eine Verbesserung durch den "Aufbruch" angekündigt hat. Das ist besonders infam. Das muss ich Ihnen vorhalten. Das hat mit einer soliden Finanzpolitik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen die Wiederholung eines alten Inszenierungsmusters erreichen. Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied: Unter Stoiber konnte noch Tafelsilber in Milliardenhöhe verkauft werden, um Offensiven zu finanzieren. Jetzt ist das Tafelsilber weg. Der "Aufbruch Bayern" ist deshalb nicht einmal eine schlechte Kopie von Stoibers Offensiven. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, hätten Sie über dieses Programm geschrieben: "Erst Abbruch, dann Aufbruch". Das ist die Kombination, die Sie diesem Hohen Hause vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte beliebig viele Beispiele nennen. Ich möchte aber nur einige herausgreifen. Zunächst zur Wohnraumförderung für Familien. In der "Aufbruch"-Liste steht, dass die Wohnraumförderung in den Jahren 2011/2012 jeweils um 5 Millionen Euro verstärkt wird. Der normale Bürger denkt: Es wird mehr getan als bisher. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Die Zahlen im Etat-Entwurf sprechen eine ganz andere Sprache. 2008 wurden für die Wohnraumförderung 32 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, im Jahr 2009 waren es 28 Millionen Euro, im Jahr 2010 waren es immerhin noch 30 Millionen Euro, und für das Jahr 2011 werden statt 30 Millionen Euro nur noch 25 Millio-

nen Euro und im Jahr 2012 sogar nur noch 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist die "Steigerung", die der "Aufbruch" verspricht. Für diesen Bereich werden also 12,2 Millionen Euro weniger Landesmittel ausgegeben. Sie rühmen sich jedoch, einen "Aufbruch" zu machen und gaukeln den Leuten vor, diesen Bereich zu verstärken. Das ist absolut unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche tun Sie bei der Städtebauförderung. Hier betreiben Sie auf der Bundesebene eine unverantwortliche Politik, über die Sie sich in diesem Hohen Hause schon selbst beschwert haben. Sie haben gesagt, die Städtebauförderung müsste oben bleiben. Was tun Sie jedoch in Ihrem eigenen Staatshaushalt? Sie folgen der Bundesregierung. Schwarz-Gelb kürzt sowohl in Berlin wie auch in München die Mittel für die Städtebauförderung. Über Ihr "Aufbruch"-Programm versuchen Sie zu vermitteln, dass Sie diese Programme stärken würden. Dort stehen nämlich 4 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln drin. Fakt ist, dass die Städtebaufördermittel im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgehen, zumindest bei den neuen Bewilligungen. Das ist keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung.

(Beifall bei der SPD)

In Reklamelisten vom "Aufbruch" verspricht die Staatsregierung 25 Millionen Euro mehr Mittel für die Straßeninfrastruktur im ländlichen Raum. Auch hier sieht die Realität anders aus. 2010 waren noch 219 Millionen Euro für den Staatsstraßenbau ohne PPP-Projekte in den regulären Etats. Der Ansatz für 2011 beträgt nur noch 175 Millionen Euro, also 45 Millionen Euro weniger, und für 2012 gar nur noch 137 Millionen Euro. Sie aber wollen der Öffentlichkeit, auch der politischen Öffentlichkeit, in Bayern verkaufen, dass Sie den Staatsstraßenbau durch eine Nennung im Programm "Aufbruch" verbessern. In Ihrem Haushaltsentwurf betreiben Sie aber tatsächlich genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu einem Punkt, der mich wirklich umtreibt, Sie wahrscheinlich auch; aber Sie äußern sich anders. Ich meine die Gesamtmittel Investition. Die Staatsregierung erweckt den Eindruck, als wäre mit dem "Aufbruch" eine Stärkung der Investitionstätigkeit des Freistaats Bayern verbunden. Das Gegenteil ist auch hier der Fall. Das beweist der Vergleich mit der Entwicklung der Investitionsausgaben in den letzten fünf Jahren. Im Jahr 2006 lag die Summe der Investitionsausgaben des Freistaats Bayern bei 4,5 Milliarden Euro, also fast genau dort, wo sie 2012 mit 4,63 Milliarden Euro sein wird. Der Freistaat wird 2012 also nominell nicht mehr investieren als 2006. Wenn man die Inflation und Baupreissteigerungen berücksichtigt, ist das tatsächlich ein deutlicher Rückschritt. Der Rückgang hat auch nichts mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme zu tun, wie das Referenzjahr 2006 zeigt. Der Sachverhalt ist klar: Der Investitionsbedarf im Freistaat steigt, die Investitionen gehen deutlich zurück. 2012 wird der Freistaat eine historisch niedrige Investitionsquote haben. Der Unterschied zu den anderen westdeutschen Bundesländern, auf den Sie heute hingewiesen haben, ist stark zusammengeschnitten; vom Vorsprung Bayerns ist wenig übrig geblieben, noch weniger von den Investitionsquoten früherer Jahre.

Sagen Sie nicht nur, was Sie in diesem und im nächsten Jahr finanzieren wollen. Diese Liste ist zwar interessant, aber viel zu kurz. Sagen Sie auch, welche dringenden Investitionsprojekte Sie in diesem Doppelhaushalt nicht realisieren. Dann wissen wir die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zum Thema Kinderbetreuung, Krippenausbau und Familie. Auch da praktiziert die Staatsregierung das Prinzip "Linke Tasche, rechte Tasche". Ich wehre mich dagegen, dass wir Ausgaben und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf, die selbstverständlich sind und schon seit Langem zugesagt sind, in ein spezielles Sonderprogramm packen. Das sind längst versprochene und überfällige Anpassungen, so die Anpassung an die Betriebskostensteigerungen bei den Kommunen und die Anpassung bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau. Dennoch bleibt Bayern in der

öffentlichen Kinderbetreuung im Bundesländer-Ranking weit hinter anderen Bundesländern zurück. Der Entwurf des Doppelhaushalts ist auch hier keine Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Lehrern: Vielleicht sollte man einmal das Suchspiel ausrufen: Wer entdeckt im bayerischen Staatshaushalt mehr Stellen für Lehrer?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo sind sie?)

- Nein, da brauchen wir gar kein Suchspiel, sondern das verkündet schon die Staatsregierung. Wo werden im bayerischen Staatshaushalt Stellen für Lehrer praktisch gestrichen, weil sie in Fußnoten als "Kw", als künftig wegfallend, gekennzeichnet und sofort gestrichen werden, wenn der entsprechende Zeitpunkt eingetreten ist? - Wenn Sie dazu ein Suchspiel veranstalten würden, wären manche Bürger ernüchtert. Sie würden sehen, dass einerseits in Erfolgsmeldungen von mehr Lehrern gesprochen wird und auf der anderen Seite Stellen gestrichen oder durch "Kw"-Vermerke künftig gestrichen werden. In der pädagogischen Praxis an den Schulen, die mit großen Klassenstärken zu kämpfen haben, kommt das Allerwenigste der vermeintlich mehr Stellen für Lehrer an. Auch das ist ein Täuschungsmanöver, für das Sie verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind in großem Umfang selbst dafür verantwortlich, dass Sie in diese Klemme geraten sind.

Ich will das Thema Landesbank zwar nicht strapazieren, aber es ist doch Tatsache, dass wir im Jahr 2011 rund 370 Millionen Euro - das muss man sich einmal vorstellen - allein für Zinsen und den Ersatz der Fonds hinlegen müssen, im nächsten Jahr rund 384 Millionen Euro. Jetzt sagt der Finanzminister, diese Zinszahlungen seien rein fiktiv, weil sie aus den Rücklagen gezahlt würden. Was ist denn das für eine Rechnungsweise? Diese Beträge müssen auf den Tisch gelegt werden und stehen für andere

Dinge nicht mehr zur Verfügung. Das ist doch Fakt, Herr Finanzminister. Es ist ein Skandal, dass Sie das noch kleinzureden versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Nur um die Dimension dieser Summe deutlich zu machen: Für die Zinszahlungen und den Ausgleich der Fonds muss in beiden Haushaltsjahren insgesamt so viel auf den Tisch gelegt werden, wie Sie in Ihrem famosen "Aufbruch"-Programm an vermeintlich zusätzlichem Geld für Investitionen in Infrastruktur und Familie zur Verfügung stellen. Das alles wird komplett durch die Zinszahlungen und Ersatzmittel für die Fonds in beiden Haushaltsjahren aufgefressen.

Weitere Risiken kommen hinzu: Sie haben schon angekündigt, dass 2014 nach dem Finanzplan zusätzlich zu den Zinsen 550 Millionen Euro Garantiezahlungen hinzukommen. Eine weitere Milliarde an Steuergeldern wird für Garantien fällig, die der Freistaat ausgesprochen hat.

Weil Sie darauf Bezug genommen haben, möchte ich an dieser Stelle sagen: Mir geht es als Haushaltspolitiker auch um die zivil- und strafrechtliche Verantwortung derjenigen, die auf der Vorstandsebene und der Verwaltungsratsebene für das Landesbankdebakel verantwortlich sind. Klar ist aber auch, dass die haushaltspolitische Verantwortung für dieses Landesbankdesaster, unabhängig von der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung, die politische Verantwortung für die dramatischen Auswirkungen auf den Staatshaushalt die CSU in diesem Hohen Hause trägt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz, auch wenn Sie das nicht mehr hören können, Herr Minister. Wenn Sie auf das Hotelsteuerprivileg, auf die Privilegierung von Erbschaften und die Privilegierung von bestimmten Unternehmenskonstellationen verzichten würden, wäre ein Großteil der Kürzungen, die Sie im Doppelhaushalt vornehmen müssen, nicht notwendig gewesen. Sie hätten in den Bereichen

Umwelt, Städtebauförderung über Jugend und Soziales bis hin zu den Staatsstraßen nichts streichen müssen, wenn Sie auf Bundesebene eine andere Steuerpolitik machen würden. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zwar ein Dauerbrenner, aber ich kann diese Forderung hier nicht außen vor lassen: Statten Sie endlich die bayerische Steuerverwaltung so aus, wie es aus Haushaltsgründen notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht richtig sein, dass CSU und FDP in Bayern für das Steuerprivileg von Hoteliers 56 Millionen pro Jahr ausgeben - so viel ist das nämlich unter dem Strich -, aber im Gegenzug gekürzt wird bei der Jugendsozialarbeit an Schulen durch Einfrieren des Ausbauplans, bei der Förderung der Jugendarbeit in den Jugendverbänden, bei der Landesstelle für Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter Menschen in Bayern - danke schön, Frau Präsidentin, für die Unterstützung, die Sie hier geleistet haben -, bei der frühkindlichen Sprachförderung und bei freiwilligen Leistungen im Bereich der Betreuung und Förderung von Kindern. Eine Steuerermäßigung von 56 Millionen für die Hoteliers ist Ihnen wichtiger, als es die Punkte sind, die ich gerade genannt habe. Auch das zeigt eine Wertung.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht richtig sein, dass die Besserstellung von Erben der CSU/FDP-Staatsregierung über 90 Millionen Euro pro Jahr in Bayern wert ist, dass aber im Gegenzug gekürzt wird bei der Wohnraumförderung für Familien, bei der Städtebauförderung, insbesondere bei der Sozialen Stadt, bei der Straßeninfrastruktur, beim Betriebsdienst für Staatsstraßen, bei der Baudenkmalpflege, bei den staatlichen Museen und bei Bibliotheken und Archiven. Die Staatsregierung will also eine Entlastung für Erben, aber eine Belastung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass die Klientelpolitik der CSU und FDP im Bereich der Unternehmensbesteuerung so abläuft, dass im Gegenzug das Klimaprogramm 2020 - das 2011 zu Ende sein wird, schon 2012 sind praktisch keine Mittel mehr drin - nicht weiter ausgestattet werden kann, dass dringend notwendige energetische Sanierungen nicht durchgeführt werden können, dass alternative Energien nicht mehr so wie bisher gefördert werden können, dass Wasserversorgungsanlagen nicht gefördert werden können, dass beim Hochwasserschutz gestrichen und bei der Krankenhausförderung gekürzt wird. Das sind die Konsequenzen Ihrer Steuerpolitik. Das muss man an dieser Stelle im Bayerischen Landtag einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich kommt es noch viel schlimmer, weil es noch darüber hinaus geht. Sie lassen die fiskalischen Grundrechenarten, den gesunden Menschenverstand und kaufmännische Verhaltensweisen außer Betracht. Ein guter Kaufmann würde nie auf gute Investitionen verzichten, die ihm in kurzer Zeit eine sichere und solide Rendite bringen. Sie machen das. Nur ein Beispiel: Ihre Wiederbesetzungssperren bei der bayerischen Finanz- und Steuerverwaltung kosten nachweislich ein Vielfaches von dem, was Sie damit einsparen.

(Beifall bei der SPD)

Der Verzicht auf notwendige Sanierungsmaßnahmen der staatlichen Infrastruktur kostet nachweislich ein Vielfaches von dem, was Sie damit einsparen, weil sich die Schäden verschlimmern und dadurch Mehrkosten entstehen.

(Christa Naaß (SPD): Kurzsichtig!)

Sie sparen nicht, sondern produzieren höhere staatliche Ausgaben.

Sie kürzen im Bauunterhalt, obwohl Sie wissen, dass es sich dabei nicht um eine Einsparung handelt, da die Kürzung Mehrkosten produziert, die lediglich auf die Folgejahre verschoben werden. Sie verzichten ebenfalls auf Investitionen in energetische Maßnahmen, obwohl sich die meisten Beispiele, die uns im Haushaltsausschuss vorgelegt worden sind, nach kurzer Zeit amortisieren. Nach Umsetzung der Maßnahmen sind die Energie- und Betriebskosten deutlich niedriger. Sie streichen die Mittel für die Städtebauförderung, obwohl nachweislich von jedem gezahlten Euro neun bis zehn Euro an weiteren Investitionen generiert werden. Allein durch den Rückfluss der Mehrwertsteuer können Sie die Refinanzierung sicherstellen. Stattdessen streichen Sie die Mittel. Das ist auch ökonomisch unvernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Gegen alle Vernunft ist auch Ihr Umgang - ich kann es Ihnen nicht ersparen - mit dem Personal des Freistaats Bayern. Der Freistaat verfügt - das ist unstrittig - über eine gut ausgebildete, leistungsfähige und leistungswillige sowie motivierte Mitarbeiterschaft. Das betonen Sie immer wieder. Das gilt sowohl für Beamte als auch für Tarifbeschäftigte. Doch die Bayerische Staatsregierung springt mit dem ihr anvertrauten öffentlichen Dienst so um, wie es die Führungslehrbücher ihrer eigenen Beamtenfachhochschulen als abschreckendes Beispiel hervorheben mussten. Sie motivieren nicht nur nicht, sondern demotivieren. Das ist der schlimmste Führungsfehler, den man machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Nicht-die-Frösche-fragen-Erwin, dem Champions-League-Edmund, nach der über das Knie gebrochenen Verwaltungsreform, nach dem willkürlichen Stellenabbau ohne Aufgabenabbau und nach der ungerechten Arbeitszeitverlängerung kam Wohlfühl-Horst und gelobte Besserung. Die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung wurde angekündigt, und die Dienstrechtsreform versprach zusätzliche Leistungsanreize sowie mehr Entwicklungsperspektiven. Kaum hatte der öffentliche Dienst wieder

Vertrauen in unsere Staatsregierung gefasst, kam die kalte Dusche. Nur einige Wochen nach der Verabschiedung des Neuen Dienstrechts fiel die Maske. Unter der Maske kam das alte Bild der CSU hervor. Die Bediensteten des Freistaats Bayern müssen sich wie im Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" fühlen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es ist ein klassischer Zickzack-Kurs der CSU, diesmal mit tatkräftiger Unterstützung durch die FDP: erst Stellen ankündigen, dann aber Wiederbesetzungssperren einführen, damit die geschaffenen Stellen nicht besetzt werden. Das ist die Logik, die Sie an den Tag legen. Erst das Dienstrecht mit großem Tamtam verabschieden, dann das zentrale Element dieser Dienstrechtsreform, die Vergabe von Leistungsbezügen, aussetzen. Erst die Wegstreckenentschädigung anpassen, dann wieder kassieren. Erst die Beseitigung der einen Ungerechtigkeit bezüglich der Arbeitszeit ankündigen, dann die nächste Ungerechtigkeit beim Gehalt durch die Nullrunde begehen. Erst von Familie und von der Gewinnung der besten Köpfe für den Staat reden, dann die Eingangsbesoldung absenken. Ständig von Wertschätzung - das haben Sie heute auch gemacht - für die Beschäftigten reden und dann als Beleg dafür die Jubiläumszuwendung streichen. Wer als Dienstherr dermaßen willkürlich und chaotisch agiert, der muss sich nicht wundern, wenn die bei den Beschäftigten durchaus vorhandene Bereitschaft, zur Konsolidierung des Staatshaushaltes beizutragen, absolut zerstört oder porös gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend bringe ich einige Gedanken der SPD-Fraktion ein, die wir vielleicht im Konsens, im kritischen Dialog, im Widerspruch, aber doch gemeinsam diskutieren müssen. Welchen Staat wollen wir eigentlich? Darüber müssen wir eine Debatte führen. Welchen Staat können wir dauerhaft finanzieren? Die SPD bekennt sich zu einem starken und leistungsfähigen Staat. Aus Ihren Worten habe ich herausgehört, dass Sie

dies ähnlich sehen. Bei der FDP bin ich mir da nicht sicher. Leider bin ich mir sicher, dass die FDP diesen starken Staat infrage stellt.

Bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise - der Finanzminister hat das angesprochen - waren nicht die neoliberalen und konservativen Rezepte erfolgreich, sondern eine nach sozialdemokratischen Grundsätzen geprägte staatliche Konjunkturpolitik. Die Ausgaben für die Kurzarbeiterregelung und die Konjunkturprogramme für die öffentliche Infrastruktur, auch die Abwrackprämie, konnten durch die damit verbundene wirtschaftliche Erholung die Stabilisierung, die erhöhten Steuereinnahmen und die vermiedenen Zusatzkosten bei der Arbeitslosigkeit wieder refinanziert werden. Das ist ein Beispiel dafür, dass die neoliberalen Rezepte - sparen, sparen, sparen, gerade wenn die Einnahmen einbrechen - absolut falsch sind. Wir haben dagegen gehalten. Das war das richtige Konzept - ein sozialdemokratisches Konzept im Übrigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen - das ist unstrittig - die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, um diesen starken und leistungsfähigen Staat zu erhalten. Das Auseinanderklaffen - Sie, Herr Staatsminister, konnten das heute nicht widerlegen - von Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt des Freistaats Bayern trotz Bereinigung des Landesbank-Debakels und der zusätzlichen Steuereinnahmen macht dies nur zu deutlich. Wir haben im Staatshaushalt ein strukturelles Problem. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben im Griff halten und Einnahmen verbessern.

Es ist klar: Verschuldung ist keine Problemlösung, ob nun offen oder versteckt. Sie kann keine Problemlösung sein, auch keine dauerhafte. Im Gegenteil, aus sozialdemokratischer Sicht kann Verschuldung eine Form der Umverteilungspolitik darstellen, bei der Banken, private Versorgungsinstitute und Inhaber von Staatsanleihen die Zinsen erhalten, die der Steuerzahler zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls zahlen muss. Deswegen bekennen wir uns vonseiten der SPD zu Artikel 18 Absätze 1 und 2

der Bayerischen Haushaltsordnung. Das ist nicht die einzige, aber eine wichtige Orientierung für unsere Haushaltspolitik. Unser Verständnis von Haushaltskonsolidierung ist jedoch ganz anders als das Ihre. Ausgeglichene Haushalte sind keine Rechtfertigung für eine unsoziale Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir treten denjenigen entschieden entgegen, die die sogenannte Schuldenbremse zur unsozialen Steuersenkungspolitik, zur Rechtfertigung von Sozial- und Bildungsabbau, zur Privatisierung und Lohndumping im öffentlichen Dienst und für eine generelle Senkung der Staatsquote missbrauchen. Denen treten wir entschieden entgegen, weil dies der falsche Weg für unser Gemeinwesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Konsolidierung auf der Einnahmenseite und eine zukunftsfähige Finanzpolitik, die diese Einnahmen bereitstellen muss. Die Ausstattung der Steuerverwaltung habe ich genannt. Dazu gehören auch die Korrektur steuerpolitischer Fehler, der Erhalt und die Stärkung der Erbschaftsteuer - Sie hören es nicht gern, aber das ist dringend -, die Einführung der Finanztransaktionssteuer und die Beteiligung starker Einkommen am Gesamtsystem - eine Balance der Steuergerechtigkeit zu den Normalverdienern. Wenn Sie diese entlasten wollen, ohne dies auf Pump zu finanzieren, müssen Sie einen Ausgleich an anderer Stelle schaffen. Das ist Adam Riese und nicht Volkmar Halbleib. Das sollte auch eine gewisse Orientierung für den Finanzminister sein.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört nicht die Arie über populistische Steuersenkungen. Sie haben heute wieder davon angefangen. Fünf Tage nachdem die Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge erhöht wurden, haben Sie davon angefangen. Sie haben dafür gesorgt, dass den Arbeitnehmern zum Jahresbeginn mehr Netto vom Brutto

wegenommen wurde. Fünf Tage später sagen Sie in Ihrer Jammerarie: Wir müssen die Steuern gerade für die Arbeitnehmer senken. Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr. Von dieser Art der Debatte haben die Leute die Schnauze voll.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Wir auch!)

Entschuldigen Sie diesen unparlamentarischen Ausdruck. Sie haben den Länderfinanzausgleich angesprochen. Wir wollen auch, dass der Länderfinanzausgleich einen wirklichen Anreiz bietet und alle Länder ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. Sie, die damalige CSU-Staatsregierung, haben selbst über den derzeitigen anreizfeindlichen Länderfinanzausgleich verhandelt und diesen damals als Erfolg gefeiert. Ich bitte Sie im Interesse der Sache um Folgendes: Statt populistischer Aktionen, Wahlkampfversprechen und Fummeleien an der Budgethoheit anderer Bundesländer erwarten wir, dass die Staatsregierung endlich ihre Hausaufgaben macht und dem Landtag ein tragfähiges Konzept für einen sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer anreizstarken Länderfinanzausgleich vorlegt. Das ist jetzt Ihre Pflicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten auch, dass Sie die besondere Situation der bayerischen Kommunen - jetzt bin ich beim kommunalen Finanzausgleich - stärker als bisher berücksichtigen. Leider ist in dieser dramatischen Situation für die Kommunen nur ein Minimalergebnis herausgekommen. Wir haben im letzten Jahr von der Staatsregierung selbst - das waren Ihre eigenen Zahlen - die Information bekommen, dass sich 40 % der bayerischen Kommunen nicht an die Kommunalhaushaltsverordnung halten und die notwendigen Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt nicht leisten können. 40 % der Kommunen sind das. 20 % dieser Kommunen können überhaupt keinen Cent aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt verschieben. Das ist ein dramatischer Befund. Die Prozentzahlen sind dramatisch angestiegen. Sie sagen aber nicht, was Sie dagegen tun. Sie könnten viel dagegen tun. Sie könnten Sondermaßnahmen ergreifen. Sie machen nicht nur nichts, sondern schwächen die Kommu-

nen mit Ihrer Steuerpolitik weiter. Die Kommunen müssen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz genauso mit bezahlen. Permanent stellen Sie entweder die Gewerbesteuer insgesamt oder die Bemessungsgrundlage infrage. Außerdem kürzen Sie die dringend benötigten Mittel für die Städtebauförderung, und Siebürden den Kommunen wie etwa bei den Reformen des SGB II weitere Sozialkosten auf. In der Gesamtbilanz belasten Sie die Kommunen, anstatt sie zu stärken. Das ist ein bedauerlicher Befund, den wir feststellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch bereit, Vorschläge zur Konsolidierung auf der Ausgabenseite zu unterbreiten. Ich glaube, es wäre lohnend, sich über dieses Thema zu unterhalten. Bei Ihnen läuft es sowohl bei den Sachkosten als auch bei den Investitionen oder bei den Personalausgaben nach der Rasenmäher-Methode. Mit dieser Rasenmäher-Methode kommen wir aber nicht weiter.

Der Grund dafür liegt letztendlich darin, dass sich die Staatsregierung regelmäßig um eine echte Ausgabenkritik drückt. Die Verwaltungsreform 21 ist das beste Beispiel dafür. Sie haben einen Personalabbau verordnet, ohne die Aufgaben zu reduzieren. Das gilt für sehr viele Bereiche. Auch diese Methode funktioniert nach Adam Riese nicht. Eine echte Ausgabenkritik würde auch die Aufgaben auf den Prüfstand stellen. Dazu müssten Sie sich ehrlich bekennen. Sie müssten auch einmal ohne Rücksicht auf Ihre Wahlklientel diese Aufgabenkritik vornehmen. Wir erwarten, dass die Staatsregierung bei dieser Ausgaben- und Aufgabenkritik bei sich selbst anfängt.

(Beifall bei der SPD)

Gerade von sich selbst sendet die Staatsregierung leider die falschen Signale aus. Es sind kleine, aber wirksame Signale. Ich nenne nur die Amtsausstattung ehemaliger Ministerpräsidenten, die Nebenstaatskanzlei des Herrn Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Herr Söder bekommt eine eigene Stelle für einen Pressesprecher. Ich hatte bisher nicht den Eindruck, dass sich Herr Söder in der

Öffentlichkeit zu wenig äußern kann. Draußen streichen Sie die Stellen aber. Das passt nicht zusammen. Ich darf es mit Heinrich Heine sagen; denn auf Sie passt dieser Satz:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
ich kenn auch die Herren Verfasser,
ich weiß, sie tranken heimlich Wein
und predigten öffentlich Wasser.

So verhalten Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Wir und vor allen Dingen Sie müssten dazu bereit sein, mehr Budgetverantwortung zu dezentralisieren und Anreize für Aufgaben zu setzen, die kostenbewusst und zugleich gut erledigt werden können. Sie müssen sich auch von Ihrem CSU-Verständnis des staatlichen Zentralismus verabschieden. Sie müssen mehr Verantwortung und vor allem auch mehr Haushaltsverantwortung nach unten geben. Der bisherigen Praxis der dezentralen Budgetverantwortung, die Sie entwickelt haben, hat der Oberste Rechnungshof ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt. Dafür muss die Staatsregierung endlich ein Konzept mit Hand und Fuß vorlegen. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Förderrichtlinien. Sie beklagen sich auf Bundesebene über die Starrheit in der Gemeindefinanzkommission, bei der auch die Standards eine Rolle spielen. Fangen Sie mit Ihren eigenen Standards und mit Ihren eigenen Richtlinien an. Fangen Sie damit an, Ihre Gängelung der Kommunen abzubauen. Dann wären wir einen entscheidenden Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Verzicht auf unnötige Projekte und die bessere Kostenkontrolle wären wichtig. Die Rechnungshofberichte sind voll von Projekten, die man besser machen könnte. Ich glaube, dass sich der Landtag bei diesem Thema stärker einbringen muss. Die

Defizite, die hier vorliegen, sind wirklich Legion. Das zeigen die Berichte, die auch nur einen Ausschnitt der staatlichen Projekte beleuchten können. Die Gutachteritis werden wir auch bei diesem Haushalt auf den Prüfstand stellen. Auch Bauprojekte, die hohe Kosten und einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, gehören auf den Prüfstand. Ein Beispiel dafür ist der Donauausbau.

Seit einer Woche ist klar, dass es aus diesem Doppelhaushalt keinen einzigen Cent mehr für Politikberatung für die CSU auf Kosten des Steuerzahlers geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie nicht als Ministerpräsidenten, sondern als CSU-Vorsitzenden auf, die 500.000 Euro, mit der die CSU den Staatshaushalt für ihre parteipolitischen Zwecke missbraucht hat - das ist zumindest das klare Urteil des Obersten Rechnungshofs -, sofort zurückzuzahlen. Vielleicht kommen Sie sogar dem Landtag zuvor, bevor eine Haushaltsstelle eingerichtet werden muss, auf der diese Rückzahlung verbucht wird. Von dieser Stelle aus ergeht die klare Aufforderung an Sie: Machen Sie reinen Tisch und zahlen Sie das Geld zurück!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch die Methode "Gewinne privatisieren - Lasten sozialisieren" konsequent bekämpfen. Ein Beispiel, bei dem CSU und FDP diese verwerfliche Methode "Gewinne privatisieren - Lasten sozialisieren" unterstützen, ist die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Dies führt nachweislich zu staatlichen Subventionen von Dumpinglöhnen. Bei einem flächendeckenden Mindestlohn - das zeigen Untersuchungen - könnten 11 Milliarden Euro pro Jahr beim Staat und bei den Sozialversicherungen eingespart werden. Es wäre an der Zeit, haushaltspolitisch über solche Themen nachzudenken. Es kann nicht so weitergehen, dass Sie 11 Milliarden zur Subventionierung von Dumpinglöhnen ausgeben. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, wäre auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD)

Von den zentralen Ansätzen, die Staatsausgaben zu begrenzen, die ich genannt habe, ist in Ihrer Haushaltspolitik leider wenig zu erkennen. Sie setzen auf die Methode "Weiter so - das haben wir schon immer so gemacht", auf die Rasenmäher-Methode und auf die Methode "Kürzen bei wichtigen sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben". Bei diesem Entwurf des Doppelhaushalts und der Marketing-Kulisse, die Sie aufbauen, hinter der sich aber nichts verbirgt, werden wir uns als SPD-Fraktion bei den Beratungen zum Doppelhaushalt und zum kommunalen Finanzausgleich darauf konzentrieren, die politische Verantwortung von CSU und FDP für Finanzlücken in diesem Doppelhaushalt aufzuzeigen. Wir werden auch den Widerspruch zwischen Ihrer politischen Rhetorik und Ihrem finanzpolitischen Handeln aufzeigen. Wir werden eine Generaldebatte für einen starken, leistungsfähigen Staat im Rahmen dieser Haushaltsberatungen anstoßen. Wir wollen auch eine auskömmliche Steuerpolitik erreichen, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet, die aber mit einer stärkeren Heranziehung von Vermögen, Finanztransaktionen und hohen Einkommen auf eine schuldenfinanzierte Steuersenkung verzichtet.

Herr Minister Fahrenschon, Sie fordern auf Bundesebene eine schuldenfinanzierte Steuersenkung. Das ist mit uns nicht zu haben. Wir wollen einen Umbau des Steuersystems. Wir wollen die mittleren und unteren Einkommen entlasten. Wir müssen das Geld für die Finanzierung des Staates an anderer Stelle holen. Wir werden Vorschläge für einen verantwortungsbewussten und effizienten Umgang mit öffentlichen Mitteln im Freistaat Bayern machen. Wir werden uns darauf konzentrieren - damit haben wir genug zu tun -, dass wir unsere politischen Schwerpunkte deutlich machen. Dabei werden wir - das ist eine Herkulesaufgabe - die gravierendsten und schwerwiegendsten Versäumnisse und Fehler im Haushaltsentwurf zu korrigieren versuchen. Das ist leider auch dringend notwendig.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor wir mit der Aussprache fortfahren, darf ich Gäste begrüßen. Auf der Ehrentribüne hat eine Delegation aus der Republik Montenegro Platz genommen. Ich darf an der Spitze der Delegation Herrn Präsident Vujanovic ganz, ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen zunächst einen guten Aufenthalt im Parlament und danach gute Gespräche. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort. Frau Kollegin Görlitz hat das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Erika Görlitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die finanziell schwierige Ausgangslage in diesem Jahr macht es nötig, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um die kommunalen Finanzen voranzubringen. Seit 2009 mussten Staat und Kommunen einen deutlichen Rückgang ihrer Steuereinnahmen verkraften. Dies zwingt sowohl den Staat als auch die Kommunen zu Sparanstrengungen. Für die Kommunen ist es besonders wichtig, dass trotz der schwierigen finanziellen Situation des Freistaats Bayern erneut strukturelle Verbesserungen im Rahmen des allgemeinen Steuerverbunds zustande kommen.

Mit dem vorliegenden Finanzausgleichsgesetz ist das gut gelungen. Trotz des hohen Niveaus des Jahres 2010 ist es noch einmal gelungen, die reinen Landesleistungen um 71 Millionen Euro auf jetzt 6.374 Millionen Euro zu erhöhen. Der durch die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds vorgezeichnete Rückgang der Schlüsselzuweisungen aufgrund der niedrigeren Steuereinnahmen wird durch die Anhebung der kommunalen Quote am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 Prozentpunkte auf dann 12,2 Prozent sowie durch verschiedene Umschichtungen aus den Bereichen Krankenhaus und Abwasser um insgesamt 95 Millionen Euro aufgefangen, die Zuweisungen werden sogar verbessert. Dadurch ergibt sich neben einer dauerhaften strukturellen

Verbesserung eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen für 2011 um 74 Millionen Euro. Das sind drei Prozentpunkte mehr. Dies dient insbesondere der Stärkung der Verwaltungshaushalte, was für unsere Kommunen von ganz besonderer Bedeutung ist.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist auch hier wieder die Bildung. Für den Schulhausneubau sind 250,6 Millionen Euro eingestellt. Dieser Posten ist damit auf sehr hohem Niveau stabil.

Auch die Mittel für die Verkehrsinvestitionen steigen. Die Mittel für den Straßenbau und -unterhalt sind in Höhe von 296 Millionen Euro angesetzt. Die ÖPNV-Investitionsförderung beträgt immerhin 68 Millionen Euro und bleibt damit konstant. Die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz für Straßenneubau und ÖPNV-Leistungen erhöhen sich gar um 31 Millionen Euro auf dann 276 Millionen Euro.

Die Investitionen für die Krankenhäuser wurden moderat um 50 Millionen Euro zurückgenommen auf immerhin noch 450 Millionen Euro. Bei der Abwasser- und -entsorgung wurden 20 Millionen Euro zurückgeführt. Es verbleibt die Summe von 121,3 Millionen Euro. Sie ist entsprechend gewichtet.

Die Kürzungen sind keine Einsparungen, die der Staat einbehält, sondern sie kommen den Kommunen einmal über die Schlüsselzuweisungen, aber auch dadurch voll zugute, dass die Krankenhausumlage bei den Kommunen nicht so hoch ausfällt. Die Investitionspauschale von 173,3 Millionen Euro ist ein wichtiger Posten, der es den Kommunen ermöglicht, entsprechende Investitionen vorzunehmen.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden unverändert auf dem hohen Niveau von 583,6 Millionen Euro fortgeführt. Spürbare Entlastungen darüber hinaus erfahren die Bezirke wegen einer neuen richterlichen Rechtsprechung. Es gibt Rückforderungsansprüche aus den BAföG-Stellen. Allerdings ist die Höhe noch nicht genau beziffert. Dies hängt auch nicht unmittelbar mit dem Finanzausgleich zusammen. Erfreulich ist, dass die Bezirke sich inzwischen auf einen neuen Verteilungsschlüssel einigen konn-

ten. Damit ist den Bezirken ein Stück Ausgleich gelungen, der schon lange angemahnt wurde.

Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung steigen um 12 Millionen Euro. Damit gelingt es uns, die 60-prozentige Beteiligung zu halten, die ganz besonders wichtig ist, um die Schülerbeförderung auf eine vernünftige Basis zu stellen. Die Kommunen legen ganz besonderen Wert darauf.

Die allgemeinen Bedarfszuweisungen sind um 4 Millionen Euro auf 19,6 Millionen Euro gestiegen. Vorhin wurde angesprochen, dass die Kommunen weit schlechter gestellt seien. Deshalb ist es mir ein Anliegen, auf den Anhang zu verweisen. Der besondere Vorteil des Finanzausgleichsgesetzes ist, dass der Ausgleich übersichtlich und nachvollziehbar ist und man feststellen kann, wie viel den Kommunen verbleibt, um investieren zu können. Sie können dem Finanzausgleich entnehmen, dass in den letzten zehn Jahren die Einnahmen der Kommunen um 28,5 % gestiegen sind,

(Beifall bei der CSU)

während die Einnahmen des Freistaats Bayern nur um 15,8 % gestiegen sind. Das sind fast 13 Prozentpunkte mehr. Das ist beachtlich. Die Kommunen sind nicht schlechter gestellt, sondern sie kommen besser weg. Nach den Finanzausgleichsleistungen beträgt die Einkommenssteigerung des Freistaats Bayern 10,5 Prozent und die der Kommunen 28,5 %.

Besonders wichtig ist, dass der Ausgabenzuwachs des Freistaats Bayern in den letzten zehn Jahren 26 % betragen hat, die Kommunen aber 34,2 % mehr bekommen haben. Sie sehen, der Freistaat Bayern ist ein guter und verlässlicher Partner der Kommunen. So soll das bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pointner. Bitte schön. Herr Kollege, bitte.

Mannfred Pointner (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich ankündigen, dass einige Überschneidungen kommen werden; denn die Opposition hat weitgehend gleiche Anliegen. Trotzdem ist es nötig, da und dort zu wiederholen, was wir uns von dem Haushalt erwarten.

Der Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts ist zu kritisieren. Heute ist der 2. Februar 2011, und die Steuerschätzung war Anfang November 2010. Das ist immerhin drei Monate her. Es wäre sinnvoll und hilfreich gewesen, wenn der Haushalt etwas früher vorgelegt worden wäre. Es wäre gut gewesen, wenn die Fraktionen vor ihren traditionellen Klausurtagungen im Januar unterrichtet worden wären. Andererseits hat jedes Negative sein Positives: Wir hätten zu dieser Diskussion dann nicht die Erkenntnis gehabt, dass das Jahr 2010 nicht nur 1,7 Milliarden Euro, sondern 2,2 Milliarden Euro Überschuss gebracht hat. Wir haben das bereits gegen Ende des letzten Jahres prognostiziert. Wir haben die laufenden Steuereinnahmen mit den Ausgaben verglichen und ziemlich punktgenau gesagt, dass es in etwa 2,2 Milliarden Euro Überschuss geben werde.

Sie, Herr Finanzminister, und auch die Staatsregierung haben in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass Sie nunmehr zum sechsten oder siebten Mal einen allgemeinen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Die Betonung liegt auf dem Begriff "allgemeiner Staatshaushalt", weil Sie den Nachtragshaushalt 2008 mit einer Kreditaufnahme von 10 Milliarden Euro gerne und bewusst ausklammern. Ich kann verstehen, dass Ihnen dieses Thema unangenehm ist. Mir als langjährigem Haushaltspolitiker ist es im Sinne der Haushaltswahrheit ein besonderes Anliegen, dass Sie das auch erwähnen. Es wäre zu einfach für einen Haushaltspolitiker, wenn er den ausgeglichenen Haushalt zum ordentlichen machen und die Kreditaufnahme in einem Sonderhaushalt regeln würde. So könnte man immer von einem ausgeglichenen Haushalt reden. So ist es aber nicht, und so ist das auch nicht möglich. Ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung muss selbstverständlich das

Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik sein. In dieser Frage gebe ich Ihnen recht. Es reicht aber nicht aus, wenn lediglich keine Nettokreditaufnahme erfolgt. Es sollten vielmehr auch keine Lasten in die Zukunft verschoben werden. Dieses Ziel erreichen Sie mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 aber nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Im Sinne der Haushaltswahrheit, darauf komme ich immer wieder zurück, sollten Sie diesen Umstand zugeben, anstatt gegenüber den Menschen im Land vorzutäuschen, es wäre alles in bester Ordnung, nur weil Sie keine Nettokreditaufnahme haben.

Eine Verschiebung von Lasten in die Zukunft ist - darauf wurde schon hingewiesen - die Entnahme aus dem Grundstockvermögen; denn diese Gelder müssen Sie, das ist auch so im Haushaltsgesetz zu lesen, spätestens in den Jahren 2017/2018 zurückzahlen. Zu dieser Verschiebung von Lasten in die Zukunft gehört auch das teilweise Aussetzen der Einzahlungen in die Versorgungsrücklage und in den Pensionsfonds. Auch dies wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wieder einholen. Ich gehe davon aus, dass die ausgesetzten Zahlungen baldmöglichst nachgeholt werden. Ich möchte hier ausdrücklich betonen: Diese Maßnahmen müssen aus hauswirtschaftlicher Sicht nicht unbedingt falsch sein. Sie sind es nämlich dann nicht, wenn die Zahlungen durch Kredite finanziert werden, weil Sie dafür Zinsen zahlen müssten. Wir haben aber vorhin schon gehört, es wäre Spielraum gegeben.

Falsch im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik und absolut kurzsichtig sind jedoch andere Sparmaßnahmen. Zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik gehört nämlich auch, die Mittel so einzusetzen, dass sie an anderer Stelle nicht zu Mehrkosten führen beziehungsweise dass in der Zukunft keine Mehrkosten entstehen. Zuallererst sind hier die Investitionen in die Bildung zu nennen. Eine gute Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Eine gute Bildungspolitik ist auch die Grundlage für Wohlstand, sozialen Frieden und Chancengleichheit. Eine gute, chancengerechte Bildungspolitik vermeidet spätere Kosten für die Jugendhilfe, Hartz IV, die Grundsicherung und andere Sozialleistungen.

Sie haben im Doppelhaushalt 2011/2012 zwar neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer ausgewiesen, wenn man aber genauer hineinsieht - darauf hat Herr Kollege Halbleib hingewiesen - werden Lehrerstellen auch wieder gestrichen. Im Jahr 2011 sind es 857 und im Jahr 2012 sogar 1.134 Stellen. Wir Freien Wähler fordern, noch mehr in die Bildung zu investieren und die gegebenen Spielräume zu nutzen. Nach wie vor haben wir vor allem bei weiterführenden Schulen durchschnittliche Klassenstärken von 27 oder 28 Schülern pro Klasse. In manchen Schulen sind es sogar über 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Nach wie vor fallen Unterrichtsstunden aus. Alle, die noch Kinder in der Schule haben, können das tagtäglich erleben. Die Lehrverbände haben nicht umsonst eindringlich auf die dramatische Situation beim Lehrpersonal hingewiesen. Auf der anderen Seite stehen ausgebildete Lehrer auf der Straße und werden nicht übernommen. Das kann man schlicht und einfach einen Skandal nennen!

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Christian Magerl
(GRÜNE))

Nach wie vor ist die Chancengleichheit bei uns von der Herkunft, dem sozialen Milieu und dem sozialen Umfeld abhängig; das sagt auch die Pisa-Studie. Das muss geändert werden, um den Kindern die Chancen in der Zukunft nicht zu verbauen.

Probleme gibt es an den Hochschulen nicht nur durch die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs. Probleme entstehen auch durch zusätzliche Bewerber wegen der Aussetzung der Wehrpflicht. Ich habe gehört, im Kabinett haben Sie gestern über dieses Problem gesprochen. Sie wollen deshalb zusätzliche Stellen für die Lehre schaffen. Wir werden uns anschauen, was Sie tatsächlich in den Haushalt hierfür einstellen

werden. Wir meinen: Was bisher vorgesehen ist, reicht zur Bewältigung der zusätzlichen Studentenzahlen nicht aus.

Es geht nicht nur um die Hochschulen. Schließlich streben nicht alle Abiturienten an die Hochschulen. Es gibt auch andere Ausbildungsmöglichkeiten. Deshalb müsste der Staat flankierend mehr Ausbildungsstellen für Schulabgänger schaffen, die beispielsweise in den gehobenen Dienst in den Verwaltungen eintreten wollen. Das gilt vor allem dort, wo erheblicher Bedarf besteht und wo sich zusätzliches Personal, wenn mehr Ausbildungsstellen geschaffen würden, auf jeden Fall rechnen würde. Ich erinnere an die Situation bei den bayerischen Finanzbehörden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern sind die bayerischen Finanzbehörden personell erheblich unterbesetzt. Es gibt Statistiken, die darüber Aufschluss geben. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stehen wir in dieser Frage ausnahmsweise, Herr Ministerpräsident, an einer der letzten, wenn nicht gar an letzter Stelle. Es kann aber nicht im Sinne der Steuergerechtigkeit sein, wenn man dem kleinen Steuerzahler seine Steuerschuld auf Euro und Cent abzieht, während man die großen Steuerzahler bei Steuerprüfungen großzügig behandelt.

In der Familienpolitik steht nach wie vor das versprochene kostenlose Kindergartenjahr im Raum. Sie haben das, auch wenn Sie es nicht mehr zu wissen scheinen - das war zumindest das letzte Mal so, es scheint inzwischen geklärt - im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Beifall und Heiterkeit bei den Freien Wählern)

Im Koalitionsvertrag steht: bis spätestens 2013. Die Zeit bis dahin wird aber ganz schön knapp.

(Hubert Aiwanger (FW): Hast Du das gelesen, Georg? - Georg Schmid (CSU): Ich kenn mich schon aus!)

- Haben Sie nachgeschaut? Steht es drin? - Die Zeit wird also knapp. Wir wollen Sie an das erinnern, was Sie vereinbart und den Leuten versprochen haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Ist das die Fassung, die ihr uns vorgelegt habt? - Gegenruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Das steht auch im Internet, deshalb brauchen wir darüber jetzt gar nicht zu diskutieren. Diese Jahreszahl kann man überall nachlesen. Im Übrigen erinnert auch die FDP dauernd daran, dass das vereinbart wurde.

Besonderes fatal sind Sparmaßnahmen beim Bauunterhalt, insbesondere im Straßenbau. Jeder, der sich mit dieser Materie beschäftigt, weiß, dass Sparen am Unterhalt mittelfristig zu erheblichen Aufwendungen für eine Generalsanierung führt. Auch die Verkehrssicherheit der Straßen sollte uns am Herzen liegen, insbesondere für die vielen Pendler, die aus den strukturschwachen Regionen in die Zentren fahren müssen. Hoffentlich werden es in Zukunft nicht mehr, wenn durchgeführt wird, was derzeit so alles diskutiert wird. Fakt ist, dass die im Haushalt jetzt vorgesehenen Mittel für die Staatsstraßen bei Weitem nicht für die Reparaturen ausreichen, geschweige denn für notwendige Ausbaumaßnahmen, wie beispielsweise Ortsumfahrungen. Das Innenministerium hat festgestellt, für Reparaturen bräuchten wir pro Jahr mindestens 170 Millionen Euro. Man müsste schon einige Millionen Euro drauflegen, und vielleicht tun Sie das auch, angesichts der vielen Frostschäden, die inzwischen aufgetreten sind. Dann haben wir aber immer noch kein Geld, um irgendwo eine Neubaumaßnahme durchzuführen.

Was für unsere Straßen gilt, sollte gleichermaßen für die staatlichen Gebäude und Einrichtungen gelten. Auch hier ist der Sanierungsbedarf auch im Hinblick auf eine energetische Sanierung trotz der in den letzten Jahren vorgenommenen Maßnahmen sehr hoch. Ein Hinausschieben dieser Maßnahmen führt zu erheblichen Mehrkosten beim Energieverbrauch und bei späteren umso umfassenderen Sanierungsmaßnahmen. Es darf nicht sein, dass es in staatliche Gebäude hineinregnet, wie mir zugetra-

gen wurde, oder dass wegen der fehlenden Isolierung und Gebäudedämmung ein Großteil der Energie ins Freie entwindet. Kürzungen und Haushaltssperrungen werden so zu einer massiven Mehrbelastung in den nächsten Jahren führen.

Zu einem Rechtsstaat, wie Bayern sicherlich einer ist, gehört - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Danke!)

- Es ist so! Noch, Herr Ministerpräsident!

(Zuruf von der CSU)

- Hören Sie zu, ich komme noch dazu.

Zu einem Rechtsstaat gehört eine funktionierende Justiz. Nicht erst seit den letzten Veröffentlichungen in verschiedenen Medien ist Ihnen bekannt, dass die personelle Lage bei der Justiz verheerend ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Rechtssicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für inländische, vor allem aber auch für ausländische Investoren. Das unterscheidet uns von manchen anderen Ländern, zum Beispiel von Russland. In dieser Hinsicht nehmen wir in Deutschland eine Spitzenposition ein. Wenn aber, wie in Bayern, über Jahre hinweg das Personal in der Justiz ausgedünnt wird, dann wird dieser Standortvorteil bald Geschichte sein, ganz abgesehen davon, dass auch aus sicherheitspolitischen Gründen eine gut und schnell arbeitende Justiz zwingend erforderlich ist. Es kann nicht sein, dass sich Strafverfahren jahrelang verzögern, weil nicht ausreichend viele Richter und Mitarbeiter bei den Gerichten vorhanden sind. Dass aus diesen Gründen eine Verjährung eintritt, darf nicht passieren.

Jeder Bürger, der sich bei uns zur Durchsetzung von Ansprüchen an das Gericht wendet, hat ein Recht darauf, dass diese Ansprüche in der kürzestmöglichen Zeit geklärt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch hier besteht also ein erheblicher Handlungsbedarf, dessen Befriedigung, wenn Sie nichts tun, in die Zukunft verschoben wird.

Eine ähnlich schwierige Personalsituation herrscht auch beim Justizvollzug. Wir investieren zwar im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" - eigentlich müsste es heißen "ausbruchssicheres" Bayern - in Justizvollzugsanstalten wie Gablingen oder Straubing, wir haben aber kaum mehr Personal, um die Vollzugsaufgaben dort richtig erfüllen zu können. Der große Aufschrei wird dann kommen, wenn irgendwo wieder etwas passiert. Schnell werden dann die überlasteten Beamten verantwortlich gemacht. Schon allein die Fürsorgepflicht des Dienstherrn macht es nötig, die bestehenden personellen Engpässe endlich zu lindern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum öffentlichen Dienst. Darüber ist heute schon einiges gesprochen worden. In jeder Diskussion, die man mit den Leuten führt - heute sind zum Beispiel Lehrer hier im Landtag gewesen -, hört man, wie demotivierend und leistungsmindernd die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst sind: Die Absenkung der Eingangsbesoldung, die Streichung der Leistungselemente und - auch wenn es nur ein symbolischer Betrag ist - die Kürzung der Jubiläumszuwendung - die paar Euro, die jemand nach 40 oder 50 Jahren Dienstzugehörigkeit bekommt - oder auch die Wiederbesetzungssperre führen eben dazu, dass das Vertrauen des öffentlichen Dienstes in den Dienstherrn erschüttert wird.

Wir haben Fälle - die sind besonders tragisch; die bekommen wir auch immer mit -, dass manche aus der freien Wirtschaft abgezogen worden sind, um Lehrer in Berufsschulen zu werden. Denen hat man gesagt: Du machst jetzt zwei oder drei Jahre eine Ausbildung, und dann kommst du in eine A-13-Stelle. Jetzt, nachdem er kurz vor der Übernahme steht und verbeamtet würde, sagt man, nein, es ist nicht A 13, sondern

A 12. Dadurch wird meines Erachtens das Vertrauen schon erheblich beeinträchtigt. Da müssen Sie nachbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Herr Kollege, das gilt auch für das Landwirtschaftsministerium, wenn es dort so eintreten sollte.

Ich komme zum kommunalen Finanzausgleich. Die Verhandlungen haben im November stattgefunden und wurden dann von Ihnen als voller Erfolg verkauft. Insgesamt, es wurde schon gesagt, erhalten die Kommunen circa 70 Millionen Euro mehr an Landesleistungen als im letzten Jahr. Der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund wurde von 12 auf 12,2 % angehoben. Diese Vereinbarung blieb weit hinter den Forderungen der Kommunen zurück. Die Kommunen haben eine Anhebung auf 12,5 % gefordert. Sie sagen, die fordern das immer, aber sie fordern es immer mit Recht. Sie hatten schon mal 15 % gefordert - das ist das langfristige Ziel. Die Bezirke wollten 220 Millionen Euro zusätzlich zur Bewältigung der gestiegenen Sozialausgaben. Dann kam die Forderung nach Erhöhung der Kfz-Steuerpauschale und des staatlichen Anteils an den Schülerbeförderungskosten, wobei ursprünglich einmal zugesagt war - das wissen nur die Älteren -, dass 80 % dieser Kosten vom Staat übernommen werden; jetzt sind wir gerade mal bei 60 %.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistages hat ziemlich treffend das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen in dem einen Satz zusammengefasst: "Die Staatsregierung hat sich bemüht." Hat sich bemüht - ein Urteil, wie es eindeutiger nicht sein könnte. Für alle, die Beurteilungen oder Zeugnisse lesen können, bedeutet das die Note "mangelhaft".

Auch für uns ist klar - ich möchte das betonen -, dass die Forderungen der kommunalen Verbände nicht immer erfüllt werden können. Die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen verminderten Steuereinnahmen treffen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen, sodass grundsätzlich jeder mit weniger Mitteln auskommen muss. Al-

lerdings möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Kommunen bei Steueränderungen zu ihren Lasten außen vor bleiben, weil sie nicht beteiligt sind und ihre Interessen in der Regel nicht gesehen werden. Immerhin - das muss man auch immer wieder betonen - sind die Mindereinnahmen, die den Kommunen 2009 und 2010 entstanden sind, mehr als zur Hälfte darauf zurückzuführen, dass in den Jahren 2009 und 2010 zuerst von der schwarz-roten, dann von der schwarz-gelben Regierung Steueränderungen durchgeführt worden sind. Unabhängig davon, wie man dazu steht: Die Kommunen haben dadurch erhebliche Mindereinnahmen zu verzeichnen gehabt.

Jetzt zu den aktuellen Fakten. 2011 ist die Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise um 966 Millionen Euro zurückgegangen. Das sind 8,10 %. Das führt zu einer Steigerung der Bezirksumlagesätze im Durchschnitt um 3 %. Die Landkreise haben diese Steigerungen natürlich an die Gemeinden weitergeleitet. Auf der anderen Seite sind, wie ich schon angedeutet habe, die Steuereinnahmen der Gemeinden in den Jahren 2009 und 2010 im Vergleich zu 2008 kräftig gesunken, insgesamt für beide Jahre um fast zwei Milliarden Euro. Selbst wenn 2011 die Steuereinnahmen der Kommunen, wie in der Steuerschätzung vom November 2010 prognostiziert, um 4,6 % ansteigen sollten, wird das Niveau der Jahre 2007 und 2008 bei Weitem nicht erreicht. Dazu kommen die ständig steigenden Kosten für die Sozialleistungen, also für die Eingliederungshilfe, für die Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige, für die Jugendhilfe. Auch die Kosten der Kinderkrippen mit den Investitions- und Betriebskosten kommen hinzu, die also auch bei den Kommunen auftreten, nicht nur beim Staat.

Die Steigerungsrate bei den Sozialleistungen beträgt pro Jahr 5 %, was bei fast fünf Milliarden Euro Ausgaben der Kommunen, hauptsächlich Bezirke und Landkreise, in der Jugendhilfe und in der Sozialhilfe im weiteren Sinne im Jahr 250 Millionen Euro bedeutet. Die Versuche, den Bund an diesen Sozialkosten zu beteiligen, zumindest an der Grundsicherung und an der Eingliederungshilfe, sind, ehrlich gesagt, halbherzig. Entscheidende Schritte sind bisher nicht geschehen und auch nicht absehbar.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unser Vorschlag, im Bund darauf hinzuwirken, dass eine entsprechende Regelung mit jeweiliger Drittelbeteiligung des Bundes, der Länder und der Kommunen kommt, wurde von Ihnen im zuständigen Ausschuss abgelehnt. Oder war es sogar hier im Plenum?

(Hubert Aiwanger (FW): Im Plenum war's!)

Dagegen wurde eine wachsweiße Formulierung gewählt, die die Kommunen um keinen Schritt voranbringt. Sie, Herr Finanzminister, haben den Abbau von Standards genannt. Das ist richtig. Dazu haben die Kommunen auch eine Menge an Vorschlägen gemacht. Ich kann Ihnen aber sagen: Das wird nur ein Feigenblatt sein. Es wird die Sozialkosten nur zu einem geringen Teil senken, wenn es überhaupt kommt; wir haben so etwas schon vor zehn oder 20 Jahren gemacht, und nichts ist passiert.

Wenn auch die Lage in Bayern zugegebenermaßen etwas besser ist, so werden die laufend steigenden Sozialkosten doch die Handlungsfähigkeit der Kommunen immer mehr beeinträchtigen. Es fehlt dann hinten und vorne, insbesondere bei den Investitionen. Zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen geleistet. Einbrüche bei diesen Investitionen werden in allererster Linie das Handwerk und die mittelständischen Unternehmen spüren.

Herr Finanzminister, Sie haben heute gesagt, die Staatsregierung stehe für den Erhalt der Gewerbesteuer. In der Presse habe ich gelesen, dass Sie auch etwas ändern wollen, aber Sie wollen sie auf jeden Fall erhalten.

Sie streben an - wenn das noch gilt -, die Hinzurechnungen abzuschaffen. Sie haben zwar von Kompensation der dadurch bedingten Ausfälle gesprochen; aber nach allen Erfahrungen, die die Kommunen gemacht haben, bleibt die Kompensation meistens nur ein leeres Versprechen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich erläutere kurz, worum es bei den Hinzurechnungen geht: Ein geringer Anteil der Finanzierungsaufwendungen - Zinsen, Pachten, Mieten, Leasingraten, die die Unternehmen zahlen - wird dem Gewinn wieder hinzugerechnet. Damit wird zum einen die Möglichkeit eröffnet, Umgehungstatbestände bei der Gewerbesteuer aufzufangen. Das ist nicht nur Theorie, sondern ich selbst kann Ihnen einige praktische Beispiele nennen, wie es Unternehmen vor Inkrafttreten der Regelungen über die Hinzurechnung verstanden haben, Gewerbesteuer zu sparen.

Zum anderen haben die Hinzurechnungen eine gewisse Beständigkeit der Gewerbesteuer mit sich gebracht. Wenn Sie die Hinzurechnungen streichen wollen, werden die Befürworter der Abschaffung der Gewerbesteuer - wie die Kollegen, die rechts von Ihnen, liebe Kollegen der CSU, sitzen - weiteren Aufwind erhalten. Die Abschaffung der Hinzurechnungen wäre der erste Schritt hin zur Abschaffung der Gewerbesteuer.

Da wir gerade von den Steuern reden, möchte ich auch die Einnahmenseite ansprechen. Ich höre schon wieder die Argumente der Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, für die Anträge der Opposition sei kein Geld da. Ich kann Ihnen jetzt schon versichern, dass wir mit unseren Anträgen innerhalb der verfügbaren Mittel bleiben werden. Darüber, ob wir das verfügbare Geld, das Sie, Herr Finanzminister, heute schon angesprochen haben, in die Rücklage stecken oder in zukunftssträchtige Angelegenheiten investieren, werden wir noch debattieren müssen.

Herr Finanzminister, Sie fordern spätestens 2012 - das haben Sie angekündigt - eine Steuerentlastung von fünf Milliarden Euro. Für den Freistaat und die Kommunen, für die Sie auch verantwortlich sind, würde das Mindereinnahmen von rund 500 Millionen Euro bedeuten.

Grundsätzlich haben wir nichts gegen Steuerentlastungen, vor allem dann, wenn sie dazu dienen, die kalte Progression abzumildern. Allerdings sollten auch hierfür tatsächlich Spielräume vorhanden sein. Da der Haushalt nur durch Zugriff auf Rücklagen ausgeglichen werden kann und Geld aus dem Grundstockvermögen genommen wer-

den muss, sind diese Spielräume momentan nicht absehbar. Wenn sie da sind, sind Steuersenkungen durchaus möglich; aber insoweit sehe ich momentan kein Licht am Ende des Tunnels.

Der Freistaat sollte aber auch alle Möglichkeiten der Geldbeschaffung nutzen. Die Personalausstattung der Finanzämter habe ich schon angesprochen. Des Weiteren sollten die staatlichen Beteiligungen überprüft bzw. überdacht werden. Das gilt nicht nur für Eon, sondern zum Beispiel auch - Sie werden den Hinweis schon erwarten - für die Flughafen München GmbH. Ich verweise auf das Darlehen von 250 Millionen Euro und die ausstehenden Zinsen für zurückliegende Zeiträume. Der Geschäftsführer verkündet, dass die Geschäfte gut laufen und die Einnahmen sprudeln. Angesichts dessen wird er wohl in der Lage sein, die Darlehen zurückzuzahlen und die ausstehenden Zinsen zu entrichten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Haushalt weist zwar für die Jahre 2006 bis 2008 und einen Teil des Jahres 2010 Zinszahlungen von 65 Millionen Euro aus, aber die tatsächlichen Zinsschulden - das wissen auch Sie, Herr Finanzminister - liegen weitaus höher.

Grundsätzlich sollte auch das Fördersystem, zum Beispiel im Luftverkehr, kritisch betrachtet werden. Es kann wohl nicht angehen, dass wir einerseits der Flughafen München GmbH durch ein weitgehend zinsloses Darlehen die wirtschaftliche Macht geben, die Konkurrenz, zum Beispiel wenn es um den Urlaubsverkehr geht, an die Wand zu drücken. Andererseits fördern wir gerade die kleineren Flughäfen, die jedoch im Wettbewerb um diese Flüge stehen und gegen den übermächtigen Großen so gut wie keine Chance haben.

Schauen Sie sich die aktuellen Zahlen der Flughäfen Nürnberg, Memmingen oder Hof an. Dort sind gerade im Januar erhebliche Rückgänge bei den Flugbewegungen zu verzeichnen gewesen. Es kann wohl nicht sein, dass wir den einen fördern, sodass er

die Macht hat, die anderen nicht hochkommen zu lassen, und den anderen dann auch noch Geld geben, damit sie irgendwie ihren Kopf über Wasser halten können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ferner ist die Konsolidierung der Landesbank mit Nachdruck zu verfolgen. Nur dann wird die Landesbank Zinsen auf stille Einlagen, höhere Garantiegebühren oder gar Dividenden zahlen. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn die Landesbank zumindest die Zinsen, die wir für den 10-Milliarden-Euro-Kredit zahlen, an den Staat abführen könnte, damit es in dieser Hinsicht ein Nullsummenspiel ist. Die stillen Einlagen, auch die Fonds, die drinliegen, kommen noch hinzu und müssen auch bedient werden.

Die Landesbank hat für 2008 ein erfreuliches Ergebnis vorgelegt; sie muss alles dafür tun, dass das so weitergeht. Auch die Sparkassen sind gefordert. Ich sage ausdrücklich: Man soll es sich mit den Sparkassen nicht durch andere Maßnahmen verderben.

Zur Konsolidierung der Landesbank kann sicherlich auch beigetragen werden, wenn die Ansprüche gegen die Verantwortlichen für das Desaster mit den ABS-Papieren und der Hypo Alpe Adria konsequent verfolgt werden. Das wird das Ergebnis der Landesbank auch verbessern.

Ich darf schließlich den Länderfinanzausgleich ansprechen. Sie wollen, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind, Klage erheben, weil Sie die bestehende Vereinbarung für verfassungswidrig halten. Wir unterstützen dieses Anliegen durchaus, stellen uns aber die Frage, aus welchen Gründen in der Vergangenheit - ich glaube, es war das Jahr 2000 oder 2001 - diese Vereinbarungen von der damaligen Staatsregierung abgeschlossen worden sind. Es ist nicht so, dass die Finanzausgleichszahlungen der Geberländer seitdem in der Summe angestiegen wären. Sie sind auf etwa der gleichen Höhe wie 2001 geblieben; das waren circa 7,1 Milliarden Euro. Unter den Geberländern haben sich allerdings die Beträge zulasten Bayerns verschoben. Es ist klar: Früher haben die anderen - Hessen und Baden-Württemberg - mehr gezahlt; heute zahlt Bayern das meiste.

Man fragt sich: Sind damals sachfremde Erwägungen eingeflossen - ich stelle nur diese Frage -, zum Beispiel die bevorstehende Bundestagswahl, oder hat man sich einfach über den Tisch ziehen lassen?

Abschließend darf ich zu den bevorstehenden Beratungen im Haushaltsausschuss die Hoffnung ausdrücken, dass bei den eingereichten Anträgen nicht nur darauf geschaut wird, von wem der Antrag gestellt wird, sondern auch auf den Inhalt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Nicht die Staatsregierung, sondern der Landtag beschließt den Haushalt. Das Budgetrecht unseres Landtags ist eines der wichtigsten Rechte, das er überhaupt hat, und das sollten wir auch gegenüber der Staatsregierung wahrnehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern, Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Scholz & Friends ist eine preußische Werbeagentur. Ich habe mir überlegt, ob das Innovative an Ihrem "Aufbruch Bayern" genau das war: eine Werbeagentur aus dem preußischen Berlin einzukaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Bei der Regierungserklärung vor einer Woche ist schon geraten worden, wer hinter dieser PR-Maßnahme steckt, wer sie entwickelt hat. Der Haushalt ist aber keine Ware, kein reines Vermarktungsprodukt. Das fördert Politikverdrossenheit, und das können wir alle, wie wir hier sitzen, nicht wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vonseiten der Regierungskoalition war zu hören: Der Haushalt hat zwar Schönheitsfehler, aber trotzdem sind wir die Besten! - Es ist kein Schönheitsfehler. Eine reine Luftnummer als innovatives Programm zu verkaufen, ist definitiv kein Schönheitsfehler. Die Leute sind nicht blöd, sie wollen informiert werden. Sie haben es satt, dass man ihnen etwas vormacht. Sagen Sie einfach: Bayern steht relativ gut da, aber trotz Steuermehreinnahmen finanzieren wir mit einem sogenannten Sonderprogramm unter anderem die nötigsten, wirklich nur die allernötigsten Hausaufgaben eines Haushalts, nämlich Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Obwohl wir so tun, als ob wir ein Sonderprogramm hätten, das wir toll, interaktiv und werbeagenturmäßig verkaufen, sinkt unsere Investitionsquote. Das heißt, es gibt ein sogenanntes Sonderprogramm, und trotzdem nehmen die Investitionen ab.

Obwohl auch im Bereich Städte- und Wohnraumförderung gekürzt wird, und zwar nicht zu knapp, nämlich aus dem Bundes-, aber auch aus dem Landeshaushalt um 17 Millionen Euro, rechnen wir das mal zum Bereich der Familien hinzu. Sonst würde der sogenannte "Aufbruch Bayern" im Bereich Familie noch ärmlicher aussehen.

Bei der ersten Tranche dieses "Sonderprogramms" stehen im Doppelhaushalt für den Bereich Familie knapp 230 Millionen Euro, für Bildung 390 Millionen Euro und für Investitionen 450 Millionen Euro zur Verfügung. Der größte Anteil entfällt also auf Investitionen. Aber nochmals: Das ist nicht zusätzlich, sondern das sind hauptsächlich die Kernaufgaben eines Haushalts, die mit diesem Geld bestritten werden. Da rennen die CSU-Abgeordneten seit ungefähr einem Jahr übers Land und predigen von "FBI", das zum Teil "EF-BI-EI" ausgesprochen wurde. Aufgelöst soll das heißen: Familie, Bildung, Innovation. Wenn es so weit ist, kommt noch schnell "Schrägstrich Investition" zur Innovation hinzu. Denn wie könnte man sonst zum Beispiel den allseits beliebten Straßenneubau unterbringen?

Ich habe übrigens noch einen Vorschlag für Sie, lieber Herr Fahrenscho: Man nehme die Beamtinnen und Beamten des Obersten Rechnungshofes und setze sie als Hilfslehrerinnen und Hilfslehrer oder in der Steuerverwaltung ein. Anders kann ich mir nicht

erklären, dass der ORH ein ums andere Mal kundig aufzeigt, dass ein Sanierungsstau im Tiefbau und im Hochbau zu erhöhten Kosten führt, in die Zukunft verlagert, und dass Sie als Staatsregierung trotzdem einfach den Rasenmäher nehmen und den Bauunterhalt um 20 % kürzen, wie es in diesem Haushaltsgesetz steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie tun das, obwohl der Sanierungsstau ohnehin schon sehr groß ist. Zur Verdeutlichung noch ein paar Zahlen: Für den Bauunterhalt sind 2009 223 Millionen Euro ausgegeben worden. Dieses Jahr stehen gut 137 Millionen Euro zur Verfügung. Innerhalb dieser kurzen Zeit, also von 2009 bis heute, sind das 86 Millionen Euro weniger, obwohl der ORH sagt, Bauunterhalt sei eine der wichtigsten Aufgaben.

Gleichzeitig sind für Heizung, Strom etc. bei öffentlichen Gebäuden 2009 340 Millionen Euro ausgegeben worden. Dieses Jahr stehen 370 Millionen Euro im Haushalt. Die Zahlen verdeutlichen noch einmal, wie die Ausgaben auseinanderlaufen und wie wenig sinnig diese Einsparungen sind.

Die Aufstellung dieses Haushalts ist einige Male verschoben worden. Eigentlich hätte die Erste Lesung in der vorigen Woche stattfinden sollen. Man könnte vermuten, der letzte Aufschub habe daran gelegen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Haushaltserklärung machen wollten. "Aufbruch Bayern" ist nämlich kein abgetrenntes Sonderprogramm. Es wird immer als das Herzstück dieses Haushalts verkauft. Es ist ein Teil des ganz normalen Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Aufbruch Bayern" ist ein Gemischtwarenladen größtenteils mit den klassischen Hausaufgaben, die eine öffentliche Hand zu erledigen hat. In der vergangenen Woche durfte man sich an dieser Stelle auch Folgendes anhören: Die Staatsregierung geht ganz neue Wege; die Bürger und Bürgerinnen werden beteiligt. - Ich habe relativ lange

überlegt, welches Wort ich hier wählen kann, welches Wort es trifft, und welches Wort ich in diesem Hohen Haus noch aussprechen darf. Mir ist leider keines eingefallen.

(Heiterkeit - Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn das, was mit "Aufbruch Bayern" gemacht wird, ist eine Luftnummer. Man nehme einen Internetauftritt, setze ihn ganz modern interaktiv auf und sage dann: Ihr, liebe Bürger und Bürgerinnen, dürft euch an den Entscheidungen beteiligen, wofür wir Geld ausgeben. Macht doch bitte Vorschläge! - Und was passiert dann? - Man bezahlt aus dem "Aufbruch Bayern" absolute Pflichtaufgaben, Hausaufgaben. Denen, die sich im Internet beteiligt haben, streichelt man so ein bisschen über den Kopf, wie die Mama oder der Papa, die die Kinder nicht ernst nehmen: Das habt ihr aber toll gemacht! Und jetzt gibt es auch ein Trostpflaster, nämlich drei Preise für die besten Projekte.

Wer das nachprüfen möchte, kann das nicht mehr, weil der Internetauftritt inzwischen umgestellt ist. Jetzt kann man die Vorschläge nicht mehr sehen und auch keine neuen mehr machen, aber ich rate Ihnen einfach: Nehmen Sie die Bürger wirklich ernst und machen Sie keine Als-ob-Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Tanja Schweiger (Freie Wähler))

Jetzt zwei Worte zur Erwiderung auf den Finanzminister. Ich versuche es wirklich kurz zu machen. Das war nämlich reine Polemik und nichts anderes, als Sie über NRW geredet haben.

(Zuruf von der CSU: Das war eine sehr gute Rede! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Ja, die Rede war sehr gut. Es war reine Polemik, als Sie über NRW geredet haben. Schauen Sie noch einmal nach, was mein Kollege Mütze über die Regierung in NRW gesagt hat. Er hat da einen Supervergleich gebracht, indem er von einem Auto gesprochen hat, das auf eine Wand zurast. Ich will das gar nicht weiter ausführen; schauen oder hören Sie es sich einfach noch einmal an.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schon vergessen?)

Das schaffen Sie, glaube ich, vielleicht mit dem Protokoll oder per Internet.

Die alte Regierung in NRW - das war Schwarz-Gelb - hatte schon einen Haushalt mit sieben Milliarden Euro Schulden eingeplant. Also wirklich nur reine Polemik, Herr Fahrenschon!

Jetzt noch zu Eon. Anfang dieser Legislaturperiode gab es schon einmal eine Debatte darüber, ob man die Eon-Aktien verkauft oder nicht. Damals haben Sie, Herr Fahrenschon, gesagt, dass das Verschleudern von Staatseigentum wäre. Damals war der Kurs aber besser als zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie gesagt haben, dass Sie die Eon-Aktien, das letzte Tafelsilber, verkaufen wollen. Jetzt muss ich mich fragen: Was wollen Sie denn noch tun, damit die Eon-Aktien nach oben gehen? Offenbar hat der Ausstieg aus dem Atomausstieg noch nicht gereicht; diese Aktien sind noch nicht weiter gestiegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, welche Geschenke Sie den Energieriesen noch machen wollen.

(Zuruf von der CSU)

- Das finde ich nicht, aber danke schön.

Also statt Als-ob-Politik sollten Sie lieber die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen und auch Ihren Koalitionsvertrag ernst nehmen. Davon war heute schon die Rede. Machen Sie zum Beispiel ein Kindergartenjahr kostenfrei. Das steht dort drin. Aber in diesem Haushalt ist keinerlei Ansatz dafür vorgesehen. Das heißt, die Staatsregierung handelt auch hier wieder nach dem Motto: Was interessiert mich mein Gerede von gestern?

Ein grüner Haushalt hat dagegen ein anderes Selbstverständnis. Ein grüner Haushalt setzt drei Prioritäten: soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Klima-

schutz. Der Klimawandel wartet nicht, bis die Haushalte saniert sind. Aber was tun Sie, liebe Staatsregierung? Ihr sowieso schon dürftiges Klimaprogramm 2020 läuft im Jahr 2011 aus. Das ist alles andere als nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik. Soll das heißen, dass der Klimawandel in Bayern im Jahr 2012 aufhört? Erfüllen Sie endlich das Minimum Ihrer Pflichtaufgaben! Sanieren Sie zumindest die Gebäude der öffentlichen Hand energetisch so, dass wir weniger Energie verbrauchen und dass wir mit unseren immer knapper werdenden Ressourcen verantwortlicher umgehen! Koppeln Sie die Vergabe von öffentlichem Geld, wenn Sie welches verteilen, möglichst an Kriterien wie ökologische Nachhaltigkeit!

Statt generationenungerecht immer neue, mächtige Staatsstraßen zu planen und zu bauen, müssten Sie die Straßen, die wir haben - und davon gibt es wirklich genug -, unterhalten und pflegen. Alles andere sind versteckte Schulden, Schulden auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Nachhaltigkeit? - Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Reparatur einer Straße lässt sich natürlich nicht so gut vermarkten. Da gibt es kein Pressefoto, wenn man das rot-weiße Band zerschneidet, sondern es ist halt nur eine Sanierung. Vielleicht sollten wir einmal darüber reden, ob man auch eine abgeschlossene Sanierung mit einem rot-weißen Band eröffnen darf und die Presse dazu einladen kann. Dann würde bestimmt mehr Geld in die Reparatur und weniger Geld in Neubauten fließen.

Wissen Sie eigentlich, dass dieses Haushaltsgesetz gegen Ihre eigenen Beschlüsse verstößt? 1999 hat der Landtag beschlossen: Die Staatsregierung wird ersucht, die Bestandserhaltung der Gebäude und Anlagen stärker zu gewichten, um den Mitteleinsatz für den Substanzerhalt des staatlichen Gebäudebestandes zu verbessern und neben einer angemessenen Dotierung der Ansätze für den Bauunterhalt sowie für Instandhaltung und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des staatlichen Hochbaus die

Möglichkeiten der dezentralen Budgetverantwortung verstärkt zu nutzen. - Wir werden einen Antrag stellen, dass dieser Beschluss eingehalten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen kommt mit dem Haushaltsgesetz der Rasenmäher, der pauschal 20 % beim Bauunterhalt kürzt. Das Gleiche gilt bei den Beamtinnen und Beamten: pauschale Kürzung. Verlässlichkeit des Dienstherrn oder Sinnhaftigkeit dieser Politik: Fehlanzeige. Sind denn Beamtinnen und Beamte des Freistaats Bayern keine Arbeitnehmer? Ich zitiere aus der Pressemitteilung des Kabinetts von Anfang Januar: Seehofer machte deutlich, dass die Arbeitnehmer zur Bewältigung der Wirtschaftskrise einen überragenden Beitrag geleistet haben. Sie müssen deshalb jetzt angemessen an den Früchten des Erfolgs teilhaben. - Sieht so die Teilhabe an Früchten des Erfolgs aus? Dürfen die Beamten an diesen Früchten so teilhaben, dass alle einfach eine Stufe niedriger eingestuft werden, und zwar genau in der Phase, in der sie Familien gründen wollen? Ist es gerecht, auf dem Rücken der Jüngsten andere Dinge auszutragen? - Nein.

Weiter steht im Haushaltsgesetz - Artikel 5 Absatz 2 -, dass die Regelung der nächst niedrigeren Einstufung bis Ende April 2013 gilt. April 2013 - wie durchsichtig. Also im Wahljahr - ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wahrscheinlich laufen Sie und die CSU-Abgeordneten wieder durch das Land und tun so, als ob Sie Wohltaten im Wahljahr verteilen würden. Ich verspreche Ihnen: So dumm ist niemand mehr, diese Durchsichtigkeit nicht zu erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade im Wahljahr werden die Ungerechtigkeiten - es sind keine Wohltaten - zurückgenommen.

Es ist auch nicht nachhaltig - Sie haben relativ oft von Nachhaltigkeit geredet, Herr Fahrenschohn -, wenn Sie den Versorgungsfonds nicht bedienen. Vor allem verstößt es auch gegen das Gesetz, nämlich das Versorgungsrücklagengesetz. Danach dürfen

die Zahlungen in den Versorgungsfonds nur ausgesetzt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Dies bemisst sich aber nicht an den Steuereinnahmen - so steht es im Haushaltsgesetz, womit die Aussetzung der Zahlung an den Versorgungsfonds begründet wird -, sondern am außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, der Inflation, der Arbeitslosigkeit oder dem Wirtschaftswachstum. So steht es im Versorgungsrücklagengesetz.

Jetzt zitiere ich aus der Pressemitteilung des Kabinetts vom 10. Januar. Seehofer: Wir waren 2010 der Jobmotor in Deutschland, und es spricht alles dafür, dass dies auch im Jahr 2011 so sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Also ist das ein Widerspruch in sich. Einerseits - Sie haben vielleicht doch zu früh geklatscht - ist die Gesamtwirtschaft in ihrem Gleichgewicht gestört und deshalb erfolgt keine Zahlung an den Versorgungsfonds - so steht es im Haushaltsgesetz - und andererseits läuft alles super. Besonders in Bayern läuft es, wie immer, am besten; so lobt sich die Staatsregierung überall selbst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Finanzminister aber treibt diesen Widerspruch noch auf die Spitze. Einerseits ist die Gesamtwirtschaft gestört, weshalb der Versorgungsfonds nicht bedient werden kann, aber andererseits ist es so super, dass wir endlich Steuererleichterungen bekommen, und zwar rückwirkend. Ich habe das Gefühl, das ist noch nicht so ganz angekommen. Es ist ein Widerspruch in sich, also unlogisch ohne Ende. Weil alles so super läuft, machen wir jetzt Steuererleichterungen, aber es läuft so schlecht, dass wir den Versorgungsfonds nicht bedienen können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die verstehen es nicht!)

- Offenbar.

Auf jeden Fall erinnere ich an die Verlässlichkeit, die Sie einfordern. Sie sagen immer: Politik braucht Verlässlichkeit.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bitte noch einmal! Ich verstehe es nicht!)

- Ich kann es nachher noch einmal versuchen, Herr Seehofer. Ich habe es extra dreimal im Text gehabt, aber ich kann es nachher noch einmal versuchen.

Auf jeden Fall fehlen am Ende des Jahres 2012 ungefähr 290 Millionen Euro im Versorgungsfonds. Also gibt es hier wieder versteckte Schulden, von denen niemand redet. Apropos: Da haben wir wieder die Mär vom ausgeglichenen Haushalt.

Ein wichtiger Punkt für einen grünen Haushalt ist soziale Gerechtigkeit. Neben dem Klimawandel - da haben Sie offensichtlich nicht zugehört, Herr Sinner - ist das die Herausforderung unserer Zeit. Ein Baustein ist eine gute Bildungspolitik. Wenn ich mir die Zahlen in Bayern ansehe - das sind offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamtes -, dann sehe ich: Bayern steht gar nicht so gut da. Ich frage Sie: Warum wollen Sie nicht endlich einmal bei der Bildung Spitze sein? Warum stellen Sie sich hier her, Herr Fahrnschön, und erzählen: Wir sind bei der Mittelstandsförderung Spitze, wir sind bei der Ansiedlung von Gewerbe Spitze? Warum sind Sie nicht bei der Bildung Spitze? Nach den Zahlen für das Jahr 2010 - das sind noch keine Ist-Zahlen - gibt Bayern für die Bildung pro Kopf 910 Euro aus. Um jetzt irgendwelchen Reflexen vorzubeugen, wonach andere Länder als Nehmerländer - die Diskussion hatten wir heute schon - mehr ausgeben könnten, habe ich andere Geberländer als Vergleich herangezogen. So gibt Baden-Württemberg für die Bildung etwa 20 Euro mehr aus und Hessen knapp 40 Euro mehr aus pro Kopf.

Ganztagsschulen sind seit Jahrzehnten im Ausland erfolgreich etabliert und als förderlich nachgewiesen. Sie sind inzwischen auch in Deutschland als bildungspolitisch erwünscht anerkannt. Ihre Einführung ist für alle Schularten dringend geboten und muss zügig erfolgen, wenn sich Bayern die Vorteile für die Schüler nicht entgehen lassen will - ein Zitat aus dem Bericht des hier viel gescholtenen Zukunftsrats. Bayern hat

auch erkannt, dass Ganztagschulen wichtig sind. Herr Fahrenschoen hat heute wieder gesagt, dass 500 neue Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut würden. Das stimmt aber nicht, denn es sind keine Ganztagschulen. Es gibt nicht eine einzige Ganztagschule in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie meinten vielleicht Ganztagszüge. In diesem Zusammenhang kann die Zahl von 500 stimmen. Bayern ist dabei aber immer noch absolutes Schlusslicht. Der Ausbau ist schleppend und mäßig. Ich finde, es darf nicht immer nur nach Geld und nach noch mehr Geld gerufen werden. Wir müssen uns auch überlegen, was sinnvoll ist, um den Schulen wirklich zu helfen. Dies gilt vor allem für die Schulen vor Ort. Deshalb soll - auch das ist eine Empfehlung des Zukunftsrats - den Schulen ein Finanzierungspool gegeben werden. Das wollen wir auch. Schulen müssen mehr Autonomie haben, sie brauchen fiskalisch sowie bezüglich des Personals und der Struktur Autonomie. Nur so können wir in Zukunft die Schule am Ort retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein ganz anderer Punkt ist mir beim Stichwort soziale Gerechtigkeit wichtig, nämlich Inklusion. Hierbei dürfen wir keine ideologischen Debatten auf Kosten der behinderten Menschen führen. Fakt ist: Wir - das gilt auch in Bayern - sind verpflichtet, Menschen mit Behinderung zu inkludieren. Soweit es den Menschen mit speziellen Bedürfnissen gut tut, müssen wir das tun. Ich verspreche Ihnen auch: Das wäre ein Gewinn für uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inklusion ist geltendes internationales Recht. Was passiert aber hier in Bayern? Es gibt keinen Haushaltsansatz in diesem Entwurf der Staatsregierung, um diese besondere Herausforderung, diesen Paradigmenwechsel nach und nach umzusetzen. Stattdessen wird bei der Behindertenhilfe sogar noch gekürzt, und zwar um eine eigentlich

lächerliche Summe, nämlich drei Millionen Euro. Dass Sie sich das überhaupt antun! Der Kurs müsste aber genau in die andere Richtung gehen: Wir brauchen Inklusion, weil es geltendes Recht ist. Aber Sie kürzen bei der Behindertenhilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So wird eine vermeintliche Konsolidierung des Haushalts wieder einmal auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. In diesem Zusammenhang zitiere ich den Präsidenten der Diakonie, der sagt, - die Aussage war auf ein anderes Feld der Sozialpolitik bezogen -, man beschränke sich in Bayern auf Ankündigungen und finde für Probleme, die schon seit Jahren bekannt seien, keine Lösung. Das trifft auch haargenau bei der Inklusion zu.

Das, was Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin machen, nämlich ein Gesetz nach dem anderen auf Kosten der Ärmsten zu beschließen - Stichwort Streichung des Elterngelds für Alg-II-Empfängerinnen und -Empfänger -, setzen Sie in Bayern fort. Stattdessen werden im Zusammenhang mit dem "Aufbruch Bayern" nette Geschenke verteilt, und zwar an Firmen, die kein einziges Kriterium der Nachhaltigkeit oder der sozialen Gerechtigkeit erfüllen. Kunststofftechnik, Rüstungsbauer und Motorradbauer kriegen so mal eben ein paar Millionen Euro, und zwar ohne dass sie überhaupt einen Förderantrag stellen müssen. Da freuen wir uns natürlich alle riesig über die Arbeitsplätze in Bayern. Bezüglich der bayerischen Motorradbauer sind es sogar zehn Arbeitsplätze, die nach Bayern kommen. Ich sage nur: "Aufbruch Bayern".

Ganz dringend müssen wir als öffentliche Hand natürlich unbedingt der Bavaria GmbH eine neue Filmhalle im Wert von zehn Millionen Euro hinstellen. In der Zeitung war zu lesen, dass der Geschäftsführer gesagt hat: Ich weiß gar nicht so genau, wie diese Filmhalle aussehen muss; aber wir brauchen sie unbedingt, um international bestehen zu können. - Deswegen wird sie eben von der öffentlichen Hand bezahlt. Warum sollte die Filmhalle auch nicht bezahlt werden? Bereits im Jahr 2002 hat der Oberste Rech-

nungshof kritisiert, dass die Steuerzahler der Bavaria GmbH eine Filmhalle bezahlt haben. "Aufbruch Bayern" steht also in guter Tradition.

Doch eigentlich hat der Landtag damals beschlossen, bezogen auf die Rüge des Obersten Rechnungshofs: Erstens müsse die finanzielle Leistungskraft nachhaltig einbezogen werden, damit die Maßnahmen keinesfalls voll aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Zweitens stelle die Filmhalle allerdings als wichtige Infrastrukturmaßnahme für den Medienstandort Bayern einen Sonderfall dar, bei dem eine volle Finanzierung aus staatlichen Mitteln *ausnahmsweise* zulässig sei. Das ist Beschluss des Landtags.

Wenn wir schon von überflüssigen Geldausgaben reden, muss ich sagen: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es die FDP-Stadtratsfraktion in München offenbar geschafft hat, von der Unsinnigkeit des Münchener S-Bahn-Tunnels zu überzeugen; denn die Verpflichtungsermächtigungen für den Tunnel sind in diesem Haushalt nicht mehr drin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung, allen voran Herr Zeil, hat also eingesehen: Es gibt bessere und gute Alternativen zu diesem Tunnel.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wenn man in die Poccistraße möchte, ja!)

- Nicht nur da.

Stichwort Landesbank: Hier geht es wieder um die Mär vom schuldenfreien Haushalt. 2008 hat Bayern mal eben einen Kredit von zehn Milliarden Euro aufgenommen, um die Landesbank zu stützen. Wir sagen nicht, dass das falsch war. Aber hören Sie auf, die Unwahrheit zu sagen. In dieser Woche haben wir den langfristigen Finanzplan bekommen. Darin findet man die Pro-Kopf-Verschuldung jedes einzelnen bayerischen Bürgers. In dieser Hinsicht stehen wir ganz gut da; das muss ich wiederholen. Trotz-

dem ist festzustellen: Der Landesbankkredit ist nicht mit eingerechnet. Ich frage mich, warum Sie das jedes Mal so machen.

Auf die Frage, warum Sie den Landesbankkredit in die genannte Pro-Kopf-Verschuldung nicht einrechnen, gibt es einfach keine vernünftige Antwort.

Die Landesbank musste für die 10 Milliarden Euro bis dato keine Gebühr zahlen. Aber wir zahlen jedes Jahr für die Landesbank circa 400 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt uns in Bayern für Investitionen in die Zukunft.

Bis hierher habe ich kaum über die Einnahmenseite gesprochen. Aber sie darf nicht außer Acht gelassen werden; das haben wir heute auch schon gehört. Stichwort: die starken Schultern mehr belasten, sowohl in Berlin als auch hier. Ich zähle kurz auf, worum es geht: Vermögensabgabe, Nichtabschaffung der Erbschaftsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes. Ich will nicht näher hierauf eingehen. Die Musik spielt meistens in Berlin. Jedenfalls müssen wir die Einnahmenseite im Blick behalten; sie muss gestärkt werden.

Als ich mich auf unsere Erste Lesung vorbereitete, habe ich ein bisschen in den Ersten Lesungen der Vorgängerhaushalte geschmökert. Da kann ich nur sagen: Ich bin echt froh, dass ich ein Neuling bin. Da wiederholt sich jedenfalls alles, aber auch wirklich alles. Vor 20 Jahren ist an dieser Stelle festgestellt worden: Man könnte in Bayern mehr Steuern einnehmen, wenn es mehr Prüfungen gäbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da drängt sich der Verdacht auf: Liegt hier eine Absicht vor? Will Bayern ein bisschen Schweiz light sein? Und was, bitte schön, soll noch geschehen? An dieser Stelle wird Jahr für Jahr darüber diskutiert.

Die Einnahmenseite würde sich verbessern, wenn mehr Finanzbeamte da wären. Der ORH hat das festgestellt. In diesem Jahr hat es sogar der Finanzminister zugegeben. Aber was geschieht stattdessen? Die Wiederbesetzungssperre gilt ohne Ausnahme

auch für den Steuervollzug. Wie sinnvoll! Da sollen also Stellen nicht gleich besetzt werden, obwohl sie uns sogar Geld brächten. Oder warten Sie, bis Wikileaks auch in Bayern die Namen von Steuersündern veröffentlicht?

Überhaupt ist die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre um neun Monate sehr fragwürdig. Okay, es gibt ein paar Ausnahmen für den Bereich Hochschule, und zwar wegen des doppelten Abiturjahrgangs. Auch in der Justiz - das haben wir heute schon gehört - gelten Ausnahmen. Aber diese reichen nicht aus. Nach dem ganz offiziellen Stellenplan des Ministeriums fehlen 385 Richter und Staatsanwälte.

Der Bayerische Richterverein ist gerade dabei, eine Klage vorzubereiten. Ich wünsche ihm wirklich viel Glück. Es ist eine Schweinerei, was mit den Beamtinnen und Beamten passiert. Es ist aber auch eine Schweinerei, wenn bei der Justiz alles so langsam vor sich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu den Sofortmaßnahmen vom vergangenen Herbst. Da wird es deutlich, wie Sie, liebe Staatsregierung, die Haushaltspolitik machen und verstehen. Sie setzen sich hin, zählen ein bisschen im Geldbeutel, und dann beschließen Sie, egal ob es sinnvoll ist oder nicht, Sofortmaßnahmen. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand hungrig ist oder nicht oder durstig ist oder nicht. So haushaltet noch nicht einmal die viel zitierte schwäbische Hausfrau. Ein öffentlicher Haushalt hat nun einmal andere Strukturen und muss schon deswegen ganz anders aufgestellt sein.

Sie drehen hier ein Schraubchen und da ein Schraubchen. Die werden mal ein bisschen enger gezogen. Woanders werden sie ein bisschen lockerer gemacht. Aber strukturell ändert sich nichts. Damit zeigen Sie: Sie haben nicht verstanden, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Sie machen weiter wie gehabt.

Trotz der guten Steuereinnahmen schaffen Sie es zum Beispiel nicht, den Versorgungsfonds für die Beamten zu bedienen, in den Klimaschutz zu investieren oder die

Hochschulen zu versorgen. Wir sind da zwar ein bisschen auf einem besseren Weg, aber die Hochschulen müssen so versorgt werden, dass dort Lernen unter sinnvollen Bedingungen stattfinden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wann, wenn nicht jetzt?

Trotz der guten Steuereinnahmen beträgt der Finanzierungssaldo laut Ihrem Entwurf in diesem Jahr 1,7 Milliarden Euro, im nächsten Jahr 700 Millionen Euro. Das heißt, Ausgaben und Einnahmen klaffen in diesem Jahr um 1,7 Milliarden Euro auseinander. - So viel zu der Frage des ausgeglichenen Haushalts.

Die Rücklagen betragen Ende 2009 noch gut 3 Milliarden Euro. Ende 2012 werden dies laut Ihrem Entwurf nur noch gut 20 Millionen Euro sein. Die Rücklagen sind also nach Ihren eigenen Planungen und Angaben so gut wie aufgebraucht.

Mit "Aufbruch Bayern" und dem Doppelhaushalt haben Sie alles andere gemacht, als den Haushaltsgrundsätzen der Klarheit und der Wahrheit zu entsprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen, zu sparen und gleichzeitig Geschenke zu machen, hauptsächlich dadurch, dass Sie Altbekanntes in Geschenkpapier verpacken und eine Schleife da herum machen. Beides geschieht allerdings ohne Konzept und ohne Prioritätensetzung.

Sparen à la Rasenmäher, wie in diesem Entwurf beim Bauunterhalt und bei den Beamten geschehen, ist absolut der falsche Ansatz. Nur unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenkritik kann sinnvoll gespart werden.

Grüne Haushaltspolitik setzt klare Prioritäten, sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite. Unsere Haushaltspolitik steht für Nachhaltigkeit und für Gerechtigkeit zwischen den Generationen, aber auch zwischen den sozial Bedürftigen und

sozial weniger Bedürftigen. Dazu werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen Anträge stellen. Sie enthalten ähnliche Appelle wie die Anträge der anderen Opposition. Mit unseren Anträgen wollen wir natürlich auch Titel streichen. Da wollen wir sparen, wie wir es immer machen. Außerdem setzen wir mit unseren Anträgen Prioritäten.

Wir wollen einmal sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ob Sie einmal nicht, wie Sie es sonst tun, gegen unsere sinnvollen Anträge stimmen. Vielleicht sind Sie dann ausnahmsweise einmal nicht die Dagegen-Partei. Lassen Sie uns diesen Haushalt gemeinsam nachhaltiger und gerechter gestalten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Bürgerinnen und Bürger eines von der Politik erwarten dürfen, dann ist das Stabilität. Stabilität bedeutet zuallererst Anstrengungen in Finanz- und Haushaltspolitik, und sie bedeutet, dass wir mit dem, was wir über Steuern und Abgaben einnehmen, auskommen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Deshalb hat der ausgeglichene Haushalt, den wir jetzt zum vierten Mal in Folge in dieser Regierungskoalition, die sich dann im vierten Jahr befinden wird, diesem Parlament vorlegen, für die FDP-Fraktion und die Koalition höchste Priorität.

(Alexander König (CSU): Insgesamt sieben Mal!)

- Wir sind aber erst zum vierten Mal dabei, Herr Kollege.

Die Einnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen bei 42,6 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen belaufen sich auf 31 Milliarden Euro. Das ist der zweithöchste Stand nach 2008, den es je für den Freistaat gegeben hat.

Das sage ich an alle, die, wie die GRÜNEN und die SPD, immer wieder die Steuern erhöhen wollen: Wir haben bei den Steuern die höchsten Einnahmen aller Zeiten und deshalb auch kein Einnahmeproblem. Lösen Sie sich endlich von der Idee, dass wir noch mehr einnehmen müssten, um Ihre Träume verwirklichen zu können. Der Staat verfügt über genügend Einnahmen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Deshalb wollen wir auch nicht wie beispielsweise die GRÜNEN den Spitzensteuersatz erhöhen, der ja schon für einen ordentlichen Facharbeiter gilt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Wir wollen die Leistungsbereiten nicht abstrafen, wie Sie das vorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dazu gehört natürlich auch eine aktive Steuerpolitik, die sich um Steuervergünstigungen für die Leistungsträger kümmert, und zwar um mehr als vier Euro Steuerersparnis bei den niederen Einkommensschichten.

(Beifall bei der FDP - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Für die FDP ist ein ausgeglichener Haushalt ein Kernanliegen. Deshalb hat sich unsere Fraktion schon vor genau einem Jahr, nämlich im Januar 2010 auf der Klausurtagung, zwei klare Ziele gesetzt, und zwar erstens: Für uns steht im Kern ein ausgeglichener Haushalt. Zweitens wollen wir gleichzeitig auch in die Zukunft investieren; das nämlich haben die zukünftigen Generationen verdient.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen doch überhaupt nicht, wohin das alles gehen soll!)

Diesen Weg sind wir konsequent weitergegangen auf unserer Tagung im Juni, auf der wir neben einem ausgeglichenen Haushalt dazu aufgefordert haben, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Haushalt beschäftigt, und ein Investitionsprogramm "Aufbruch Bayern" aufzulegen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihre Fraktion hat nur herumgeeiert! - Thomas Hacker (FDP): Beim Eiern haben Sie doch Erfahrung, Herr Kollege!)

Das haben wir dann in der Koalition einige Tage später gemeinsam beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Es war wiederum die FDP-Fraktion, die in ihrer Klausurtagung im September mit den klaren Sparvorgaben an die Häuser die nötige Dynamik in die Haushaltsberatungen gebracht hat. Wir stehen heute hier und können Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, weil wir Einsparungen von den Häusern und dem Personal einfordern.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und Ulrike Gote (GRÜNE) - Glocke des Präsidenten)

Das mag Ihnen nicht gefallen, aber wir kommen gleich noch zu den Zuständen in Ihrem Bereich. Wir haben das durchgesetzt, und es ist ein guter Tag für Bayern, wenn wir heute diesen Haushalt einbringen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist kein guter Tag!)

Das Ergebnis der Koalitionsarbeit für diesen Haushaltsentwurf kann sich sehen lassen. Wir legen Ihnen gemeinsam einen Haushalt vor - das findet auch die Unterstützung der FDP -, der im Bereich der Ressorts über 900 Millionen Euro einspart und den öffentlichen Dienst an den Einsparungen mit 945 Millionen Euro beteiligt. Summa summarum sparen wir 1,8 Milliarden Euro. Es ist gut, dass wir jetzt in Zeiten, in denen

es uns besser geht, das strukturelle Problem anpacken, das Sie so oft in Ihren Reden geißeln. Wir packen es an. Wir sparen 1,8 Milliarden Euro mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das Ausgabevolumen bleibt auf dem Niveau des Jahres 2010. Das ist ein gutes Zeichen. Wir haben zu Recht in den schlechten Zeiten vom Staat aus investiert, um in der Krise Stabilität zu haben, und haben jetzt, wo es in der Wirtschaft besser läuft, unsere Aktivitäten im Staatsbereich konsolidiert und zurückgefahren. Es ist, wie gesagt, ein gutes Zeichen, dass unser Haushalt trotz dieser Investitionssummen auf praktisch dem gleichen Niveau bleibt. Das ist ein gutes Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Eberhard Sinner (CSU))

Nun zu den Investitionsquoten. Das ist bisher vielleicht nicht ganz deutlich herausgekommen. Sie sind natürlich etwas niedriger als in den vergangenen Jahren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erheblich!)

Wir liegen aber immer noch 2 % über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Da, wo Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an der Regierung sind, sind die Investitionsquoten nicht so hoch wie in Bayern. Da sollten Sie sich an Bayern ein Beispiel nehmen, statt zu kritisieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden in dem Bereich der Wissenschaft die Mittel im kommenden Jahr um 5,8 % aufstocken, lieber Kollege Heubisch. Im Jahre 2012 werden es 4,6 % sein.

(Alexander König (CSU): Ja, der ist der große Gewinner!)

Der Bildungsbereich insgesamt umfasste 2008, als diese Koalition die Regierung übernommen hat, 13,7 Milliarden Euro. Im Jahre 2011 werden es 15,9 Milliarden sein und im Jahre 2012 sogar 16,5 Milliarden Euro. Das sind über zwei Milliarden Euro mehr, die wir für diesen Bereich vorsehen. Schwerpunkt unserer Koalition ist der Bildungsbereich. Das steht in diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn aus dem Gesamthaushalt zehn Milliarden Euro an die Kommunen und die anderen Bundesländer gehen - großzügigerweise auch an Nordrhein-Westfalen -, dann bleiben von den 42 Milliarden gut 32 Milliarden übrig. Davon gehen 15,9 Milliarden in den Bereich Bildung; das macht 50 %. Ich weiß nicht, wieso Sie da keinen Schwerpunkt erkennen können. Vielleicht können Sie Nachhilfe bei Ihren haushaltspolitischen Sprechern bekommen.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Das Markenzeichen dieser Koalition ist der Bildungsbereich. Das lassen wir uns von der Opposition in diesem Hohen Hause nicht kaputt reden.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren kraftvoll mit dem Programm "Aufbruch Bayern" 1,07 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das ein solches Programm auf den Weg gebracht hätte.

(Zurufe von der SPD)

227 Millionen Euro für die Familien, 389 Millionen Euro für die Bildung und 452 Millionen Euro für Innovation. Das kann sich sehen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das sind über 66 Projekte! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn da dem einen oder anderen drei oder meinetwegen auch vier Projekte nicht gefallen, dann sei Ihnen das zugestanden. Aber das spricht nicht für eine schlechte Qualität des Gesamtprogramms. "Aufbruch Bayern" ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich kann nichts Schlechtes daran finden, wenn wir in Elektromobilität investieren oder in Technologietransferzentren, in molekulare Biosysteme. Wir investieren damit in die Zukunft dieses Landes. Und eine gute Nachricht kann man dann hier gleich im Parlament verbreiten: Dank der Mittel aus dem Wirtschaftsministerium, lieber Martin Zeil, nämlich dank der fünf Millionen Euro für das Fraunhofer-Institut, ist es uns gelungen, diese Investition an den bayerischen Untermain zu holen und sie nicht nach Hessen gelangen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Verdienst der Bayerischen Staatsregierung, dass diese Mittel so geflossen sind.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir setzen den Dreiklang ausgeglichener Haushalt, keine Neuverschuldung, Investitionen in die Zukunft in dieser Koalitionsregierung fort.

(Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher und Christa Naaß (SPD))

Der Erfolg hat viele Väter, aber er hat nur eine Mutter; das ist diese Koalitionsregierung aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Nun sei ein kurzer Blick nach Nordrhein-Westfalen gestattet, da hier schon Entschuldigungen platziert wurden. Es ist schön, dass Sie sich wenigstens entschuldigen wollen. Lieber Kollege Mütze - Sie wurden zitiert - und liebe Frau Stamm, die Verschuldung, die die dortige damalige Staatsregierung aus CDU und FDP mit 6,6 Milliarden Euro eingebucht hatte, beruhte auf einem Wirtschaftswachstum von minus 5 %. Sie aber verschulden sich um 7,4 Milliarden Euro bei einem Wirtschaftswachstum von 3,7 % plus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich habe gelernt, dass es da einen großen Unterschied gibt.

(Widerspruch bei der SPD)

Zu allem Überfluss muss ich heute auch noch eine Meldung des Steuerzahlerbundes aus Nordrhein-Westfalen lesen, der sich darüber mokiert, wie üppig die Büros dort ausgestattet würden. Ich glaube, man kann mit Steuergeldern wirklich ordentlicher umgehen, als das Rot-Grün momentan in Nordrhein-Westfalen tut.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Hinter den von mir aufgezählten nackten Zahlen stehen natürlich knallharte Erfolge, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich nenne nur den doppelten Abiturjahrgang. Es ist doch diese Koalitionsregierung mit dem Wissenschaftsminister Heubisch gewesen, die im Jahre 2008 diese Baustelle übernommen hat. Wir investieren in Hochschulen. Wir schaffen zusätzlich 38.000 neue Studienplätze und 3.000 neue Dozentenstellen. Wir werden diesen Abiturjahrgang bewältigen, und das ist ein riesiger Erfolg dieser Koalition.

Natürlich wird das nicht reibungslos gehen. Wir werden das aber bewältigen. Das lassen wir uns von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren weiter in die Bildung: Es wird im Bildungsbereich über 1.000 zusätzliche Planstellen geben.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Erfolg, hinter dem die Regierungsparteien CSU und FDP mit vollem Herzen stehen. Da helfen auch die Rechenspielen von Herrn Kollegen Pfaffmann nicht, weil sie völlig falsch sind. Wir schaffen diese 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen- und Lehrerstellen, auch in den nächsten Haushalten. Vielleicht sollte sich Herr Kollege Pfaffmann einfach vertrauensvoll ans Kultusministerium wenden und sich dies erklären lassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte Herrn Pfaffmann nicht noch einmal erklären müssen, wie sich diese Zahlen zusammensetzen. Das habe ich schon nach der Sommerpause im letzten Jahr getan.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erklären Sie es doch uns einmal!)

Wir investieren in die Ganztagschulen, die Ganztagsbetreuung und die Krippenplätze. Dies alles sind Schwerpunkte dieser Regierung, die sich in diesem Doppelhaushalt abbilden. Für Bayern ist es gut, dass wir in diesen Bereichen vorankommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Weil wir dort so weit hintendran sind!)

Wir setzen auch verstärkt Gelder für Asylbewerber ein. Das ist nicht selbstverständlich. Wir haben das in den Entwurf der Staatsregierung aufgenommen. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Besonders erfreulich ist das Feld der Wirtschaft: Wir haben nicht nur den Mittelstandschirm auf den Weg gebracht, den der Finanzminister zu Recht genannt hat. Wir

haben den Wirtschaftsminister und die LfA in die Lage versetzt, den mittelständischen Unternehmen über diese Krise hinwegzuhelfen. Wir investieren auch in DSL. Hier hat die Koalition eine riesige Baustelle übernommen. Diese Koalition hat das Thema mutig angepackt und bringt es nach vorne, damit das schnelle Internet auch im ländlichen Raum ankommt. Ab dem Jahr 2008 sind wir durchgestartet. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben Innovationsgutscheine eingeführt, damit die Unternehmen bei kleineren Produktinnovationen, Produktverfahrensinnovationen und Dienstleistungsinnovationen unterstützt werden. Das alles steckt in diesem Haushalt. Wir investieren in die Zukunft. Wir streichen Subventionen und investieren in Technologie. Meine Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Regierungsbeteiligung der FDP ist ein Erfolgsmodell für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch eine Anmerkung zu den Bildungsausgaben machen: Frau Kollegin Stamm, ich weiß nicht, welche Zahlen Sie zitiert haben. Mir liegen die Zahlen des Statistischen Bundesamts vor. Dort liegt Bayern überall an der Spitze. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben liegen wir auf Platz zwei. Bei den Gesamtausgaben liegen wir auf Platz zwei. Bei den prozentualen Ausgaben liegen wir auf Platz zwei. Dass es beim BIP anders aussieht, liegt daran, dass wir ein so starkes Bruttoinlandsprodukt haben und nicht daran, dass unsere Bildungsausgaben zu gering wären. Die Bildungsausgaben pro Kopf in Bayern sind in Deutschland Spitze. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag ist verlässlich. Wir stehen zum ausgeglichenen Haushalt und zu einer soliden Finanzpolitik. Wir sind engagiert; denn wir haben uns aktiv, konstruktiv und kritisch in den Haushaltsprozess eingebracht. Wenn

es sein muss, sind wir auch unbequem. Deshalb bleibt es mir nicht erspart, das Thema "Landesbank" zu erwähnen. Die erste Aktivität dieser Koalitionsregierung aus CSU und FDP war die harte Entscheidung, die wir gemeinsam nach schweren Stunden getroffen haben: Wir mussten zehn Milliarden Euro in die Landesbank geben. Das haben wir nicht aus Jux und Tollerei getan. Wir haben das getan, damit unsere Kommunalpolitiker vor Ort nicht in Bedrängnis kommen und damit unsere Sparkassen gerettet werden. Das waren die Hauptgründe dafür, dass wir diese 10 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt haben.

(Beifall bei der FDP - Jörg Rohde (FDP): Ein Flächenbrand wurde verhindert!)

Diese 10 Milliarden Euro resultieren natürlich aus Fehlern unternehmerischer Art und mangelnder Kontrolle. Dies ist ein Problem, dem wir uns weiter stellen müssen. Insgesamt sind für diese zehn Milliarden Euro Zinsen in Höhe von über einer Milliarde Euro aufgelaufen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir würden dieses Geld natürlich gern für etwas anderes ausgeben. Hier trifft jedoch das Wort zu: Das war alternativlos.

Die Aufklärungsarbeit bleibt wichtig. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass diese Koalitionsregierung gemeinsam mit dem Finanzminister einen Gesetzentwurf zum Thema Neugestaltung der Landesbank eingebracht und beschlossen hat. Wir haben Experten in den Verwaltungsrat geholt. Wir haben den Aktionsradius beschränkt, und wir haben Geschäftsfelder begrenzt. Diese Koalition hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Es ist ein Erfolg dieser Koalitionsregierung, dass wir hier den richtigen Weg beschreiten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Mehreinnahmen des letzten Jahres wurden bereits angesprochen. Jeder, der hier vom Redepult aus das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kritisiert und danach in der gleichen Rede sagt, wie wir diese 500 Millionen Euro zu verwenden hätten, sei an Folgendes erinnert: Dass wir höhere Steuereinnahmen haben, liegt daran, dass sich die Wirtschaft im letzten Jahr schneller erholt hat, als alle erwartet haben. Das ist die Leis-

tung der Bürgerinnen und Bürger. Die Koalitionsregierung in Berlin hat den Bürgern dieses Geld im Januar 2010 belassen und es nicht für den Staat vereinnahmt. Diese Entscheidung hatte Wachstumsimpulse zur Folge, die sich wiederum in den Steuereinnahmen niedergeschlagen haben. Unser Konzept war richtig. Ihres ist falsch. So sieht die Wahrheit aus.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Das wird ja immer abenteuerlicher!)

Mit besonderem Interesse habe ich die Neudefinition des Begriffs "Neoliberalismus" von Herrn Kollegen Halbleib gehört. Neuerdings ist es bereits Neoliberalismus, wenn man in der Krise spart. Als der Neoliberalismus erfunden wurde, war diese Sünde schon längst begangen worden. Vielleicht sollte man nicht alles, was man negativ findet, unter dem Begriff "Neoliberalismus" subsumieren. Ich möchte mit Ihnen nicht noch einmal eine Diskussion über den Neoliberalismus führen. Ich glaube, Sie sind hier einfach beratungsresistent. Sehen Sie einmal in die Geschichtsbücher: Die Soziale Marktwirtschaft, die Sie immer so loben, fußt auf dem Neoliberalismus, auf Eucken und auf Hayek. Das sind die Gründer unserer Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Diese Regierung ist auf dem richtigen Weg. Wir heben Effizienzpotenziale. Wir investieren in die Zukunft. Natürlich bleiben Herausforderungen, zum Beispiel bei der Neuordnung der Staatsbeteiligungen. Hier haben wir ein Aufgabenfeld für die nächsten Jahre.

(Markus Rinderspacher (SPD): Welche denn? Wir haben doch gar keine mehr!)

Wir haben Aufgabenfelder beim öffentlichen Dienst, bei den Staatsaufgaben und bei der Entbürokratisierung. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Staatsregierung einen Kabinettsausschuss eingesetzt hat. Wir werden die Arbeit dieses Ausschusses konstruktiv begleiten. Ich weiß, dass Sie immer Schwierigkeiten mit Zukunftsszenarien

haben. Sie können immer nur hinterher meckern. Wir haben einen Haushalt auf den Weg gebracht, der beispiellos in Deutschland ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das kann man so sagen!)

Das ist Fakt. Mit dem letzten Haushalt haben wir stabilisiert. Jetzt werden wir konsolidieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Christine Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Thema, wie durch diesen Haushalt Schulden in die Zukunft geschoben werden, wurde schon vieles ausgeführt. Meine Kollegin Stamm erwähnte die Pensionsrückstellungen, die auf Null gesetzt wurden. Ein zweites Beispiel: Von den etwa 4.300 Gebäuden im Besitz des Freistaats befindet sich nur etwa ein Drittel in einem tragbaren energetischen Zustand.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben wir doch alles schon gehört!)

- Haben Sie das schon gehört: 600 dieser Gebäude verbrauchen über 300 Kilowattstunden Heizenergie pro Quadratmeter im Jahr. Das sind Inspektionsgebäude, Universitätsgebäude und Verwaltungsgebäude. Sie sind reine Energieschleudern. Im Grunde bräuchten wir ein massives Investitions- und Sanierungsprogramm für die städtischen und die staatlichen Gebäude. Sie erinnern sich doch noch an den Run der Kommunen auf das Konjunkturprogramm, um die Schulen in einen besseren energetischen Zustand zu bringen. Um den massiven Investitionsbedarf zu decken, hätte man sieben solcher Konjunkturprogramme durchführen können. Leider stehen den Kommunen aber keine ausreichenden Mittel für diesen Zweck mehr zur Verfügung.

Der Bayerische Gemeindetag titelte in seiner letzten Ausgabe: "Städte und Gemeinden kämpfen um das Überleben - die Finanznot gefährdet die kommunale Handlungsfähigkeit". Wie sieht es in den bayerischen Kommunen wirklich aus? Immer mehr Kommunen können keine ausreichende Zuführung zum Vermögenshaushalt mehr erwirtschaften. Bei vielen Kommunen beläuft sich die Zuführung zum Investitionshaushalt auf Null. Bei einigen ist sie sogar negativ. Die geschönten Durchschnittsbetrachtungen des Finanzministeriums helfen diesen Kommunen nicht weiter. Auch in Bayern steigen die Schulden der Kommunen weiter an. Mittlerweile liegt die Verschuldung der Kommunen in Bayern bei über 1.100 Euro pro Einwohner. Auch so verstecken Sie hier Schulden.

Die Rechtsaufsicht geht zunehmend dazu über, den Kommunen höhere Nettokreditaufnahmen zu genehmigen. Das löst die Probleme der Kommunen aber nicht langfristig. Bisher wurde die Nettokreditaufnahme streng danach bemessen, wie hoch die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit ist. Jetzt sagt man, egal, irgendwie muss man durch, anders geht es nicht, wir genehmigen einfach doppelt so hohe Nettokreditaufnahmen. So ist es beispielsweise in Augsburg.

Das Volumen des Finanzausgleichs bewegt sich zwar etwa in der Höhe des Vorjahres; dennoch gibt es Ursachen dafür, dass die finanzielle Situation der Kommunen immer schwieriger wird. Die erste sind die bereits schon angesprochenen neuen Gesetze, die sich überproportional nachteilig auf die Kommunen ausgewirkt haben. Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das höchst umstrittene Wachstumsbeschleunigungsgesetz alleine kostet die bayerischen Kommunen im Jahre 2011 327 Millionen Euro, und das bei einem etwa gleichbleibenden Volumen des kommunalen Finanzausgleichs. Das ist viel Geld, mit dem man viel Sinnvolles tun könnte.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Staat die Bezirke mit ihren Aufgaben im Sozialbereich alleine lässt. Die Bezirke haben aufgrund der deutlich steigenden Fallzahlen - schauen Sie sich einmal die Bezirkshaushalte an - im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr einen erhöhten Finanzbedarf von weit über 300 Millionen. Außerdem haben sie

einen erhöhten Finanzbedarf, um Defizite des Jahres 2009 auszugleichen. Die Staatsregierung will den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke trotz des erheblich gestiegenen Mehraufwands nicht anheben. Da nützt es nichts, wenn Sie gelegentlich sagen, dass wir ein Bundesteilhabegesetz brauchen. Sie müssen auch Zeichen setzen und aufzeigen, wie sich Bund und Länder zukünftig stärker an den gemeinsamen sozialen Aufgaben beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch viele andere negative Weichenstellungen machen es den Kommunen schwer, ihre Haushalte auszugleichen. Die eine Weichenstellung ist der Rückzug des Bundes, beispielsweise bei den Kosten der Arbeitslosigkeit. Der Anteil an den Unterkunftskosten für die Langzeitarbeitslosen, den der Bund übernimmt, wird immer geringer. Zudem wird nicht aufgezeigt, wie die Kommunen ihre Aufgaben beim Krippenausbau und insbesondere bei den dauerhaften Leistungen schultern können. Der Staat zeigt sich hier nicht bereit, einen größeren Anteil zu übernehmen. Dann machen Sie eine Schulreform, die dazu führt, dass wesentlich mehr Schüler in der Gegend herumgefahren werden müssen. Der Freistaat zahlt aber nur 60 % der Kosten der Schülerbeförderung; den Rest müssen die Kommunen schultern. Sie bereiten den kommunalen Schulen erhebliche Probleme durch die pauschalierten Kostensätze, die keineswegs der Realität entsprechen. Kommunale Schulen kosten die Kommunen sehr viel Geld, und Sie beteiligen sich an deren Kosten nicht adäquat.

Sie haben sich in Berlin mit Ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können, als Ihr Bundesbauminister die Städtebauförderung kürzte. Sie haben zwar einige wunderbare Ausführungen gemacht, insbesondere der Innenminister, aber das hat nichts geholfen. Die Städtebauförderung wurde zusammengestrichen, und deswegen fehlt den Kommunen der notwendige Gestaltungsspielraum. Sie kürzen bei der Wohnbauförderung. Last but not least ist das Energiekonzept der Bundesregierung dafür verantwortlich, dass vielen kommunalen Investitionen in nachhaltige Energien die Rentierlichkeit fehlt.

Herr Ministerpräsident, ein verlässlicher Partner der Kommunen in Bayern schaut anders aus. Bei den Haushaltsberatungen ist noch viel zu tun, um diese Schiefelage zu korrigieren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. Als Nächster hat Kollege Georg Winter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Georg Schmid (CSU): Georg, stell' das mal richtig, was die erzählt hat!)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, der CSU-Fraktion ist es besonders wichtig, dass mit diesem Gesetzentwurf der Regierung keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen und dass wir trotzdem die wesentlichen, für die Zukunft maßgeblichen Aufgaben anpacken können, verstärkt, mit mehr Intensität. Sie kennen die Stichworte, die uns für die Gestaltung der Zukunft wichtig sind: Familie, Bildung, Innovationen und Investitionen.

An dieser Stelle danke ich Herrn Staatsminister Fahrenschon und Herrn Staatssekretär Pschierer sowie den Damen und Herren in den Ministerien, die zugearbeitet haben, dafür, dass ein Entwurf vorliegt, der uns die Arbeit leichter macht, weil er schon einen Ausgleich vorsieht, sodass wir ihn nicht erst herstellen müssen. Schon im Vorfeld wurde dieser ausgeglichene Entwurf durch engagierte, zügige und professionelle Arbeit in enger Abstimmung mit den Regierungsfractionen erstellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, weil ich gerade zu den Medienvertretern auf die Zuschauertribüne sehe, möchte ich etwas bemerken. Bei den Beratungen des Doppelhaushalts 2009/2010 und im Vorfeld des Entwurfs des Doppelhaushalts 2011/2012 war eines interessant. Kaum hatten wir nach dem schwierigen Jahr 2008 den Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden vorgelegt, kam bei der Verabschiedung im Frühjahr 2009 die Frage: Werte Politiker, jetzt habt ihr es gerade noch hinbekommen, den

Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden aufzustellen, aber werdet ihr auch noch einen ausgeglichenen Nachtragshaushalt 2010 aufstellen können angesichts der Tatsache, dass die Krise tiefer geht und länger dauert, dass Einbrüche da sind, dass Bayern ganz besonders betroffen ist, weil es ein starkes Exportland ist? Als wir im Frühjahr 2010 erneut einen ausgeglichenen Haushalt geschafft haben, war das keineswegs eine Pressemeldung wert, sondern dann lautete die Frage: Im Jahr 2010 habt ihr es gerade noch hinbekommen, aber werdet ihr 2011 die hohe Messlatte, welche die CSU schon 2000 in die Haushaltsordnung geschrieben hat, noch überwinden angesichts der strukturellen Mehraufwendungen in manchen Bereichen, angesichts der Herausforderungen durch wachsende Aufgaben für Familie, Bildung, Hochschule, angesichts des doppelten Abiturjahrgangs mit mehr Studenten und angesichts der Veränderungen in der Bundeswehr? Es ist sensationell und großartig, dass wir mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 unser Ziel genauso erreichen wie schon mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 und dabei immer noch Spielräume haben, um Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Opposition hat vieles hinterfragt und angesprochen. Das muss sie auch. Das ist in Ordnung. Was wir alle vermissen, ist das Konzept, wie Sie es durchgängig anders und besser machen würden.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu sonst habe ich nicht meinen kleinen, sondern meinen großen Bleistift und einen ganzen Block mitgebracht, um die Vorschläge mitschreiben zu können. Das bin ich aus der Schule gewohnt. Wenn man abschreiben kann und der Nachbar es besser macht, habe ich gar keine Hemmungen. Ihre Vorschläge hätten wir heute gerne aufgenommen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das habt ihr bis jetzt gut verheimlicht!)

- Frau Kollegin, da hatte ich ein schönes Erlebnis. Da gab es die Frage, welche Aufgabenstellung bei der Reform der Reichsversicherungsordnung - RVO - richtig wäre. Jedes Haus hat für sich an der Klausur gearbeitet. Jedes Haus hat seine eigene Variante gehabt. Ich habe mir die Mühe gemacht und beide Varianten gelesen. Ich habe Kontakte zu beiden Lehrgängen. Daraus habe ich das aus meiner Sicht Beste zusammengefasst. Es war gut, sehr gut sogar. Wir hätten heute gerne in der Haushaltsdebatte etwas gelernt und mitgenommen, jedoch haben wir nicht erfahren, wie dieses durchgängige und schlüssige Konzept der Opposition aussehen soll.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib, Sie haben recht: Es ist wirklich nicht einfach. Seit dem Sommer letzten Jahres, seit Juli, haben sich die Regierungsfractionen mit dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister zusammengesetzt und sich abgestimmt. Nach mehreren Wochen und Monaten haben wir im September gesagt: Jawohl, wir wollen es anpacken. Damals haben die Dinge noch nicht so optimal ausgesehen wie heute.

(Zurufe des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Kollege Halbleib, es ist schwierig. Sie haben das angesprochen. Wir hatten in den Jahren 2009 und 2010 einen Konjunkturhaushalt zur Bewältigung der Krise. Das Besondere an diesem Haushalt war und ist - darauf können wir stolz sein, wenn Sie die Wachstumsraten anschauen -, dass beide Haushalte zusammen um 10 % hinsichtlich der Ausgaben gewachsen sind. Das muss man sich einmal vorstellen: 10 % Wachstum in einem Land, in dem es keine Inflation gibt. Das ist eine riesige Geschichte.

Für die Jahre 2011 und 2012 sieht der Doppelhaushalt nur ein Viertel, nämlich 2,6 % des Wachstums des letzten Doppelhaushalts vor. Wenn wir die Treppen zum Steinernen Saal des Maximilianeums hochgehen, können wir auch mal drei Stufen auf einmal nehmen. Das haben wir 2009 und 2010 getan. Damit haben wir im übertragenen Sinne die Konjunktur angeschoben. Die Ergebnisse sind sehr positiv. Wir wollen das

nicht alles auf unsere Schultern nehmen; die Unternehmer und Arbeitnehmer haben mitgemacht. Die Bürger waren lange optimistisch. Sie haben sich weder von Sinn noch von Unsinn verrückt machen lassen. Das habe ich wirklich bewundert. Das ist großartig. Die Deutschen waren diesmal nicht pessimistisch, sondern haben an sich selbst geglaubt und sich an dem orientiert, was sie real vor Ort gesehen haben, nicht an dem, was die Wirtschaftsweisen verkündet haben.

(Beifall bei der CSU)

Zurück zur großen Stufe - zu den drei Treppen hinauf zum Steinernen Saal. 2009 und 2010 haben wir drei auf einmal genommen - 10 %. Dieses und das nächste Jahr gehen wir ganz normal einen Schritt weiter. Wir bleiben nicht stehen - eine Stufe sind 2,6 %.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wir dürfen keine Keile treiben, sondern müssen zusammenarbeiten.

(Lachen bei der SPD)

Tschernomyrdin sagte: "Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer".

(Lachen bei der SPD)

Gott sei Dank ist das in Bayern nicht so. Das ist der große Unterschied. Der Mann war in einer Planwirtschaft zu Hause und musste sich ständig damit befassen, dass das Planziel wieder einmal nicht erreicht wurde. Das ist bitter und nicht leicht zu ertragen. Deswegen hat er den Spruch "Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer" geprägt. Unsere Lage ist günstiger, weil Steuern fließen und die Wirtschaft wächst. Deshalb können wir mehr tun.

Wie soll ein Haushalt aussehen, wenn wir nur noch ein Wachstum von 2,6 %, somit von einer halben Milliarde Euro haben? Herr Kollege Mütze hat gesagt, dies sei ein Kürzungshaushalt. Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Haushalt allein für

Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Familie mehr als eine Milliarde Euro drauflegen, muss das Konsequenzen haben. Dann muss die Politik Prioritäten setzen. Es ist nicht immer einfach, wenn man in der Regierungsverantwortung steht. Das bedeutet, dass nicht alle total happy gemacht werden können. Wir haben jedoch klar gesagt: Eine Milliarde Euro mehr für die Bildung, für die Hochschulen und die Kindergärten. Deswegen setzen wir an der einen oder anderen Stelle im Haushalt 2011/2012 nicht auf Wachstum, sondern halten die Position. In den nächsten Wochen werden wir uns genau anschauen, wo es Kürzungen und Einschnitte gab, wie sich diese auswirken und wie wir damit umgehen müssen. Soviel zum Thema Haushaltsschwerpunkte. Für die Alternativen sind wir auch in Zukunft offen.

Heute sind schon viele Zahlen genannt worden - 2,1 Milliarden Euro für die Familien. Ich freue mich, wenn ich die Präsidentin heute vor mir sehe. Frau Präsidentin, als Sie Sozialministerin waren und ich die Berichterstattung für den Einzelplan 10, für Ihren Etat hatte, haben wir gekämpft. Wir haben uns für Kinderhorte, Kinderkrippen und für die freien Träger eingesetzt. Das waren alles offene Punkte, die wir heute erledigt haben. Deswegen kann ich nur sagen: Wir haben riesige Fortschritte gemacht.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der Opposition)

Gerade habe ich Kontakt mit Frau Präsidentin Barbara Stamm aufgenommen. Ich darf die Zahlen noch einmal nennen: 2,1 Milliarden Euro geben wir für die Familien aus. Über eine Milliarde Euro für die Betriebskostenförderung der Krippen freue ich mich ganz besonders. Wir haben eine riesige Nachfrage. Es wird viel investiert und gebaut. Hierfür sind die Kommunen zu loben. Bayern kann damit seine Zusage einhalten. Ursprünglich war man im Hause der Meinung, 340 Millionen Euro vom Bund für den Krippenausbau würden ausreichen. Wir haben jedoch gesagt: Wenn es nicht genügt, legen wir drauf. So wie es jetzt aussieht, müssen wir noch 340 Millionen bayerische Mittel - genauso viel, wie der Bund -, einsetzen, um die Nachfrage zu befriedigen. Es ist sinnvoll und gut für die Konjunktur. Dazu gehören auch die Krippenprogramme.

Bayern bleibt Spitze in der Bildung. Gerne lasse ich die Zahlen einmal weg und steige direkt ein. Wir haben die Mehrungen. Wir haben unser Versprechen mit zusätzlichen tausend Lehrerplanstellen pro Jahr erfüllt. Insgesamt sind das 15,3 Milliarden Euro für die Bildung und Wissenschaft. Wir sind gerade dabei, einen reinen Halbtagsbetrieb - die Volksschule, die Grundschule und die Ausbildungsangebote - von der Krippe bis zum Hochschulabschluss auf den Ganztagsbetrieb umzustellen. Das ist eine riesige Herausforderung und eine Verpflichtung, die wir für die künftigen Generationen eingehen. Mit der Kita für Kinder unter drei Jahren, den erweiterten Angeboten für Kinder von drei bis sechs Jahren, mit der offenen oder gebundenen Ganztagschule oder den Kinderhort entstehen Angebote und zugleich Pflichten für die jungen Menschen; denn das muss in der Zukunft finanziert werden. Der Umbau von Halbtags- zu Ganztagsbetreuung ist eine großartige Leistung dieses Haushaltes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, den Herrn Wissenschaftsminister kann man nur beglückwünschen. Im Rahmen eines Gesprächs über den Haushalt habe ich den Referenten gefragt, warum das die Opposition nicht gleich so sieht. Er hat auch manches versteckt. Er hat Haushaltsansätze in Millionenhöhe. Ich sage immer: Der Heubisch ist so etwas wie eine eigene Bausparkasse.

(Hubert Aiwanger (FW): Bausparfuchs!)

Daher können Sie im Haushalt gar nicht feststellen, dass der Mann tatsächlich eine Milliarde Euro für die Studenten und die Hochschulen in den Hochbau investieren kann, unabhängig vom Gärtnerplatztheater.

(Hubert Aiwanger (FW): Schwarze Kassen, das lobe ich mir!)

Eine Milliarde Euro kann er in den Hochbau investieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, was wäre ein Land ohne Innovation und Investition? Wir haben schon oft die Aufforderung gehört, ein Land müsse sich nicht nur ständig neu ausrichten, sondern sich notfalls auch neu erfinden. Das könnten auch die Worte unseres Ministerpräsidenten sein. Der CSU ist ja öfter vorgehalten worden, dass sie sich in den 60 Jahren auch immer wieder neu erfunden hat. Sie sei nur deswegen immer noch an der Regierung, weil sie immer wieder neu ausgerichtet habe.

Für Bayern ist es wichtig, dass wir den Fortschritt permanent aufrechterhalten. Das tun wir mit diesem Doppelhaushalt. Deswegen sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Ich und viele in unseren Reihen sind dankbar, dass der Zukunftsrat den Freistaat kritisch analysiert hat. Er hat uns auf ein paar Dinge hingewiesen, die uns herausfordern. Es ist aber gut, dass er es getan hat. Als Vertreter des ländlichen Raums freue ich mich über die Diskussionsplattform und Argumentationsbasis, die der Zukunftsrat geliefert hat. Natürlich müssen wir uns jetzt verstärkt die Regularien anschauen, die es schon zuhauf gibt und die sich weiter anhäufen. Bekommt der ländliche Raum tatsächlich noch die notwendige Aufmerksamkeit? Oder gibt es mittlerweile Vorschriften, die zwar die Politik nicht erfunden hat, die sich aber eingespielt haben und jetzt korrigiert werden müssen?

Ich kann als Beispiel eine solche Vorschrift nennen: Wenn der Staatsstraßenausbau-plan fortgeschrieben wird und ich dabei mit den Fachleuten rede, erklären sie mir immer, warum das oder jenes nicht möglich ist. Wenn wir sagen, wir können nur dort bauen, wo 10.000 Fahrzeuge unterwegs sind, aber nicht dort, wo nur 2.000 herumfahren, dann stimmt etwas an den Regularien nicht. Dann müssen wir die Bewertungen zugunsten der ländlichen Regionen korrigieren.

In einem Punkt hat der Zukunftsrat recht. Wir haben starke Zentren. Wir können nicht in jedem Unterzentrum eine Hochschule bauen. Wir müssen aber das Oberzentrum und das Mittelzentrum erreichen können. Dazu muss unser Land durchgängig gut erschlossen sein. Das bedeutet wiederum, dass wir Straßen unabhängig davon bauen, ob auf dem Ring um München herum 10.000 Fahrzeuge pro Tag fahren oder ob bei

uns draußen auf dem Land 1.500 unterwegs sind. Auch dort, wo nur 1.500 Fahrzeuge pro Tag unterwegs sind, brauchen die Pendler eine gute Verbindung, damit sie zu ihrer Hochschule, ihrem Gymnasium, ihrem Arbeitsplatz oder ihrem Ausbildungsplatz kommen und damit sich auch ihre Kinder dafür entscheiden, auf dem Lande zu bleiben, dort ihr Haus zu bauen und zu wohnen, weil sie auf erträgliche Weise ihren Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz erreichen können.

Ich könnte noch ein paar Beispiele nennen. Wir sind wirklich gut aufgestellt. Bayern hat viel dafür getan, dass es nicht so aussieht wie in anderen Ländern. Ich habe erst kürzlich mit Bekannten aus Frankreich, die uns besucht haben, gesprochen. Sie sagten uns, dass dort nicht mehr nur über 200 Kilometer hinweg nach Paris gependelt wird, sondern dass die Menschen mit dem TGV und auf den Autobahnen täglich Strecken von 300 bis 400 Kilometern in Kauf nehmen, um zum Zentrum Paris zu kommen. Das muss man sich vorstellen. Eine solche Entwicklung wollen wir nicht.

Ein anderes Beispiel ist Chile. Chile hat wie Bayern 12 Millionen Einwohner. 6 Millionen davon leben in der Hauptstadt Santiago. Die anderen 6 Millionen findet man verteilt von Peru im Norden bis runter nach Feuerland im Süden. 6 Millionen Menschen sind auf zwei Drittel längs des südamerikanischen Kontinents zwischen dem Pazifik und den Anden verteilt. Die andere Hälfte, lebt in der Hauptstadt. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt. So viel zum Thema Regionalpolitik.

An der Stelle bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, dass die Häuser ihre Vorschriften daraufhin überprüfen, ob sie noch zeitgerecht sind, ob damit das verwirklicht wird, was wir politisch wollen.

(Beifall bei der CSU)

Hätte Bayern in der Vergangenheit nicht immer wieder den Mut zur Innovation gehabt, wie wir es auch mit diesem Haushalt wieder vorhaben, wäre es heute sicherlich nicht das Spitzenland in Deutschland. An der Stelle mache ich mir Sorgen darüber, dass

sich unsere GRÜNEN, die ich aufgrund ihrer Herkunft aus dem konservativen Bereich sehr schätze, mittlerweile zu einer Dagegen-Partei entwickelt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Schwacher Versuch!)

- Es ist erst der Anfang. Man braucht oft Geduld. Hören Sie sich meinen Beitrag ganz an. Ich lerne auch täglich und wundere mich selber: Meine Geduld wird, glaube ich, immer mehr. An dieser Stelle kann ich nur Folgendes sagen: Im 19. Jahrhundert, als die Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth und weitere Schienenstrecken gebaut wurden, hat man im Planfeststellungsverfahren, das es damals Gott sei Dank noch nicht gab,

(Hubert Aiwanger (FW): Wenn es damals schon die GRÜNEN gegeben hätte!)

noch nicht den Bedarf für den ICE nachweisen müssen. Die Planer haben damals schon gerade Strecken gebaut und die Kurven so gestaltet, dass man heute auch mit 150 km/h darauf fahren kann. Die Leute wussten damals zwar noch nicht, dass der ICE kommt, aber Sie haben vorausgedacht und gesagt: Die Dampfmaschine ist eine Erfindung, die Entwicklung geht aber weiter. Weil sie eben weitergedacht haben, haben sie ein Schienennetz entwickelt, auf dem wir heute, 150 Jahre später, im ICE unterwegs sein können, wo wir einen Arbeitsplatz haben, wo wir unsere Laptops mitnehmen können, wo wir in den Speisewagen gehen können und wo es Toiletten und einfach Komfort gibt. Wenn Sie heute in Stuttgart oder anderswo bauen, müssen Sie nachweisen, dass dieses Projekt morgen schon zwingend notwendig ist, dass die Zahlen auch dafür sprechen. Mehr dürfen Sie nicht gestalten. Sonst ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Das ist die grüne Politik. Deswegen kann ich die SPD nur darum bitten, dass sie als Volkspartei das nicht unterstützt. Es kann doch nicht zukunftsorientiert sein, wenn wir sagen: Uns reicht es, mehr brauchen wir nicht; das, was wir haben, verfrühstücken wir selber, und die junge Generation mag schauen, wo sie bleibt. Das ist keine Haltung für eine Volkspartei. Das ist nicht zukunftsgerecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie sollen denn junge Menschen von heute die Chance haben, in Zukunft noch wettbewerbsfähig zu sein?

(Zurufe von der SPD)

- Jetzt habe ich doch ein paar Stichworte geliefert, die den Gedankenaustausch ein bisschen anregen. Es ist gut, wenn die Debatte nicht so furchtbar langweilig wird. Mir ist es ein großes Anliegen, dass man sich der Tatsache bewusst wird, dass Kinder, die heute auf die Welt kommen, eine Lebenserwartung von neunzig Jahren haben. Wir müssen uns vorstellen, welche Perspektiven diese jungen Leute haben. Was erwartet sie? Sie müssen zunächst einmal in der Gesellschaft - darüber haben wir gerade gesprochen - von der Kinderkrippe bis zur Hochschule mehr Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Sie müssen später den Anteil derer mitfinanzieren, die in das Berufsleben gar nicht einsteigen. Im dritten Lebensabschnitt müssen sie dann für mehr Menschen da sein, die nicht mehr am aktiven Produktionsleben teilnehmen. Das sind riesige Herausforderungen.

Wir leben in einem Land, das keine großen Rohstoffvorkommen besitzt. Wir können sie auch nicht in die Erde eingraben, damit sie künftig zur Verfügung stehen. Der Technologievorsprung, den wir gegenüber anderen Ländern haben, wird täglich geringer, weil die anderen aufschließen, was auch vernünftig ist. Was bleibt dann für die jungen Leute? Was können wir für sie tun? Wir können nur viel in die Bildung investieren. Wir dürfen ihnen keine zusätzlichen größeren Schuldenberge hinterlassen, sondern wir müssen die Schulden, wenn es geht, abbauen. Das können wir tun.

Als Drittes - und das tun die GRÜNEN nicht - müssen wir ihnen ein Land hinterlassen, das technikfreundlich, innovationsfreundlich und wettbewerbsfähig ist.

(Alexander König (CSU): Zukunftsprojekte!)

Dazu gehört auch der Ausbau unserer Infrastruktur. Da müssen wir besser und schneller vorankommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nachdem die Uhr nicht funktioniert, bitte ich die Sitzungsleitung, mir zu sagen, wo mein Limit ist. Ich kann es nicht beurteilen.

(Alexander König (CSU): Noch 21 Minuten!)

- Dann kann ich noch dem Kollegen Halbleib antworten.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

- Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, das wollen wir nicht vertiefen, sonst müssten wir Namen zitieren.

Kollege Halbleib, Sie haben die Investitionsquote angesprochen. Dafür habe ich ein schönes Beispiel gefunden. Die Prozente hat Ihre Vorgängerin Frau Rupp auch schon erwähnt. 2006 betrug die Quote tatsächlich 11,9 %. 2011 beträgt sie wieder - siehe da! - 11,9 %. Entscheidend ist aber, dass 2006 11,9 % 4,5 Milliarden an Investitionen ausgemacht haben. 2011 haben wir bei mehr Geld für Bildung, Wissenschaft, Schulen, Familien und Kinder mit dem gleichen Prozentwert 11,9 % aber 5 Milliarden Investitionen. Bei gleichem Prozentsatz wie vor fünf Jahren haben wir eine halbe Milliarde mehr für Investitionen. So viel zu dem Rechenbeispiel mit den Prozenten und dem, was dahintersteckt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Stichwort Solidarität. Solidarität ist etwas ganz Wichtiges in unserem Leben. Unter dem Stichwort Solidarität habe ich zwei Punkte zusammengefasst. Ein Viertel des Haushaltes ist unter dem Aspekt Solidarität zu sehen. Was meine ich damit? - Zum einen meine ich die Solidarität mit unseren bayerischen Kommunen. Das sind die 6,8 Milliarden Kommunaler Finanzausgleich. Zum anderen meine ich die Solidarität

mit den anderen Ländern in Deutschland. Das sind 3,8 Milliarden Euro. Zusammen sind es 10,6 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel des bayerischen Staatshaushalts.

Über die bayerischen Kommunen hat meine Kollegin Erika Görnitz gesprochen, und Kollege Dr. Barfuß wird dazu ebenfalls noch Ausführungen machen.

Der Länderfinanzausgleich ist höher als aktiv eingezahlt wird. 2011 sind es nach dem Haushaltsansatz 3,8 Milliarden Euro, letztes Jahr waren es 3,5 Milliarden Euro. Daneben gibt es den Umsatzsteuerausgleich, wofür uns 1,5 Milliarden Euro abgezogen werden. Außerdem gibt es die Bundesergänzungszuweisungen, die Bundesfinanzminister Schäuble in vertikaler Form verteilt. Hier bekommen wir die zwei Milliarden Euro, die uns gemäß den Einwohnern anteilmäßig zustehen würden, nicht. Deswegen beträgt der Verteilungsverlust beim Finanzausgleich innerhalb Deutschlands insgesamt 7 Milliarden Euro.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie verbockt!)

Herr Finanzminister, meine Bitte wäre, in den Gesprächen mit den anderen Ländern und bei einer eventuellen gerichtlichen Auseinandersetzung zu verdeutlichen, dass der Länderfinanzausgleich die eine Sache ist, die Problematik aber in der Kumulation liegt, weil neben dem aktiven Einzahlen der Umsatzsteuerabzug und das Ausbleiben der Bundesergänzungszuweisung noch hinzugerechnet werden müssen. Diese drei Faktoren zusammen bringen die große Verwerfung, was dazu führt, dass sich andere Länder weniger anstrengen. Dies führt auch dazu, dass sich andere Länder Dinge wie das kostenlose Kinderjahr leisten. Da diese Debatte jetzt geführt wird, registrieren unsere Bürger dies und stellen fest, dass das nicht richtig sein könne.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Die CSU hat das verbockt! Sie haben das beschlossen!)

- Herr Rinderspacher, wir haben das beschlossen, als die Zahlen noch anders waren. Sie können fragen, warum die CSU nicht die Fähigkeit habe, zehn Jahre voranzuse-

hen. Ich kann Ihnen das einfach beantworten: Weil wir alle nicht die Fähigkeit haben, drei Monate vorausszusehen. Gehen Sie drei Monate zurück. Hat von Ihnen irgendjemand vorausgesehen, dass es in Kairo Unruhen geben, Tunesien brennen und die arabische Welt sich verändern werde, was auf unsere Wirtschaft riesige Auswirkungen haben könnte? Das hat keiner gewusst.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Deswegen haben wir den Zukunftsrat, um in die Zukunft zu blicken!)

Wichtig ist, dass wir Solidarität üben. Wichtig ist, dass die Debatte geführt wird; denn wir können das nicht von heute auf morgen ändern. Veränderung ist nur möglich, wenn unsere eigenen Mitbürger dies sehen und nachvollziehen. Das haben wir in einem ersten Schritt gemeinsam mit Hessen und Baden-Württemberg erreicht. Wichtig wird nun sein, dass die Bürgerinnen und Bürger in den anderen Bundesländern erkennen, dass es zwar schön ist, wenn sie etwas bekommen, dass das aber nicht richtig sein kann. Erst dann, wenn die Bürger in den Nehmerländern begreifen, dass das nicht stimmt, hat die Politik die Chance, mit uns über Veränderungen zu sprechen. Erst dann, wenn wir den Punkt erreicht haben, dass sie das Negative an dem System erkennen und zu Veränderungen bereit sind, macht es Sinn, Vorschläge auszutauschen. Es macht aber keinen Sinn, ihnen über die Presse mitzuteilen, wie wir das gerne hätten.

Interessant ist die Aussage des hessischen Ministerpräsidenten Bouffier, der vor wenigen Wochen bei der Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth war. Es war schön, das von einem Nachbarn zu hören. Er hat gesagt, Bayern sei das einzige ehemalige Nehmerland, das es geschafft habe, zum Geberland zu werden. Ich glaube, das unterstreicht die Entwicklung Bayerns. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Wir geben sogar nach Kärnten! - Alexander König (CSU): Das war ein unsachlicher Einwand!)

- Das ist ein schönes Stichwort. Wir können uns darüber gerne unterhalten, wenn wir die Zeit dazu haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Bitte sofort!)

- Bitte, gleich, sofort. - Dann will ich Ihnen eine Illusion nehmen.

Es herrscht die Illusion vor, die Landesbank hätte nur mit einer Farbe zu tun. Das kann man einfach widerlegen. Zu 50 % sind Sparkassen und Kommunen mit drei Farben beteiligt: orange, rot und schwarz. Alle waren dabei. Alle stellen Landräte und Oberbürgermeister. Alle sind in der Verantwortung.

(Hubert Aiwanger (FW): Jetzt sind wohl die Landräte schuld! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Das ist eine Antwort, die Sie nicht hören wollen. Das weiß ich schon.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe gesagt, das Problem hat mehrere Farben. Wir haben eine Seite beleuchtet und gesehen: Es ist nicht eine, sondern es sind drei Farben. Ich sage Ihnen, wer unschuldig ist. Es gibt auch dafür eine Farbe.

(Zurufe von der SPD)

Und es gibt die staatliche Seite.

(Hubert Aiwanger (FW): Die staatliche Seite ist aber ziemlich schwarz!)

Herr Aiwanger, auch wenn Sie damals nicht dem Parlament angehörten, wussten Sie schon, dass eine Oppositionsfraktion weniger Einfluss auf die Exekutive hat, vielmehr konzentriert man sich stark auf die Legislative. Ich frage Sie ganz provokant: Wo war die Legislative von Rot und Grün, als die Bank erworben wurde? Hat jemand gesagt, dass das im Landtag diskutiert werden muss? Wo war die Opposition?

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Euer Königsrecht heißt Legislative. Eure Aufgabe ist es nicht nur, sich an die Staatsregierung zu wenden, eure Aufgabe ist, wichtige Entscheidungen hier im Haus zu diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das war die Schwäche von Rot-Grün.

(Hubert Aiwanger (FW): Wir werden bis heute nicht informiert!)

- Ja, sorry.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Opposition soll schuld sein, das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Eine Farbe war nicht dabei; das ist die FDP. Sie war weder im Landtag noch in der kommunalen Verantwortung. Deshalb hat sie einen Vorsprung.

(Tanja Schweiger (FW): Deshalb darf sie jetzt Koalitionspartner sein!)

Da muss man differenzieren. Ich hatte das Thema nicht auf dem Zettel. Wenn Sie mich aber fragen, sage ich als überzeugter Parlamentarier, dass ich das als Oppositionsführer gefordert hätte. Das ist meine Meinung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Warum nicht als CSU-ler?)

Ich bin Haushaltspolitiker, und das macht mir Spaß.

Meine Damen und Herren, ich habe ein paar Seiten in meinem Manuskript überblättert. Ich freue mich, dass der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes anwesend ist. Herr Habermann ist gekommen, um festzustellen, dass wir viel Positives in den Haushalt geschrieben haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Herr Habermann musste eine Million Euro einsparen!)

- Es wäre eine interessante Alternative gewesen, wenn wir hätten sagen können, neben dem Neuen Dienstrecht wird die 40-Stunden-Woche und wird die Verlängerung der Altersteilzeit eingeführt, und Herr Habermann darf die notwendigen Einsparvorschläge machen. Man kann noch darüber reden, noch ist der 7. April 2011 nicht gekommen. Noch haben wir die Haushaltsberatungen und die Zweite Lesung vor uns. Wir werden uns das eine oder andere bezüglich der Einsparvorschläge ansehen müssen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sehr vernünftig!)

- So ist es.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da bin ich gespannt!)

Herr Halbleib, wir wollen den Einnahmenstand erreichen, damit wir kein Grundstockdarlehen in Anspruch nehmen müssen, den Versorgungsfonds bedienen können und die Eon-Anteile nicht verkaufen müssen. Das wäre unser Wunschtraum. Wir haben Träume und wir haben Ziele. Wir hoffen, dass wir sie möglichst bald schrittweise umsetzen können. Herr Habermann, Sie helfen uns bei der Setzung von Prioritäten und sagen uns, in welcher Reihenfolge was geschehen soll. Wir wollen unser Ziel gerne erreichen. Diesen Ehrgeiz haben wir. Wir können heute aber nichts versprechen, weil das von der Einnahmenentwicklung abhängt. Aber das ist unsere Messlatte, die wir anstreben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Davon hat der Staatsminister nicht gesprochen!)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, lassen Sie mich zum Abschluss der Ersten Lesung zu diesem Haushaltsentwurf kommen. Ich stelle fest, dass sowohl die prognostizierten Deckungslücken von 1,8 Milliarden Euro - das wollen wir nicht verschweigen - in die Haushaltspläne 2013 und 2014 eingeschlossen werden müssen. Außerdem verpflichtet uns der Auftrag zum antizyklischen Verhalten und zur strikten

Haushaltsdisziplin. Sie wissen, wie es mit dem antizyklischen Verhalten bestellt ist. Wenn die Konjunktur schwach ist, müssen wir mehr ausgeben. Schon Karl Schiller hat das gesagt. Wenn dann die Einnahmen wieder besser sind und das Wirtschaftswachstum 3,6 % beträgt, befinden wir uns in der anderen Phase, in der wir ansparen müssen, damit wir für die schlechte Zeit etwas haben.

Letzteres wird gerne ausgelassen. Im Krisenjahr 2009 haben wir vermehrt Rücklagen in Anspruch genommen, um die Konjunktur anzustoßen. Nachdem die Wirtschaft nun wieder besser läuft, ist die öffentliche Hand verpflichtet, Vorsorge für den nächsten Konjunkturreinbruch zu treffen. Wir wollen die "schwarzen Schwäne" nicht heraufbeschwören, und wir hoffen, dass es China gut geht, dass es dort keinen Einbruch gibt und das Land nicht niesen muss. Wir fühlen uns nicht nur deshalb verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu haben, weil dies in der Verfassung steht, sondern weil auch die Wirtschaftseliten erkannt haben, dass hohe Schulden ein Risiko sind. Der Finanzminister hat im Schreiben von Ende Januar 2011 über die Mehreinnahmen berichtet und mitgeteilt, dass nur eine stabile Währung der Grundstein für eine prosperierende Wirtschaft sein kann.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Claudia Stamm?

Georg Winter (CSU): Ich will meine Rede abschließen, danach nehme ich gerne die Zwischenfrage auf.

Im Gesetz mag viel stehen, und die Politik mag viel beschließen. Wir dürfen aber Erfreuliches registrieren: Unsere Bürgerinnen und Bürger stehen heute mehr denn je zuvor dafür ein, dass wir Haushalte ohne neue Schulden beschließen und ihnen keine neuen Lasten aufbürden. Sie stehen dafür, dass wir eine Politik betreiben, mit der das Erreichte nicht aufs Spiel gesetzt wird und dass wir alles tun, damit die Währung stabil bleibt. Die Banken müssen dauerhaft lernen, dass Machenschaften, die auch unseren

Haushalt belasten, nicht mehr vorkommen dürfen. Ich freue mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss. Jetzt beantworte ich gerne die Frage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt kommt keine Zwischenfrage mehr, sondern es folgt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Runge. Bleiben Sie deshalb bitte am Redepult, Herr Kollege Winter. Herr Dr. Runge, bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Winter, Ihr Ausflug in die Geschichte der Eisenbahn und Ihre überaus geistreichen Ausführungen zur Verkehrsinfrastruktur und zu den GRÜNEN muss ich kommentieren. Wir sehen das nur als ganz kleines, schmutziges Stöckchen. Wir brauchen nicht darüber zu springen, wir kicken dieses kleine Stöckchen einfach weg.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es ist schon beachtlich, was Sie hier so alles ausführen. Uns geht es darum, Prioritäten zu setzen, damit wir in diesem Land überhaupt vorankommen. Mich wundert auch, was Sie uns alles zutrauen. Wenn etwas nicht klappt, dann waren es immer die GRÜNEN. Sie kommen aus dem Regierungsbezirk Schwaben. Wir sind in den letzten Zügen des Schienenausbaus bei der Strecke Olching - Augsburg. Das ist ein viele hundert Millionen Euro teures Projekt. Sie werden im Hinblick auf dieses Projekt keine grünen Protestaktionen erlebt haben. Wir haben auch keine Anträge dagegen eingereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Es gibt auch Projekte, die wir befördern wollen. Wir versuchen aber, Sie daran zu hindern, Milliarden Euro für sinnlose Prestigeprojekte auszugeben.

Ich habe der Rede von Frau Kollegin Stamm sehr genau gelauscht. Sie hat sich eigentlich nur gewundert und auch ein klein wenig darüber gefreut, dass Ihre Staatsre-

gierung die Verpflichtungsermächtigung für den Bau der zweiten S-Bahn-Röhre bislang von Haushalt zu Haushalt fortgeschrieben hat. In diesem Haushaltsplanentwurf ist das Projekt aber nicht mehr zu finden. Vielleicht vermögen Sie uns diesen Umstand zu erklären. Vielleicht finden Sie dann auch endlich den großen Befreiungsschlag. Herr Winter, wir freuen uns auf Ihre Antwort.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Danke, Herr Dr. Runge, dass Sie mir die Möglichkeit geben, darauf zu antworten. Damit das nicht missverstanden wird: Meine Kritik bezog sich nicht auf den Redebeitrag hier im Landtag, sondern auf die konkreten Erfahrungen, die ich draußen vor Ort und im Stimmkreis mache. Im letzten Jahr gab es eine Vielzahl von Bürgerentscheiden, das kann Herr Kollege Barfuß bestätigen, die wenigsten sind zugunsten eines Vorhabens ausgegangen. Wie Sie wissen, enden die meisten Entscheidungen so, dass die Projekte vor Ort abgelehnt werden. Im Landkreis Dillingen gab es zwei Maßnahmen, gegen die sich der Bund Naturschutz und die GRÜNEN ausgesprochen haben. Es wurde ein Bürgerentscheid gefordert. Den Bürgermeistern habe ich geraten, sofort aktiv zu werden und das Ganze mit einem Ratsbegehren aufzugreifen und die Bürger von sich aus zu beteiligen. Das haben die Bürgermeister getan. Siehe da, beide Ratsbegehren gingen zugunsten der Projekte aus.

Bei dem einen ging es um den Umbau einer Kreuzung. Es ist schon interessant, dass dann, wenn man eine bestehende Kreuzung ändern will, weil der Verkehr zugenommen hat, ein Bürgerentscheid gefordert wird. Der ging zugunsten des Projektes aus. Nun wird versucht, das Projekt mittels Planfeststellungsverfahren zu verzögern und zu stoppen. Jetzt müssen wir für diesen Kreuzungsumbau ein großes bürokratisches Verfahren durchführen. Das muss man sich einmal vor Augen halten: eine Planfeststellung, um eine bestehende Straßenkreuzung zu ändern.

Im andern Fall war das genauso. Das Ratsbegehren wurde eindeutig gewonnen. Nun wird hinterher mit allen Mitteln versucht, das Projekt zu verhindern. Das finde ich nicht gut. Es ist in Ordnung, wenn auf örtlicher Ebene etwas demokratisch entschieden wird. Es ist in Ordnung, wenn die Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheides mehrheitlich festlegen, ob sie etwas wollen oder nicht. Das ist keine Frage. Wenn aber eine Entscheidung gefallen ist, sollte man sie respektieren. In meiner Tätigkeit nehme ich wahr, dass es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden ist, Investitionen, die wir brauchen, voranzutreiben.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Georg Winter (CSU): Ich möchte nur noch sagen: Ich würde mich freuen, wenn wir deutlicher machen würden, wofür Investitionen gut sind, nämlich für Arbeitsplätze und für die Sozialkassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der bislang letzte gemeldete Redner ist Herr Prof. Dr. Barfuß, dem ich hiermit das Wort erteile. Bitte sehr.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich bei Karsten Klein herzlich bedanken. Er hat für unsere Fraktion den Haushalt in Erster Lesung eingebracht. Ich bin für den kommunalen Finanzausgleich zuständig. Vorher will ich mich aber beim Staatsminister für Finanzen und bei den Damen und Herren im Ministerium für die viele Arbeit bedanken, die sie geleistet haben. Ohne Sie hätten wir es nicht geschafft.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus allen fünf Fraktionen des Haushaltsausschusses bedanken. Ich bin überzeugt, wir werden einen guten Haushalt bekommen. Ich bin noch nicht so lange hier, um es nicht als Privileg zu betrachten,

wenn im Parlament die Vertreter aller fünf Fraktionen in freier Rede um den richtigen Weg ringen. Das ist etwas Tolles, man muss nicht einer Meinung sein, man kann mit den unterschiedlichen Ansätzen vielleicht eine gute Sache erreichen.

Nun zum kommunalen Finanzausgleich. Er ist uns in Artikel 28 des wunderbaren Grundgesetzes garantiert. Ohne die Zusicherung, dass die Gemeinden in der Lage sein müssen, ihre Aufgaben zu bewerkstelligen, hätten wir nicht dieses freie Land, das wir haben. Es ist also keine Gefälligkeit eines Bundeslandes oder eines Staates gegenüber den Kommunen, es handelt sich vielmehr um ein verfassungsrechtlich verankertes Grundrecht.

Diese Regierung, getragen von CSU und FDP, sieht im kommunalen Finanzausgleich ein Mittel der Politik, um in ganz Bayern die Strukturen so zu verändern, dass die Menschen gerne bei uns wohnen. Das stammt nicht nur von mir, sondern das haben auch die kommunalen Spitzenverbände so gesehen. Das können Sie dem "Bayerischen Landkreistag" September/Oktober/November 2010 entnehmen. Dr. Kreidl, der Landrat aus Miesbach, hat darin gesagt, nach harten Verhandlungen sei es gelungen, die Zuwendungen an die Kommunen sogar noch zu erhöhen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich kann hier mit großem Stolz sagen, dass der kommunale Finanzausgleich noch nie so hoch war wie heute, nämlich 6 Milliarden 893 Millionen Euro. Das ist eine ganze Menge.

Ich darf Ihnen nun stichpunktartig darlegen, wofür wir das ganze Geld ausgeben. 37,7 % sind Schlüsselzuweisungen. Die sind deshalb so wichtig, weil die Kommunen wie auch der Staat viele Aufgaben haben. Herr Kollege Pointner und andere Kollegen, die Bürgermeister oder Landräte waren, werden bestätigen: Ohne Schlüsselzuweisungen könnten wir unsere Aufgaben nicht erfüllen. Der Freistaat Bayern überlässt die Kfz-Steuer und die Grunderwerbsteuer den Kommunen. Er leistet den Familienlastenausgleich, er macht Investitionszuweisungen ohne das Gesetz zur wirtschaftlichen Si-

cherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - KHG -, und er macht Investitionszuweisungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz. Der Freistaat hilft bei der Sozialhilfe mit und leistet sonstige Zuweisungen. Insgesamt sind es 6 Milliarden 869,3 Millionen Euro.

Es gibt auch Mehrungen, beispielsweise bei den Schlüsselzuweisungen. Ich wundere mich immer, dass die Leute klagen, sie hätten heuer weniger Schlüsselzuweisungen erhalten. Ich sage dann immer: Seien Sie doch froh, denn das bedeutet, dass Sie gut gewirtschaftet haben. Schlüsselzuweisungen dürfen kein süßes Gift sein, das zum Schludern in der Kommune führt. Sie sollen vielmehr mithelfen, Schwierigkeiten, wenn es sie denn gibt, zu überbrücken. Langfristig ist es richtig, ohne sie auszukommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wie wir schon gehört haben, gibt es eine Förderung im Bereich der Verkehrsinvestitionen, die sich sehen lassen kann. Ich denke, es wird bei allen fünf Fraktionen auf Zustimmung stoßen, wenn wir aufgrund des wirklich harten Winters den Staatstraßenbau tatsächlich nachrüsten. Diese Frage werden wir beraten.

Es gibt Zuweisungen bei der Schülerbeförderung, und es gibt die allgemeinen Bedarfzuweisungen. Das ist eine Art Sozialhilfe für Kommunen, die sich in ganz großer Not befinden. Auch die Mittel hierfür haben sich erhöht. Dort, wo es beim Haushaltsansatz Minderungen gibt, beispielsweise bei den Krankenhäusern oder bei der Wasser- und Abwasserversorgung, sind diese umgewandelt oder teilweise mit Schlüsselzuweisungen oder der Krankenhausumlage verrechnet.

Ich behaupte, der Freistaat Bayern lässt seine Kommunen nicht im Stich. Er ermöglicht durch seinen Beitrag eine Strukturpolitik für das ganze Land. Es ist nicht ergiebig, wenn wir uns darüber streiten, ob ein Land Zentren braucht oder ob alles im flachen Land passieren muss. Ein Land braucht beides, das ist ganz klar. Wir brauchen Zentren, und wir brauchen das sogenannte flache Land. Wenn man das miteinander vernünftig verbindet, dann kommt auch etwas dabei heraus.

(Beifall bei der FDP)

Aber so wie es im privaten Bereich eigentlich nur Hilfen geben sollte, um Schwierigkeiten zu überbrücken, so möchte ich auch jeweils den kommunalen Finanzausgleich sehen: als Solidarität der Kommunen untereinander. Wir haben einen horizontalen Finanzausgleich, und es gibt einen vertikalen. Die Zahlen haben Sie gehört. Wir zahlen 6,8 Milliarden Euro für den horizontalen und 3,8 Milliarden Euro für den vertikalen Finanzausgleich, also ein Drittel unseres Staatshaushaltes nur für Hilfen für andere. Das soll nicht immer so bleiben, sondern da soll sich jeder anstrengen. Eines ist doch auch klar: Man kann nur das verteilen, was man zuvor gemeinsam erwirtschaftet hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich werbe dafür, dass jeder hier in diesem Hohen Hause seinen Platz hat: Die einen in der Opposition haben die Aufgabe, uns mit ihren Ideen herauszufordern und nach vorne zu bringen, wir als Regierungskoalition legen unsere Ideen selbstverständlich ebenfalls auf den Tisch des Hauses. Dann entscheiden wir klug darüber, wie wir unser Land nach vorne bringen. Dem dient der kommunale Finanzausgleich.

Den Gesamthaushalt hat mein Freund gewürdigt. Ich darf mich bei Georg Winter ganz herzlich bedanken und noch ein kleines Späßle machen. Wir sind drei Drachentöter: Georg Fahrenschohn, Georg Winter und Georg Barfuß. Es müsste schon ganz schlimm zugehen, wenn wir den Drachen eines nicht ausgeglichenen Haushalts nicht besiegen würden. Wir werden ihn besiegen. Venceremos!

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. Es hat sich noch Frau Kollegin Stamm zu Wort gemeldet, Claudia Stamm. Nicht erschrecken, Frau Präsidentin. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich wusste gar nicht, dass Barbara Stamm im Plenum sitzt. - Ich wollte eigentlich eine Zwischenfrage stellen, die aber nicht zugelassen wor-

den ist. Herr Dr. Runge hatte sich vor mir gemeldet. Darum nutze ich noch meine Redezeit. Sie hatten davon gesprochen, dass die Legislative viel Macht in diesem Hause hat. Sie haben es in Bezug auf die Landesbank gesagt. Ich glaube, da gibt es verschiedene Interpretationsweisen. Ich wollte Sie aber jetzt fragen, wie Sie das als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sehen, als legislativ dem Ausschuss Vorsitzender, dass der Ministerpräsident eine Regierungserklärung zum Haushalt gibt, bevor er in dieses Parlament eingebracht ist. Es ist ja wohl eine der wichtigsten Aufgaben dieses Hauses, den Haushalt zu beraten. Nichtsdestotrotz macht der Herr Ministerpräsident zu diesem Thema eine Woche vorher eine Regierungserklärung.

(Zuruf von der CSU)

- Natürlich. Aber wir hatten den Haushalt noch gar nicht in der Hand. Er war noch nicht hier eingebracht worden. Das ist nur eine der Geschichten.

Ich wollte Sie noch fragen, ob Sie Ihre Blätter auch überblättert hätten, wenn Herr Harbermann in diesem Augenblick nicht gekommen wäre. Ich könnte mir vorstellen, dass es um weitere Ungerechtigkeiten im öffentlichen Dienst gegangen wäre.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich rede nicht von der Aussetzung der Zahlungen in den Versorgungsfonds; denn das ist nicht nur ungerecht dem öffentlichen Dienst gegenüber, sondern es ist ungerecht allen gegenüber, weil sich im Versorgungsfonds alles aufstaut. Ich hatte vorhin gesagt, dass bis Ende 2012 290 Millionen Euro fehlen, die eingeplant waren. Stichwort Wiederbesetzungssperre, Stichwort niedrigere Einstufung der neuen Beamtinnen und Beamten und so weiter.

Am Schluss meiner Rede hatte ich Sie gebeten, liebe Regierungskoalition - besonders die CSU -, ausnahmsweise bei den Haushaltsberatungen mal nicht die Dagegen-Partei zu sein und unseren sinnvollen Anträgen zuzustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich möchte es einfach wiederholen, nachdem dieser Mythos ständig wiederholt wird. Wir stellen sehr sinnvolle Anträge, sowohl Sparanträge als auch Anträge, mit denen wir Prioritäten setzen wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, Herr Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Stamm, bleiben Sie noch einen Moment für eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Barfuß, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich glaube, Karsten Klein wollte auch eine Zwischenbemerkung machen. Das hätte ich lieber gehabt.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Barfuß hat das Wort, bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich bitte um Verzeihung. Ich habe nicht gesehen, dass sich Karsten Klein auch gemeldet hat.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kein Problem. Sie sind dran.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich wollte nur sagen, dass es uns immer geärgert hat, wenn wir als Klientelpartei bezeichnet werden. Ich denke, jeder hier macht Politik für seine Klientel. Deswegen kann ich verstehen, dass Sie sich ärgern, wenn man Sie immer als Dagegen-Partei bezeichnet. Vielleicht können wir beide etwas abrüsten.

(Beifall der Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP), Karsten Klein (FDP) und Thomas Hacker (FDP))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Frau Stamm, wenn Sie möchten.

Claudia Stamm (GRÜNE): Abrüsten ist natürlich immer gut. Es ist klar, dass wir als GRÜNE dafür sind. Ich denke aber, dass wir bislang noch nicht als Klientelpartei verschrien sein können. Als Sie von "wir" gesprochen haben, wusste ich gar nicht,

wen Sie meinen, ob Sie die CSU oder die FDP meinen, Herr Prof. Barfuß, weil Sie auch einmal bei der CSU waren.

(Thomas Hacker (FDP): Einen Entwicklungsprozess gestehen wir jedem zu!)

Das zerfasert jetzt etwas. Die Dagegen-Partei ist nicht unser Spin-Doctor, und ich finde es auch lächerlich. Darum habe ich versucht, das aufzugreifen und Ihnen den Ball ironisch zurückzuwerfen. Es ist mehr als lächerlich.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Dafür oder dagegen - wir kommen jetzt wieder zurück zum Staatshaushalt. Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Deswegen ist die Aussprache geschlossen. Ich empfehle Ihnen nach § 148 der Geschäftsordnung, die beiden Gesetzentwürfe zum Staatshaushalt dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zu überweisen. Damit besteht sicherlich Einverständnis? - Das ist der Fall und damit so beschlossen.